www.gegen-vergessen.de 85 / Juni 2015

Gegen Vergessen

FÜR DEMOKRATIE

Informationen für Mitglieder, Freunde und Förderer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Erinnern in Europa

weitere Themen:

- **Gedenken für sowjetische Kriegsopfer**
- **Zum Umgang mit Pegida**

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Liebe Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie, liebe Freundinnen und Freunde,

Den europäischen Zusammenhang mitzudenken haben wir uns bei der Mitgliederversammlung in Leipzig vorgenommen und dies auch bei den neuen Schwerpunktsetzungen festgeschrieben. In diesem Heft unserer Zeitschrift greifen wir das Thema auf. Die verschiedenen Konflikte, die vor allem über die europäische Finanzpolitik aufgebrochen sind, haben die Frage nach integrativen Faktoren für die Europäische Union und nicht zuletzt die nach einer gemeinsamen Erinnerungskultur entstehen lassen. Allerdings birgt das Projekt einer europäischen Erinnerungskultur offensichtlich Probleme. Sind es nicht besonders die Erinnerungen, die trennen und selbst bei der Artikulation gegenwärtiger Gegensätze eine Rolle spielen? Jedenfalls ist zu fragen, welche Erinnerungen die Europäer verbinden. Andererseits aber gibt es vielfältige Ansätze transnationalen Gedenkens und Erinnerns. Auch darüber wird in diesem Heft gehandelt.

Zu den Problemen, mit denen die Europäische Union derzeit zu kämpfen hat, gehören rechtspopulistische Bewegungen, die meist eine antieuropäische Stoßrichtung haben. Bislang gibt es dieses Phänomen in Deutschland zwar nicht in vergleichbarer Weise wie in den Nachbarländern. Doch könnte sich dies ändern, wie die Pegida-Demonstrationen gezeigt haben. Zweifellos ist Pegida ein Thema für unsere Vereinigung; zwei Artikel fragen nach angemessenen und sinnvollen Antworten auf dieses Phänomen.

Ein weiteres europäisches Thema ist das Schicksal der Flüchtlinge, die aus dem Nahen Osten und Afrika nach Europa streben und deren Aufnahme zu Problemen führt. Dies ist auch in Deutschland der Fall. Die verschiedenen politischen Ebenen müssen die Probleme gemeinsam angehen. Auch die Zivilgesellschaft ist gefordert, in der sich neben Ängsten und teilweise aggressiven Abwehrhaltungen eine ganze Menge Hilfsbereitschaft zeigt, die über Jahre gebraucht werden wird und deshalb von uns zu fördern ist.

Zuletzt noch eine Bemerkung in eigener Sache. Inzwischen hat den geschäftsführenden Vorstand von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. eine ganze Reihe von Personalvorschlägen für die Funktion des Vorsitzenden erreicht. Die Findungskommission setzt sich mit diesen Empfehlungen auseinander und wird einen konsensfähigen Vorschlag erarbeiten. Auf der **Mitgliederversammlung am 21. November 2015 in Duisburg** werden wir dann definitiv einen neuen Vorsitzenden oder eine neue Vorsitzende zu wählen haben.

Mit den besten Grüßen

Prof. Dr. Bernd Faulenbach
stellvertretender Vorsitzender

„Europa immer mitdenken" ist ein Leitspruch, der auf der Mitgliederversammlung am 22. November 2014 in Leipzig als einer von drei Schwerpunkten in der „Akzentsetzung auf aktuelle und zukünftige Fragestellungen" eine besondere Rolle spielte. Zu dem Thema wurden sowohl die aktuellen Schwierigkeiten in den europäischen Beziehungen diskutiert als auch die Bedeutung, die europäische Zusammenhänge in der praktischen Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. bereits haben oder in Zukunft erlangen sollten.

Das umseitige Titelbild stellt eine Reisestation der „EuropaKreuze" vor dem Berliner Reichstag dar. Mit den wandernden Kreuzen wurde im vergangenen Jahr an den Beginn des Ersten Weltkrieges erinnert. Ein Projekt, das Menschen in grenzüberschreitendem Gedenken verband. Der Kunstfotograf Manos Meisen begleitete die Reise der EuropaKreuze und genehmigte Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. freundlicherweise den Abdruck einiger seiner Bilder. Lesen Sie mehr zu dem Thema ab Seite 9.

Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

THEMEN

Trennende und gemeinsame Erinnerungen in Europa 4
Auf dem Weg zu einer „Europäischen Erinnerungskultur"? 6
Geschichte gemeinsam betrachten 9
Sowjetische Kriegsgefangene: raus aus dem „Erinnerungsschatten" 12
Initiative: Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik 12
Ein sichtbares Zeichen setzen 14
Pegida – Eine Bewegung wirft Fragen auf 17
Der Versuch, die Demokratie zu untergraben 19
Bemerkenswerte Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen 20

AUS UNSERER ARBEIT

„Sie öffnen den Menschen die Herzen." 22
Demokratie ist wichtig. Punkt! 24
Muslimische Jugendkulturen zwischen Islam und Islamismus 25
RAG Südhessen: Jugendbegegnung des Deutschen Bundestags 2015 27
RAG Baden-Württemberg, Sektion Südbaden: „Wiedersehen mit Brundibar" im Kommunalen Kino 29
RAG Östliches Ruhrgebiet: Ursprung, Auswirkungen und Fortwirkung der christlichen Judenfeindlichkeit 31
RAG Nordhessen-Südniedersachsen: Aufruf des Wolfhager Landes zum Frieden im Miteinander gegen Hass, Gewalt und Terror 32
RAG Rhein-Main: Vom Dschinn der Tobsucht beherrscht 33
Sektion Allgäu-Oberschwaben stellt sich vor 35

NAMEN UND NACHRICHTEN

Topographien der Menschlichkeit 37
Vorstandsmitglied Kurt Nemitz gestorben 38
Feliks Tych zum Gedenken 39
Nachruf auf Karl Saulheimer 41
Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge diskutiert über neues Leitbild 42
Mit Leidenschaft und Haltung 42

REZENSIONEN

Ernst-Jürgen Walberg bespricht – eine Sammelrezension: „Als an Tagen Jahre vergingen ..." 43
„Solange die Welt steht, ist soviel Blut nicht geflossen". Feldpostbriefe […] 1914 bis 1918. 46

IMPRESSUM 36
VORSTAND UND BEIRAT 47

Bernd Faulenbach

Trennende und gemeinsame Erinnerungen in Europa

Gegenwärtig stellen sich eine Reihe von Fragen zur Erinnerungskultur: Wie weit sind wir von einer europäischen Erinnerungskultur entfernt? Wie ließe sich transnationale Erinnerungsarbeit fördern? Was kann und soll Politik mit Erinnerung dazu beitragen? Und was eine zivilgesellschaftliche Organisation wie Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.? Dazu einige Beobachtungen und Überlegungen.

I

Auch in der Gegenwart sind Erinnerungen und Erinnerungskulturen durchweg national geprägt und es sieht auch nicht so aus, als ob sich dies in absehbarer Zeit grundsätzlich ändern würde. In vielen Ländern war der Nationalstaatsbildungsprozess mit der Herausbildung nationaler Mythen und Geschichtsbilder verbunden. Doch ist auch die Geschichte des 20. Jahrhunderts sehr unterschiedlich erlebt worden – zum einen waren die geschichtlichen Verläufe unterschiedlich, zum anderen ihre Verarbeitung.

Andererseits aber intensiviert sich die transnationale Kommunikation, sodass auch die unterschiedlichen Erinnerungskulturen in Europa einander näher rücken und zum Teil auch wechselseitig zur Kenntnis genommen werden, zumal sie zum Teil um die gleichen historischen Geschehnisse kreisen, die freilich aus unterschiedlicher Perspektive in den Blick kommen. Eine hermetische Isolierung der – tendenziell trennenden – nationalen Erinnerungskulturen ist jedenfalls im heutigen Europa unrealistisch.

In dieser Konstellation wäre eine ganze Menge erreicht, wenn wir in Europa lernen würden, mit der Unterschiedlichkeit historischer Erfahrungen und Erinnerungen umzugehen, das heißt uns – anders als in der Vergangenheit – gegenseitig respektieren würden. Ein weiterer Schritt könnte sein, die Erinnerungskulturen wechselseitig zueinander zu öffnen – wie dies im vergangenen Jahr zum Ersten Weltkrieg mit Frankreich geschah – und anzufangen, sich „dialogisch" zu erinnern, das heißt die Erinnerungen auszutauschen, darüber in Gespräche einzutreten, gemeinsame Projekte zur Aufarbeitung von Geschichte zu realisieren. Nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit Polen gibt es dafür vielfältige Beispiele, die von Treffen und Reden der Präsidenten zu historischen Anlässen, über die Kriegsgräberpflege, die Arbeit von Schulbuchkommissionen, der Schaffung von Orten der Begegnung wie Kreisau und der Gedenkstätten bis hin zur gemeinsamen Erarbeitung von Ortsgeschichten gehen, bei denen die Orte die Staatszugehörigkeit gewechselt haben. Vieles ist längst Praxis, doch lässt sich zweifellos noch mehr tun.

II

In diesem Kontext ist daran zu erinnern, dass es auch unterhalb und oberhalb der nationalen Ebene Auseinandersetzungen mit Erinnerungen gibt. Die jeweiligen nationalen Erinnerungen sind meist uneinheitlich. In unseren pluralistischen Gesellschaften gibt es eine Vielzahl von Erinnerungsnarrativen, die übernational von Interesse sein können, nicht nur, aber auch in Grenzregionen, etwa zur Sozialgeschichte, Parteiengeschichte, Kirchen- oder Kulturgeschichte.

Über Nationen hinaus gehen Geschichtsregionen, deren historische Entwicklungen sowohl Gemeinsamkeiten als auch Gegensätze und Konflikte implizieren können. Geschichtsregionen sind etwa die Iberische Halbinsel, Westeuropa, Westmitteleuropa, Ostmitteleuropa, Osteuropa, Südeuropa und Nordamerika. Die Deutschen liegen in Mitteleuropa und haben mit vielen Nachbarn, auch mehreren Geschichtsregionen zu tun, was vielfältige Aufgaben der Kommunikation über Erinnerungen zur Konsequenz hat.

III

Die Frage nach gemeineuropäischen Erinnerungen ist schwer zu beantworten. Manches spricht dafür, dass sie – jedenfalls teilweise – erst zu erarbeiten und bewusst zu machen sind.

Auch das Europäische Parlament in Straßburg tut sich schwer, eine gemeinsame europäische Perspektive auf die Geschichte auszuloten.

Fotos: Wikicommons

Zu den europäischen Erinnerungen zählt der Holocaust, der ein – von Deutschland ausgehendes, aber nicht auf Deutschland begrenztes – europäisches Geschehen war, das manche gar zum europäischen Gründungsmythos erheben wollen, was jedoch die Gefahr der Instrumentalisierung dieser Menschheitserfahrung für einen konkreten Zweck implizieren würde.

Insbesondere aus Ostmitteleuropa wird gegenwärtig nachdrücklich die Forderung erhoben, auch die Erfahrungen mit dem Sowjetkommunismus, insbesondere auch den Archipel Gulag als europäische Erinnerung zu betrachten. Überpointierend ist davon gesprochen worden, dass dem auf den Holocaust bezogenen Gedächtnis im Westen ein um den Gulag kreisendes Gedächtnis im Osten gegenüberstehe. Wir haben es jedoch nicht mit einer Alternative zu tun. So diagnostiziert der Politikwissenschaftler Claus Leggewie sieben Kreise der europäischen Erinnerung: den „Holocaust als negativen Gründungsmythos Europas", den Sowjetkommunismus, „Vertreibungen als gesamteuropäisches Trauma", „Kriegs- und Krisenerinnerungen als Motor Europas", den Kolonialismus, Europa als Einwanderungskontinent sowie Europas Erfolgsgeschichte seit 1945. Natürlich sind andere Kataloge möglich.

Vermutlich wird man die europäischen „Erinnerungen" nicht ausschließlich negativ fassen können, in dem Sinne, dass das heutige Europa die Überwindung der Geschichte der entgrenzten Gewalt der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist. Jedenfalls brauchen wir darüber breitere Diskurse, in denen Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. eine Aufgabe sehen könnte.

IV

Unverkennbar sind die europäischen Erinnerungen Gegenstand der Politik des EU-Parlaments und auch der EU-Kommission geworden; man kann von Ansätzen zu einer europäischen Erinnerungspolitik sprechen, zu der sich auch Organisationen wie Gegen Vergessen – Für Demokratie verhalten müssen.

Das EU-Parlament hat seit 2004 Resolutionen zum Umgang mit Geschichte, mit Gedenktagen und -komplexen verabschiedet, im Jahre 2009 sogar ein Positionspapier zum gegenwärtigen historischen Selbstverständnis Europas. Europa definiert sich darin in der Ablehnung der NS-Gewaltpolitik und des Faschismus, des Sowjetkommunismus, aller totalitärer Herrschaft, auch von Diktaturen jeder Provenienz, von Rassismus, Antisemitismus und extremem Nationalismus. Europa will die Erinnerung an die Opfer bewahren, denen ein Gedenktag – der 23. August, der Tag des Abschlusses des Hitler-Stalin-Paktes – gewidmet werden soll.

Die Festlegung eines kumulativen Gedenktages ist im Westen, auch in Deutschland, auf Kritik gestoßen. Die verschiedenen Opfergruppen beharren auf eigenen Gedenktagen und der Aufgabe, die Unrechtstatbestände jeweils gesondert aufzuarbeiten. Aus deutscher Sicht wird man – ungeachtet des gewiss nicht zu eskamotierenden Hitler-Stalin-Paktes und seines Zusatzabkommens – doch fragen müssen, ob der 23. August nicht die Gefahr impliziert, die deutsche Verantwortlichkeit für den Eroberungs- und Vernichtungskrieg im Osten (einschließlich der Sowjetunion) zu verwischen.

Wird in der Resolution von 2009 Europa gleichsam ex negativo definiert, so gehen manche europäische Politiker noch weiter: Sie wollen – angesichts der europäischen Krise – über eine forcierte Erinnerungs- oder Geschichtspolitik Identität von oben stiften. Es ist eher zweifelhaft, ob dies – falls man es will – tatsächlich gelingen kann oder ob es nicht kontraproduktiv wirken würde.

Das vom Europäischen Parlament beschlossene Haus der europäischen Geschichte, das 2016 eröffnet werden soll, wird – entgegen den Hoffnungen mancher und den Befürchtungen anderer – diese Identitätsstiftung durch Geschichte nicht leisten, nach dem Willen der verantwortlichen Museumsmacher auch nicht anstreben. Gleichwohl fragt das Konzept für dieses Museum schon nach Mythen und Ideen Europas, nach dem Aufstieg Europas im 19. Jahrhundert, nach den Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und nach der Entstehung und Entwicklung europäischer Gemeinschaften. Wie diese Themen auf begrenzter Fläche – vorbei an den nationalstaatlichen Interessen – realisiert werden können, darauf kann man gespannt sein. Vielleicht kann das Haus ein Katalysator für europäische Erinnerungsdiskurse sein. Der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie wird sich sicherlich mit diesem Projekt noch beschäftigen.

*

Keine Frage: Eine Weiterentwicklung der nationalen, transnationalen und europäischen Erinnerungsdiskurse ist möglich, wenn Politik dafür Rahmenbedingungen schafft, doch die Inhalte nicht selbst glaubt dezidiert festlegen zu können. Wenn es Organisationen wie Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. nicht gäbe, man müsste sie für derartige Aufgaben gründen. Allerdings bedarf es zu den vielfältigen erinnerungskulturellen Bemühungen, die immer selektiv sind, auch des Korrektivs von kritischer Wissenschaft, die nach Zusammenhängen, Strukturen und Prozessen fragt, die über die Subjektivität von Erinnerungen hinausgehen. ■

Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist Historiker und stellvertretender Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Arnd Bauerkämper

Auf dem Weg zu einer „Europäischen Erinnerungskultur“?

Politisch-gesellschaftliche Debatten und geschichtswissenschaftliche Befunde

Angesichts der europapolitischen Entwicklungen der vergangenen Jahre, die sowohl von mehreren Erweiterungsrunden als auch von einer tiefgehenden Finanz- und Währungskrise geprägt waren, wurden zunehmend Rufe nach einem gemeinsamen Blick auf die europäische Geschichte laut, um besonders die Geschichte der Diktaturen, von Völkermorden – besonders des Holocaust – und des Zweiten Weltkriegs aufzuarbeiten. Einzelne Politiker, Journalisten und Wissenschaftler haben ausdrücklich eine gemeinsame Erinnerungskultur gefordert, die eine kollektive europäische Identität begründen soll. Vereinzelt ist sogar gefordert worden, einen Beitritt zur EU an einen kritischen Umgang mit der eigenen Geschichte zu koppeln, so in den Verhandlungen mit der Türkei, deren Regierung den Völkermord an den Armeniern im Jahr 1915 auch gegenwärtig nicht als „Genozid“ anerkennt. Dahinter steht der Gedanke, dass eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit eine Voraussetzung für demokratisches Handeln darstellt.

Die Europäer, die unter der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft gelitten hatten, einte in den ersten Jahren nach 1945 die Abgrenzung vom Nachkriegsdeutschland. Auch die verschiedenen Erinnerungsschichten in den einzelnen Ländern waren keineswegs vollständig voneinander getrennt. Vielmehr setzte bereits in den 1950er-Jahren ein partieller grenzüberschreitender Austausch zwischen den europäischen Gesellschaften Europas ein. Dieser beschränkte sich nicht auf diplomatische Beziehungen zwischen den Regierungen und bi- bzw. multilaterale politische Verhandlungen, so zur Entschädigung von Opfern. Vielmehr bildete sich schon bis zu den 1970er-Jahren in Westeuropa ein breites Spektrum transnationaler Interaktionen heraus, das von kirchlichen Initiativen zur Versöhnung und wissenschaftlichen Kooperationen bis zum Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Sportvereinen, Veteranenverbänden und Kulturvereinigungen reichte. Durch europäische Städtepartnerschaften wurden – oft schon in den ersten Nachkriegsjahren, als offizielle staatliche Beziehungen noch ausgeschlossen waren – informelle Kontakte zwischen Angehörigen zuvor verfeindeter Staaten möglich. Seit dem Beginn der Entspannungspolitik vollzog sich die Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte auch über die Grenze der Ost-West-Konfrontation hinweg.

Figurengruppe in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald, 1957 entworfen von Fritz Cremer zu Ehren des Widerstandskampfes im Lager.

Foto: Wikicommons

Trotz dieser vielfältigen grenzüberschreitenden Aktivitäten sind die Erinnerungen der Europäer aber uneinheitlich und vielfältig geblieben. Schon auf den ersten Blick ist der Gegensatz zwischen den westeuropäischen Ländern und den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten unübersehbar. Letztere sind sowohl von der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft im Zweiten Weltkrieg als auch nachhaltig von der sowjetischen Hegemonie und den kommunistischen Diktaturen in den vier Jahrzehnten danach geprägt worden. Hier wird das Kriegsende nicht nur als Befreiung, sondern auch als Beginn einer neuen Phase der Okkupation und Repression erinnert. Diese unterschiedlichen Deutungen der Geschichte haben zu Spannungen zwischen dem heutigen Russland und den bis 1989–91 von der Sowjetunion beherrschten Staaten geführt. Während in der russischen Erinnerungskultur seit den 1990er-Jahren eine Aufwertung der

kommunistischen Diktatur – mitunter sogar der Terrorherrschaft Stalins – unübersehbar ist, haben die mittel- und osteuropäischen Regierungen auf die erneute Unterdrückung durch die UdSSR hingewiesen und eine Anerkennung der kommunistischen Verbrechen gefordert. Darüber hinaus weisen nationale Erinnerungskulturen in den einzelnen europäischen Staaten eine beträchtliche Beharrungskraft auf. So beklagten die meisten europäischen Gesellschaften, darunter auch die beiden deutschen Staaten und Österreich, vornehmlich ihre eigenen Opfer. Zugleich wurde in vielen Staaten eine heroische Erinnerungskultur gepflegt, die auf den heldenhaften nationalen Widerstand gegen die deutsche Besatzung abhob. Die politischen Eliten in Italien und Frankreich stellten somit die Resistenza bzw. Résistance in den Mittelpunkt, während Formen der Kollaboration oder der Anpassung an die Besatzungsherrschaft des „Dritten Reiches" ausgeblendet wurden. Ähnlich stilisierten norwegische Politiker die abweisende Einstellung gegenüber der deutschen Okkupation zum holdningskamp (Haltungskampf), verdrängten aber die Zusammenarbeit mit den Deutschen. Diese Formen europäischer Kollaboration können aber nicht von dem übergeordneten Rahmen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik ablenken, die in der Bundesrepublik bis zu den 1960er-Jahren mit der Abgrenzung von den „totalitären" Diktaturen und in der DDR im Zeichen des „Antifaschismus" geleugnet oder verharmlost wurden.

Auch innerhalb der europäischen Nationalstaaten unterschied sich die Geschichtspolitik der Regierungen und Eliten von den Erinnerungen einzelner Bürger und gesellschaftlicher Gruppen, besonders deutlich in den kommunistischen Diktaturen Mittel- und Osteuropas. Hier waren die offiziellen Vorgaben zur Erinnerung und Tabuisierung so erdrückend und einseitig, dass sie den kollektiven Erinnerungen kleinerer Gruppen (vor allem Familien) oft eklatant widersprachen. Aber auch in den europäischen Demokratien traf die jeweilige Gedächtnispolitik der Eliten vielfach auf ein konträres kommunikatives Gedächtnis. So blendete die Gegenüberstellung von Kollaboration und Widerstand Formen der alltäglichen Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzern und die vielerorts vorherrschenden Arrangements mit ihnen ebenso aus wie enge persönliche Beziehungen zwischen deutschen Besatzern und Einheimischen. Auch das in den Schulen vermittelte Wissen widersprach zum Teil den Erinnerungen der eigenen Eltern und Großeltern. Bis in die 1970er-Jahre wurde zudem der Mord an den europäischen Juden, die Shoah, sowohl in Europa als auch weltweit kaum thematisiert.

Foto: Wikicommons

Stellvertretendes Katyn-Denkmal in Cannock Chase, Großbritannien, von 1979. Die Erinnerung an die Opfer des Massakers von Katyn war in Polen bis 1988 verboten, da es das sowjetische Geschichtsbild diskreditierte.

Inzwischen sind vor allem in West- und Mitteleuropa die nationalheroischen Motive zusehends von opferzentrierten Erinnerungsnarrativen überlagert worden, die auf universelle Normen – vor allem die Menschenrechte – abgehoben haben. Allerdings hat sich dieser Wandel keineswegs kontinuierlich und überall vollzogen. Vielmehr finden auch heute innerhalb der einzelnen Länder Auseinandersetzungen um die Geschichte statt, in denen unterschiedliche Personen und Gruppen um Zuschreibungen, Deutungen und Sinngebungen streiten. Geschichte wird dabei zu einem Argument für politische Legitimität, und sie soll Ansprüche auf gesellschaftliche Partizipation begründen. Das Gedächtnis ist in Europa also weiterhin von vielfältigen Konflikten geprägt, sowohl auf zwischenstaatlicher Ebene als auch innerhalb der nationalen Gesellschaften.

Diese Auseinandersetzungen spiegeln sich in Beschlüssen europäischer Institutionen in kompromisshaften Formulierungen wider. So wurde der Entwurf einer Resolution des Europäischen Parlaments in Brüssel 2004/05 von polnischen Parlamentariern heftig kritisiert, weil Auschwitz in der Erklärung unzutreffend als „polnisches Konzentrationslager" bezeichnet wurde. Zugleich wandten sich deutsche Abgeordnete gegen eine Identifizierung ihres Landes mit dem Konzentrationslager. Letztlich verabschiedete das Parlament anlässlich des Holocaust-Gedenktages am 27. Januar 2005 eine Resolution, in der Auschwitz-Birkenau als „Todeslager" bezeichnet wurde, „das von Nazi-Deutschland errichtet wurde".

Ein Projekt, das zur Überwindung dieser Konflikte beitragen soll, ist das geplante „Haus der Europäischen Geschichte" in Brüssel. Eine inhaltliche „Europäisierung" der Erinnerungen ist jedoch selbst in den Institutionen der EU umstritten, wie der Streit zwischen der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat über das Museum zeigt. So ist Hans-Gert Pöttering, dem damaligen Parlamentspräsidenten und anderen Initiatoren des Projekts die Absicht zugeschrieben worden, eine einheitliche Deutung der Geschichte Europas zu begründen und durchzusetzen. Kritiker haben demgegenüber ein dezentrales Konzept von Europa-Museen vorgeschlagen, die jeweils spezifische lokale, regionale oder nationale Geschichten erzählen. So sollen Ambivalenzen oder sogar Widersprüche europäischer Erinnerungsorte deutlich gemacht werden. Die Konzeption der Dauerausstellung, die demnächst eröffnet werden soll, hat in einzelnen Mitgliedsstaaten Irritationen ausgelöst. So bemängelten polnische Europa-Abgeordnete eine ihrer Ansicht nach unzureichende Berücksichtigung der eigenen Nationalgeschichte. »

» Vor dem Hintergrund dieser Konflikte erscheint allenfalls eine Gedächtnispolitik der EU sinnvoll, die eine kritische zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der Diktaturen, Völkermorde und des Zweiten Weltkrieges in Europa von unten initiiert und fördert. Ein offener, räumlich nicht vorab festgelegter und wenig institutionalisierter grenzüberschreitender Austausch unterschiedlicher und teilweise sogar gegensätzlicher Erinnerungen kann auch zu einer kritischen Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit beitragen. Es wird abzuwarten sein, inwieweit das „Haus der Europäischen Geschichte" diesen Prozess der (selbst-) kritischen, transnationalen Auseinandersetzung mit der von Gewalt, Diktaturen und Kriegen gezeichneten, aber auch von der Integration und Versöhnung geprägten Geschichte des Kontinents fördern wird. ■

Foto: Wikicommons

Das Eastman-Gebäude in Brüssel, in dem das Haus der Europäischen Geschichte demnächst entstehen soll.

Prof. Dr. Arnd Bauerkämper ist Professor für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Freien Universität Berlin und Autor des Buches „Das umstrittene Gedächtnis".

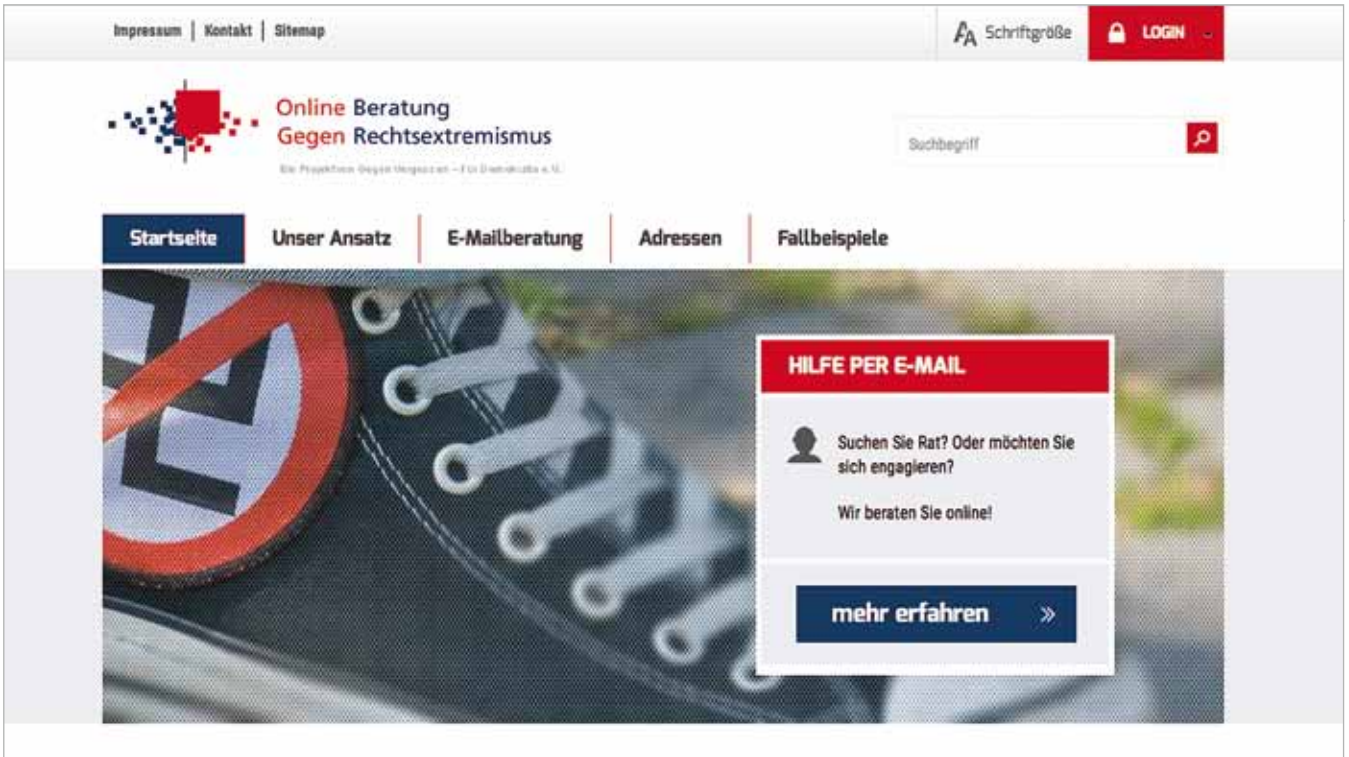
Buchinformation:

Arnd Bauerkämper
Das umstrittene Gedächtnis.
Die Erinnerung an Nationalsozialismus, Faschismus und Krieg in Europa seit 1945.

Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2012
Gebundene Ausgabe, 560 Seiten
ISBN: 978-3-506-77549-8 · 58,00 €

Anzeige

Besuchen Sie das neu gestaltete Beratungsportal: www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de



Geschichte gemeinsam betrachten

Der ehemalige deutsche Diplomat Guy Féaux de la Croix hat im vergangenen Jahr ein länderübergreifendes Gedenkprojekt zum 100. Jahrestag des Ersten Weltkrieges geleitet: die EuropaKreuze. Mit ihm sprach Markus Bauer.

Mit 170 bemalten EuropaKreuzen und zusammen mit Schülern, Eltern und Lehrern des Klostergymnasiums Steinfeld (Eifel) sind Sie im Frühjahr vergangenen Jahres an die ehemalige Westfront gefahren. Ein ungewöhnlicher Schulausflug.
Aber ein sehr nötiger. Wir wollten der Opfer des Ersten Weltkriegs gedenken und ein Signal an unsere Regierungen setzen: Ein gemeinsames europäisches Gedenken ist doch möglich.

Mit bunten Kreuzen?
Ja. Unsere Aktion setzt das Lebenswerk des befreundeten Künstlers Bernd Schwarzer fort. Er stellt Zeitgeschichte als christliche Passion dar. Als Kunststudent hat er die ehemaligen Schlachtfelder von Verdun besucht und war so ergriffen, dass er die Schrecken und Leiden des Ersten Weltkriegs in zahlreiche große Werke umsetzte, in Weltkriegsbilder.

Und was hat das mit Ihrer Aktion zu tun?
In der Eifel, genauer in Urft und Steinfeld, suchten Eltern und Lehrer nach Möglichkeiten, mit den Schülern des Ersten Weltkriegs zu gedenken. Wir kamen auf die Idee, Holzkreuze, wie sie einst auf die Soldatengräber gepflanzt wurden, individuell zu gestalten – inspiriert durch Schwarzers Kunstwerke.

Deutscher Soldatenfriedhof am Kloster Steinfeld/Eifel

Sie haben auch mit benachteiligten Kindern gearbeitet.
Ja, die Jugendlichen des Urfter Hermann-Josef-Hauses für Jugend- und Familienhilfe haben die Holzkreuze gezimmert. 170 Stück! Zusammen mit den Gymnasiasten haben sie sie anschließend bemalt, beklebt und beschriftet. Auch einige Eltern, Lehrer, der Künstler Bernd Schwarzer und ich selbst haben EuropaKreuze gestaltet.

Was hat das bei den Schülern bewirkt?
Jedes Kreuz war Ausdruck einer individuellen Auseinandersetzung mit dem Krieg. Manche haben sich an Erzählungen der Eltern und Großeltern erinnert. Andere haben eigene Erinnerungen oder Gedanken eingebracht. Die Kreuze sind höchst unterschiedlich geworden. Das Besondere war, dass hier Erinnerung nicht über Wissen transportiert wurde, sondern über eine persönliche Annäherung. Ausdruck fand das schließlich auch in einer Projektwoche der Schule. Die jungen Leute haben Lieder aus der Zeit gesungen und Gedichte vorgetragen.

Das kam bei den Schülern gut an?
Ja, das hat etwas mit ihnen angestellt. Es war ein künstlerischer Prozess, der sich über mehrere Wochen hingezogen hat. Die Schüler haben konzentriert über die Leiden des Ersten Weltkriegs nachgedacht. Sie haben sie nachempfunden. Mit den Mitteln der Kunst. Das ist eine andere Auseinandersetzung, als ein Buch zu lesen.

Und dann sind Sie mit den EuropaKreuzen an die ehemalige Westfront gefahren.
Wir wollten den Belgiern zeigen, dass wir uns nun endlich an die schrecklichen Taten erinnern, die deutsche Soldaten in Belgien begangen haben.

Welche zum Beispiel?
In Dinant zum Beispiel, das war unsere erste Station. Als die Deutschen im Sommer »

In Dinant wurden gleich im August 1914 zur „Vergeltung" 674 Zivilisten ermordet.

Fotos: © Manos Meisen

» 1914 das Städtchen an der Maas überrannten, glaubten sie, wohl zu Unrecht, von belgischen Heckenschützen, sogenannten Franc-tireurs, beschossen worden zu sein. Die Bevölkerung musste herhalten: 674 Zivilisten, darunter auch Frauen und Kinder, wurden am 23. August 1914 füsiliert. Belgien ist voller Orte, wo in den ersten Wochen des Krieges unschuldige Menschen zur Vergeltung ermordet wurden. Der Erste Weltkrieg begann mit deutschen Kriegsverbrechen. Wie dann später der Zweite, in Polen. Aber 1914 geschah das im neutralen Belgien.

Europakreuze vor dem wieder aufgebauten Rathaus von Dendermonde, das 1914 zerstört worden war.

Fotos: © Manos Meisen

An der flandrischen „Westfront".

Was in Deutschland kaum jemand weiß.
Das ist das Problem. 100 Jahre lang ist kein hoher deutscher Staatsgast in Dinant gewesen. Da hat sich einfach keiner drum gekümmert. Es gab zwar irgendwann mal einen Prozess, um dem Versailler Vertrag gerecht zu werden. Aber die hohen Generale wurden nicht angeklagt, die kleinen Chargen freigesprochen. Den Belgiern ist das alles geläufig. Das steckt in ihrem Bewusstsein. Auf das Unrecht der Tat ist das Unrecht der Gleichgültigkeit gefolgt.

Wie wurden Sie in Belgien aufgenommen?
Mit offenen Armen. Am Palmsonntag hat uns die Kirchengemeinde von Dinant in den Gottesdienst integriert. Mit Palmen und den Kreuzen zogen wir in die Kathedrale ein. Die Belgier hatten Tränen in den Augen. Auch wir waren total ergriffen. Für viele Menschen war es wichtig, dass wir da waren. Auch für uns. In Warschau waren wir dann mit unseren Kreuzen am Grab des seliggesprochenen Pallotiner-Paters Joseph Stanek, 1944 von den deutschen Besatzern wegen Widerstandes ermordet.

Nach Dinant besuchten sie weitere elf Stationen der ehemaligen Westfront. Wie waren dort die Erfahrungen?
Unsere Westfront-Reise verlief durchweg positiv. Ob in Dendermonde, auf den Feldern bei Ypern, dann in Sedan und auf einem deutschen Soldatenfriedhof bei Verdun – überall durften wir unsere Kreuze aufstellen und wurden freundlich empfangen.

Im November ging die Reise noch nach Polen und Berlin.
Ja, Polen in der ersten Novemberwoche. Zuerst fuhren wir nach Kreisau, um dort Helmuth von Moltke zu ehren. Außerdem reisten zwei von uns ins Städtchen Wielun. Denn das weiß heute auch kaum noch jemand: Dort begann der Überfall Hitlers auf Polen, mit einem Flächenbombardement, einem Kriegsverbrechen der deutschen Luftwaffe.

Der Volkstrauertag in Berlin muss für Sie ein besonderes Erlebnis gewesen sein.
Wir waren im Reichstag eingeladen, hätten gerne unsere EuropaKreuze mitgenommen. Das erwies sich dann als schwierig, aus Brandschutzgründen, wie es hieß. Wir haben stattdessen alle Kreuze aus der Herz-Jesu-Kirche am Prenzlauer Berg in einer Prozession zu Unter den Linden getragen.

Wie waren die Reaktionen?
In seinen bisherigen Formen ist der Volkstrauertag ein befremdliches Staatszeremoniell. Ein Staats-Volkstrauertag. Alles wird rund um die Neue Wache abgesperrt, das gemeine Volk hinter Zäunen auf großem Abstand gehalten. Dann fahren die Staatsspitzen in ihren großen Karossen vor, marschieren rein, legen die Kränze nieder und sind so schnell weg, wie sie gekommen waren. Wir haben unsere Kreuze dort anschließend installiert und uns sehr über die Reaktionen von Tausenden von Passanten gefreut. Die wollten alle wissen, was das zu bedeuten habe, diese EuropaKreuze. Und haben Tausende Fotos geschossen. Was wir wollen, ist ein Volks-Volkstrauertag.

30.000 Europäer fielen dem Kampf um die Vogesenhöhe zum Opfer.

Der Kunstfotograf **Manos Meisen** hat **Guy Féaux de la Croix** auf seinen Reisen mit den EuropaKreuzen begleitet. Die Fotodokumentation wurde im KunstForumEifel in Gemünd in einer Ausstellung gezeigt. Wir bedanken uns für die freundliche Genehmigung des Abdrucks. Mehr Informationen: **www.manosmeisen.de**

Der Zweite Weltkrieg begann mit einem Kriegsverbrechen der deutschen Luftwaffe im polnischen Wielun.

Das Interesse der Menschen scheint – nach allem, was Sie erzählen – größer gewesen zu sein als das der Bundesregierung.
Was soll ich dazu sagen, als ehemaliger Beauftragter dieser Regierung? Genau genommen, der vorherigen Regierung. Ich, und nicht nur ich alleine, bedauere es, heute noch.

Immerhin trafen sich die Regierungschefs auf den ehemaligen Schlachtfeldern von Flandern, es gab Dutzende Ausstellungen – auch im Deutschen Historischen Museum.
Das war doch alles sehr pflichtgemäß. Ein internationales gemeinsames Gedenken hat dagegen nicht stattgefunden. Die Staaten lassen bis heute den Willen vermissen, 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg die Konsequenzen daraus zu ziehen. Die Chance, der europäischen Idee aus der gemeinsamen Erinnerung heraus eine neue Motivation zu verleihen, ist leichtfertig vertan worden.

Woran liegt das?
Gewollt war ein neues Geschichtsbild, das war wichtiger – nämlich die Revision bisheriger Auffassungen, was zum Ersten Weltkrieg geführt hat. Da hätte europäische Gemeinsamkeit nur gestört.

Sie denken an Christopher Clark und sein Buch „Die Schlafwandler"?
Ja. Er war der anglo-australische Kronzeuge für eine ganze Riege von deutschen Historikern, die meinten, das überkommene Bild der Kriegsursachen revidieren zu müssen. Der Cambridge-Professor Clark ist herumgereicht worden wie kein anderer Historiker in den vergangenen 100 Jahren zuvor. Ich habe ihm eines meiner EuropaKreuze gewidmet. Ein sehr netter Gentleman im Übrigen, wohl weniger Bösewicht als ein Missbrauchter. Seine deutschen Unterstützer hingegen hatten erklärtermaßen eine Revisionsagenda: Das heutige Deutschland von seinen Vergangenheitsfesseln zu befreien, historisch zu entlasten für eine neue deutsche Hauptrolle auf der Weltbühne.

In der Pallotinerkirche in Warschau am Grab des Paters Josef Stanek, 1944 wegen Widerstands hingerichtet.

Fotos: © Manos Meisen

Hat es funktioniert?
Jedenfalls ist es gelungen, gewissermaßen generalstabsmäßig das Geschichtsbild zu revidieren. Diesen Leuten zufolge hatte das Deutsche Reich noch nicht einmal eine Hauptmitschuld.

Welche Lehren können wir heute aus dem Ersten Weltkrieg ziehen?
Dass wir die Gelder für den europäischen Jugendaustausch verdoppeln sollten. Dass wir ein Europäisches Jugendwerk schaffen, dass wir die Partnerschaft mit unseren belgischen Nachbarn stärken und dass wir versuchen sollten, Geschichte gemeinsam zu betrachten. Dass wir dafür ein Europäisches Institut für vergleichende Geschichtswissenschaften und Pädagogik schaffen sollten. Es gibt viel zu tun. Nicht um der Vergangenheit willen, sondern für die Zukunft. Wir sehen doch, wie viel Geschichtsgift die Völker noch immer gegeneinanderhetzt.

Sie holen im Ruhestand nach, was Sie vorher nicht durften?
Ja, die EuropaKreuze sind das Kunstprodukt eines Scheiterns im Amte. Die Fortsetzung von Politik mit den Mitteln der Kunst.

Wie geht es weiter?
Wir wollen in diesem Jahr insgesamt 1.700 Kreuze fabrizieren – zusammen mit Schulen in Belgien und Polen. Das große Ziel sind 17.000 Kreuze. Mal sehen, wie weit wir kommen, mit einer gemeinsamen Erinnerungskultur in Europa. ■

Markus Bauer ist Historiker, Redenschreiber im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie ehemaliger Journalist.

Sowjetische Kriegsgefangene: raus aus dem „Erinnerungsschatten“

Eine Debatte 70 Jahre nach Kriegsende

Es war sicher nicht die längste, aber vielleicht die erinnerungspolitisch wichtigste Rede, die in den Tagen um den 8. Mai zum 70. Jahrestag des Kriegsendes in Deutschland gehalten wurde: Bundespräsident Joachim Gauck gedachte am 6. Mai 2015 vor dem Schloss Holte-Stukenbrock, wenige Hundert Meter vom ehemaligen Kriegsgefangenenlager „Stalag 326 Senne“ entfernt, der über drei Millionen Soldaten der Roten Armee, die in deutscher Kriegsgefangenschaft während des Zweiten Weltkrieges starben. „Sie gingen an Krankheiten elendig zugrunde, sie verhungerten, sie wurden ermordet“, sagte Gauck. Anders als in vielen anderen Reden von Politikern zum 8. Mai kam der Bundespräsident nicht auf die gelungene bundesdeutsche Aufarbeitung der NS-Diktatur zu sprechen, sondern fand deutliche Worte für ein erinnerungspolitisches Defizit: „Aus mancherlei Gründen ist dieses grauenhafte Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland nie angemessen ins Bewusstsein gekommen – es liegt bis heute in einem Erinnerungsschatten.“

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. hat in den vergangenen Jahren verstärkt daran gearbeitet, die sowjetischen Kriegsgefangenen und andere Opfer des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion aus diesem „Erinnerungsschatten“ hervorzuholen. So wurde zum Beispiel der Dokumentarfilm „Keine Kameraden“ von Beate Lehr-Metzger über das Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener im Winter 1941/42 von mehreren Regionalen Arbeitsgruppen gezeigt. Gemeinsam mit der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., dem Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst, der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft und der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas führte Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. von 2011 bis 2014 in Berlin die Veranstaltungsreihe „Opfer des deutschen Vernichtungskrieges im Osten“ durch. Wie aber kann es langfristig gelingen, an diese „vergessenen“ Opfer zu erinnern? Brauchen wir ein weiteres Denkmal im Tiergarten oder ist es sinnvoller, bestehende Erinnerungsorte wie etwa Massengräber sowjetischer Kriegsgefangener dem Vergessen zu entreißen?

Diesen Fragen stellen sich im folgenden Daniel Ziemer von der Initiative Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik und Jörg Morré, Direktor des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst. ■

Daniel Ziemer

Initiative: Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik

70 Jahre nach dem 8. Mai 1945 klafft im politischen Zentrum Berlins noch immer eine Lücke. Am Großen Tiergarten zeigen vier Gedenkorte für die Opfer nationalsozialistischer Verbrechen, dass sich die Bundesrepublik Deutschland zur deutschen Verantwortung bekennt. Sie erinnern an die ermordeten Juden Europas, an die ermordeten Sinti und Roma, an die verfolgten Homosexuellen sowie an die Opfer der „Euthanasie“-Morde.

Es fehlt jedoch der Hinweis auf eine andere große Opfergruppe, die bisher auch im öffentlichen Bewusstsein kaum präsent ist. In Mittel- und Osteuropa wurden zwischen 1939 und 1945 Millionen Männer, Frauen und Kinder mit dem Ziel ermordet, „deutschen Lebensraum im Osten“ zu schaffen. Die nationalsozialistische Ideologie hatte die Einwohner Polens und der damaligen Sowjetunion zu „rassisch minderwertigen Slawen“ erklärt, die millionenfach nach Osten vertrieben oder getötet werden sollten.

Bereits nach Kriegsbeginn ab September 1939 ermordeten deutsche SS- und Polizeigruppen Zehntausende ethnische Polen vor allem höherer Bildungsschichten, mit dem Ziel der Zerstörung einer eigenen polnischen Identität.

Die NS-Kriegsplanung gegen die Sowjetunion 1941 sah vor, dass „zig Millionen Menschen“ zu verhungern hätten, um die deutsche Bevölkerung zu ernähren und die slawische Bevölkerung zu dezimieren. Dieser Planung folgend, fielen zuerst vor allem die sowjetischen Kriegsgefangenen einer beispiellosen Hungermord-Strategie zum Opfer. Von den rund drei Millionen Soldaten der Roten Armee, die 1941 in deutsche Gefangenschaft geraten waren, überlebte bis Mai 1942 nur eine Million. Die große Mehrheit verhungerte in zahlreichen Lagern von der Ukraine bis in den Westen des Deutschen Reiches. Später zunehmend als Zwangsarbeiter genutzt und etwas besser versorgt, kam bis 1945 etwa eine weitere Million sowjetischer Kriegsgefangener ums Leben.

Porträt von Wanda Jaskewitsch (1924–1943), aufgewachsen im weißrussischen Dorf Chatyn. SS und deutsche Polizei verbrannten oder erschossen sie zusammen mit über 100 Dorfbewohnern in einer Scheune.

Auch die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten litt unter der geplanten NS-Hungerpolitik. Ihre genauen Dimensionen sind bis heute nicht genau erforscht, allein in der Stadt Charkow verhungerten bis Ende 1942 etwa 14.000 Menschen. Besonders deutlich zeigte sich die Hungerpolitik am Schicksal der Einwohner Leningrads. Während der Blockade durch die deutsche Wehrmacht verhungerten mindestens 800.000 Menschen der Stadt, unter ihnen vor allem Frauen und Kinder.

In ländlichen Gebieten der Sowjetunion und Polens nutzten die deutschen Besatzungstruppen den Widerstand von Partisanen zum Vorwand für flächendeckende Mordaktionen gegenüber der Zivilbevölkerung. Tausende Dörfer wurden niedergebrannt, in Hunderten dazu auch die Einwohner ermordet. Auf ihrem Rückzug ab 1943 erklärte die Wehrmacht die „verbrannte Erde" zur Strategie. Millionen Einwohner der Rückzugsgebiete wurden deportiert, nicht Arbeitsfähige in Internierungslagern unversorgt zurückgelassen. Allein in einem Lager bei Osaritschi in Belarus starben in wenigen Tagen über 9.000 Menschen.

Der Warschauer Aufstand im August 1944 schließlich führte zu einem Massaker an der unbewaffneten Zivilbevölkerung mit mehr als 60.000 zivilen Opfern. Nach der Niederschlagung des Aufstandes erlebten mindestens 350.000 Überlebende ihre Deportation in Konzentrationslager oder zur Zwangsarbeit.

Die Opfer dieser nationalsozialistischen Verbrechen spielten seit dem Neubeginn einer eigenen gesellschaftlichen und juristischen Aufarbeitung in der Bundesrepublik ab den 1960er-Jahren kaum eine Rolle. Die Verbrechen wurden als Nebenwirkungen eines harten und grausamen Krieges relativiert. Zusätzlich erschwerte die Konfrontation des Kalten Krieges eine offene Debatte.

Der wissenschaftliche Kenntnisstand über die nationalsozialistische Kriegs- und Besatzungspolitik hat sich seit den 1980er-Jahren verbessert. Mit dem 1995 eröffneten Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst entstand eine öffentlich präsente Institution, die sich auf die Erinnerung an den deutschen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion konzentriert. In ehemaligen Lagern für sowjetische Kriegsgefangene entstanden Gedenkstätten. Wesentliche Impulse für eine kritische Diskussion über die Verbrechen der deutschen Kriegsführung im Osten gaben die Wehrmachtsausstellungen 1995 und 2001.

Gleichwohl werden verhungerte sowjetische Kriegsgefangene, werden ermordete polnische Intellektuelle, werden verbrannte weißrussische Dorfbewohner im kollektiven Gedächtnis der Deutschen bis heute nur am Rande wahrgenommen. Warum ist dies so?

Keineswegs fehlt es an Erkenntnissen über die Verbrechen. Es fehlt aber an einem starken Symbol, an einem prominenten Ort, der ausdrücklich dem Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen „Lebensraum"-Politik gewidmet ist.

Ein eigenes Denkmal im Zentrum der Bundeshauptstadt, unweit der anderen Gedenkorte für die NS-Opfer, kann ein solches wichtiges Symbol gegen das Vergessen sein. Die Bundesrepublik Deutschland würde damit nach außen und innen zeigen, dass wir Deutschen unsere historische Verantwortung auch gegenüber diesen Opfern ernst nehmen, dass uns die Erinnerung an sie auch 70 Jahre später wichtig ist. »

Plakataktion gegenüber dem Sowjetischen Ehrenmal am Tiergarten „Den vergessenen Opfern des Vernichtungskrieges ein Gesicht geben".

Fotos: Initiative Gedenkort

» Die von manchen gehegte Befürchtung, dass jeweils eigene Denkmäler für die verschiedenen NS-Opfergruppen das Gedenken insgesamt entwerten würden, hat sich längst als falsch erwiesen. Vielmehr tragen die auf Beschlüsse des Bundestages hin errichteten Gedenkorte dazu bei, die kollektive Erinnerung zu differenzieren und zu schärfen.

Porträt des polnischen Geistlichen Piotr Sosnowski (1899–1939), als „Vergeltungsmaßnahme" für eine angebliche Brandstiftung im Oktober 1939 ermordet.

Deshalb tritt die Initiative Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik seit 2013 mit Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen für einen Erinnerungsort im Berliner Zentrum an die Opfer der deutschen Vernichtungspolitik in Polen und der Sowjetunion ein. Gründer der Initiative ist Peter Jahn, ehemals langjähriger Leiter des Deutsch-Russischen Museums. In diesem Jahr veranstaltet die Initiative unter anderem eine wissenschaftliche Vortragsreihe in Berlin zur NS-Mordpraxis im Namen der „Lebensraum"-Politik und ihrer Opfergruppen.

Fotos: Initiative Gedenkort

Sprecher der Gedenklesung „Den vergessenen Opfern des Vernichtungskrieges eine Stimme geben": Jutta Weduwen (Geschäftsführerin der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste), Ulrike Trautwein (Evangelische Generalsuperintendentin), Schauspieler Ulrich Matthes, Publizistin Lea Rosh (v. l. n. r.)

Das Ziel eines Denkmals für die Opfer der nationalsozialistischen „Lebensraum"-Politik unterstützen zahlreiche prominente Unterzeichner eines Aufrufs. Im Dezember 2014 haben zudem die NS-Gedenkstätten in Berlin und Brandenburg eine Resolution beschlossen: „[...] Auch gegenüber diesen Opfern hat die Bundesrepublik Deutschland eine historische Verantwortung, an sie zu erinnern – ihrer zu gedenken. Der Arbeitskreis der Berliner und Brandenburgischen Gedenkstätten fordert die politisch Verantwortlichen auf, auch für sie im Berliner Tiergarten einen Ort des Gedenkens zu schaffen." ■

Daniel Ziemer ist Mitarbeiter der Initiative Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik.

Mehr Informationen:
www.gedenkort-lebensraumpolitik.de

Jörg Morré

Ein sichtbares Zeichen setzen

In deutscher Kriegsgefangenschaft starben rund 3,3 Millionen Soldaten der Roten Armee. Sie starben, weil die Wehrmacht ihnen Nahrung, Kleidung, Unterkunft und medizinische Versorgung verweigerte. Unter Bruch sämtlicher Regeln des Völkerrechts plante die Wehrmachtsführung den Tod sowjetischer Kriegsgefangener. Sie übernahm damit die nationalsozialistische Rassenideologie, die den Menschen in der Sowjetunion – und somit auch denen in der Roten Armee – generell das Recht auf Leben absprach. Sie galten als minderwertige Menschen, als „slawische Untermenschen", die dem vermeintlich höherwertigen deutschen Volk Platz für einen „Lebensraum im Osten" machen sollten. Mit diesem Ziel vor Augen beutete die deutsche Kriegswirtschaft seit dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 die besetzten Gebiete systematisch aus, um die Wehrmacht zu ernähren und die Wirtschaft im Deutschen Reich mit Rohstoffen zu versorgen. In dieser Logik tat sich für sowjetische Kriegsgefangene nur dann eine Chance auf Überleben auf, wenn sie sich zu Arbeitseinsätzen heranziehen ließen. Der für das Kriegsgefangenenwesen der Wehrmacht zuständige Generalquartiermeister Wagner brachte das im Oktober 1941 auf die Formel: „Nichtarbeitende Kriegsgefangene in den Gefangenenlagern haben zu verhungern".

Angesichts dieser brutalen Vernichtungspolitik fällt es schwer zu begreifen, warum das Schicksal sowjetischer Kriegsgefangener bis heute nicht angemessen

wahrgenommen wird; warum in den Debatten um Entschädigung für Zwangsarbeit die Überlebenden unter den ehemaligen Kriegsgefangenen nie berücksichtigt wurden. Der Verein „kontakte-kontakty" wurde bereits 1991 mit dem Anliegen geründet, dieser Opfergruppe Gehör zu verschaffen. Und anlässlich des 2011 begangenen 70. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion fand sich auf Initiative von Peter Jahn ein großer Kreis von Wissenschaftlern, Gedenkstätten- und Museumsmitarbeitern zusammen, die gemeinsam darüber nachdachten, wie das Schicksal der „vergessenen Opfer des Vernichtungskrieges" besser ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden könne. Es ging darum, ein sichtbares Zeichen zu setzen. Vier Jahre lang bot ein Konsortium, bestehend aus der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft, der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, der Aktion Sühnezeichen, dem Verein Gegen Vergessen – für Demokratie und dem Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst, Vorträge und Veranstaltungen an, durch die das Thema öffentlich gemacht werden sollte. Nun

Der Rotarmist Dmitrij Lewinski im Sommer 1940.

gibt es die Initiative „Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik", die das gleiche Ziel verfolgt, aber mit anderen Mitteln: Im Zentrum der deutschen Hauptstadt soll ein Denkmal gebaut werden, damit alle von dem Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen erfahren.

Die Konzentration darauf, im Berliner Tiergarten, am besten gegenüber dem sowjetischen Ehrenmal, den sowjetischen Kriegsgefangenen als Opfer deutscher Vernichtungspolitik ein Denkmal zu setzen, folgt den etablierten Formen öffentlicher Erinnerung. Nachdem vor zehn Jahren im Zentrum Berlins das Mahnmal zur Erinnerung an die ermordeten Juden Europas eröffnet worden war, folgten weitere Opfergruppen, die mit Denkmalen und Informationstafeln gewürdigt wurden oder gewürdigt werden sollen. Der Erfolg, das Leiden bestimmter Opfergruppen öffentlich zu machen, wird zunehmend daran gemessen, ob es gelingt, im Tiergarten ein sichtbares Zeichen zu errichten. Häufig sind die entstanden Denkmale Informations- und Gedenkort in einem, denn Gedenken ohne Wissen funktioniert nicht, ansonsten wäre es ein hohles Ritual.

Dem Gedenken der Opfer unter den sowjetischen Kriegsgefangenen ist das nicht zu wünschen. Zwar ist der Begriff „Vernichtungskrieg" seit den 1990er-Jahren dank der „Wehrmachtausstellung" des Hamburger Instituts für Sozialforschung ein feststehender Begriff geworden, um die systematischen Verbrechen der Wehr- »

Rückseite des sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Pankow mit einer Würdigung des Leidens sowjetischer Kriegsgefangener.

Fotos: Deutsch-Russisches Museum Karlshorst

Fotos: Deutsch-Russisches Museum

Ansicht der Dauerausstellung, Kapitel zum Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen.

» macht unter anderem an den sowjetischen Kriegsgefangenen zu benennen. Was das aber im Konkreten bedeutete, ist außerhalb der kleinen Expertenrunden nach wie vor schwer zu erfassen. Dafür gibt es Orte wie das Deutsch-Russische Museum, das seit 20 Jahren in einer wissenschaftlich fundierten Dauerausstellung über die deutschen Verbrechen an den Menschen der Sowjetunion aufklärt. Das Museum hat seine eigene Geschichte vom sowjetischen „Kapitulationsmuseum" hin zu einem Ort deutsch-russischer (und weißrussischer und ukrainischer) Verständigung. Gerade deswegen eignet es sich als Erinnerungsort. Dieser muss nicht künstlich im Tiergarten geschaffen werden.

Sowjetisches Ehrenmal in Berlin-Schönholz.

Ein „Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen"-Denkmal sollte nicht in Opposition zu dem bestehenden sowjetischen Ehrenmal im Tiergarten gesetzt werden. Damit würde man absichtlich zwei sehr unterschiedliche Erinnerungskulturen aufeinanderprallen lassen. Dies würde keiner Seite gerecht. Es geht auch stiller. Eine kürzlich abgeschlossene Dokumentation hat die Zahl von rund 4 100 Orten mit Gräbern von sowjetischen Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern oder auch im Kampf gefallenen Soldaten ermittelt, die über die gesamte Bundesrepublik verteilt sind (www.sowjetische-memoriale.de). Viele davon sind ordentlich gepflegte Anlagen, zum einen, weil es das Kriegsgräbergesetz und das Gräberabkommen mit der Russischen Föderation so vorsehen. Zum anderen aber sind sie gepflegt, weil Anwohner sich aus Menschlichkeit oder aus Verantwortungsgefühl heraus schon immer um diese Gräber gekümmert haben. Es gibt sie also, die stillen Orte der Erinnerung an die Opfer des Vernichtungskrieges. Daneben gibt es die repräsentativen Anlagen mit monumentaler Architektur und teils kriegerischer Ausschmückung mit Panzern und Kanonen als Ehrenmale für die Kämpfer der Roten Armee. Die bekanntesten Berliner Beispiele sind der Treptower Park und das Ehrenmal im Tiergarten, die trotz aller Herrschaftsarchitektur der sowjetischen Siegermacht auch Massengräber sind. Und es gibt ein drittes, beinahe vergessenes Ehrenmal in der Schönholzer Heide mit über 13 000 Toten, das genau das macht, was nun gefordert wird: Es erinnert an das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen. Nur ist diese Widmung sehr versteckt, nämlich an der Rückseite der Anlage, die zudem kaum eine öffentliche Wahrnehmung erfährt.

Sowjetische Kriegsgefangene in einem Lager bei Gshatsk, Smolensker Gebiet, Dezember 1941.

Die Herausforderung liegt darin, Bestehendes mit der notwendigen Forderung nach einem sichtbaren Zeichen zur Erinnerung an das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen als Opfer deutscher Vernichtungspolitik zu verbinden. Dabei gibt es Orte, die möglicherweise ebenso vergessen sind wie die Opfer, die dort begraben liegen. Hier könnte Erinnerung einsetzen, hier könnte sie konkret werden und hier könnte sie im öffentlichen Raum fassbar werden. Im Tiergarten sind tatsächlich Soldaten im Kampf gegen den Faschismus gefallen. Ihnen gebührt ein Ehrenmal, das dort in alliierter Eintracht seine Widmung sogar auf Englisch trägt. Das sollte für sich stehen. Es gibt genügend Ansätze, mit dem Bestehenden den Opfern des deutschen Vernichtungskrieges ein sichtbares Zeichen zu setzen. ■

Dr. Jörg Morré ist Direktor des Deutsch-Russischen Museums in Berlin-Karlshorst.

Dierk Borstel

Pegida – Eine Bewegung wirft Fragen auf

„Wir sind das Volk!", schallt es aus den Dresdner Pegida-Demonstrationen, die sich Spaziergänge nennen. Pegida – das Kürzel von „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" – steht für eine junge Bewegung, die Mitte Januar immerhin geschätzte 25 000 TeilnehmerInnen in der sächsischen Hauptstadt mobilisierte und der es schnell gelang, deutschlandweit Ableger zu bilden. Derweil ist der Organisationskern der Bewegung zerstritten und die Mobilisierungskraft deutlich gesunken. Ihren Höhepunkt scheint die Bewegung somit hinter sich zu haben, dennoch besteht sie fort. Beobachter streiten seitdem um den Charakter dieser Bewegung. Wer oder was ist eigentlich Pegida?

Die Keimzelle der Bewegung findet sich in Dresden, sie ist aus eher zufälligen Bekanntschaften am Rande einer politischen Veranstaltung entstanden. Szenebeobachter wie der Fachjournalist Olaf Sundermeyer bewerten Pegida als eindeutig rechtsextremistische Bewegung. Für diese These der rechtsextremen Mobilisierung sprechen zunächst die Beobachtungen der Pegida-Ableger in Nord- und Westdeutschland. Szenekenner in Stralsund, Rostock, Wuppertal, Düsseldorf und Köln berichten von bekannten Rechtsextremisten und im Rheinland organisierten Rechtspopulisten, die sich zu Demonstrationen unter der Pegida-Flagge trafen. Diese Veranstalter konnten jedoch über ihr unmittelbares Umfeld zum Beispiel in der rechtsextremen Jugendkultur kaum zusätzliche Teilnehmer mobilisieren. Entsprechend niedrig im Vergleich zu Dresden war dort die Beteiligung. Der Blick nach Westen steht somit der Mobilisierungsthese von Sundermeyer entgegen. Es dürfte vielmehr ein (misslungener) Trittbrettfahrerversuch von Rechtsextremisten gewesen sein.

Pegida als sächsisches Problem

In einem zweiten, in der Öffentlichkeit breit diskutierten Erklärungsansatz wird Pegida als spezifisch Dresdner oder zumindest sächsisches Problem bezeichnet. Pegida sei Resultat einer „sächsischen Demokratie", die gegen Rechtsextremisten nachsichtig und gegen linke Demokratie hartherzig und ungerecht sei. Andere Stimmen verweisen auf das sogenannte „Tal der Ahnungslosen", einen alten Scherzbegriff, der darauf gründet, dass im Raum Dresden zu Zeiten der DDR kein westdeutscher Fernsehsender empfangen wurde.

Diese Argumente entwickeln aber keine durchschlagende Überzeugungskraft. Unstrittig ist hingegen, dass es nahe Dresden, zum Beispiel in der Sächsischen Schweiz, ausgewiesene rechtsextreme Hochburgen gibt. Hier könnte ein Potenzial von Pegida zu finden sein. Untersuchungen zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit direkt in Dresden hingegen geben eher ein unauffälliges Bild im Vergleich mit Städten wie Bremen oder Dortmund im Westen und Altenburg oder Neubrandenburg im Osten. Sicherlich bedeutend ist jedoch der Hinweis auf die unterdurchschnittliche Zahl an Menschen mit Migrationshintergrund. Hinzu kommt eine deutliche Konzentration von Migranten vor allem aus Osteuropa in einigen Neubaugebieten bei gleichzeitig kaum vorhandener Mischung in anderen Stadtteilen. Dieser Aspekt unterscheidet Dresden deutlich von vergleichbaren Großstädten besonders in Westdeutschland.

Aus wissenschaftlicher Perspektive liegen zu Pegida bisher nur Fragmente der Universitäten in Göttingen und Dresden vor. Beide stimmen darin überein, dass es sich bei Pegida nicht um eine geschlossen rechtsextreme Bewegung handele. Sie setze sich zusammen aus Rechtsextremisten und xenophob Verängstigten. Die Dresdner Studie bezeichnet fast zwei Drittel der Befragten als „besorgte Gutwillige", die nicht das demokratische System an sich bekämpfen wollten, sondern eher deren reales Funktionieren oder Nichtfunktionieren kritisieren. Die beiden bestimmenden Themen seien die Bereiche „Flucht, Migration, Asyl" und im weiteren Sinne die Funktionsweise und fehlende Repräsentativität des politischen Systems. Pegida erscheint so als eine ideologische und im klassischen Sinne konservative Gegenbewegung zu dem Bild eines modernen und vielfältigen Deutschlands.

Was verrät Pegida von sich?

Eine andere Perspektive, sich Pegida zu nähern, ist der Blick auf deren Forderungen. Bislang gibt es dazu nur ein dürres Manifest, einen Facebook-Auftritt, den Namen selbst, die Reden und Rufe auf den „Spaziergängen" sowie einige Fernsehauftritte führender Organisatoren. Folgende Schwerpunkte lassen sich herauskristallisieren:

- Angst vor einem vermeintlichen Verlust einer „abendländischen" Kultur. Der Begriff steht hier wohl vor allem für einen Abwehrkampf gegen den Islam als Religion und den Islamismus als politische Bewegung.

- Kritik der Asylpolitik in Deutschland. Pegida fordert kürzere Prüfungen und schnellere Abschiebungen von Menschen, deren Asylantrag nicht zugestimmt wurde, und von Flüchtlingen, die in Deutschland straffällig wurden.

- Distanz zur real existierenden Demokratie. Viele Demonstranten fühlen sich vom politischen Prozess ausgestoßen, kritisieren die Sprache des politischen Systems und dessen Output an politischen Entscheidungen, die sich nicht mit der Idee des Mehrheitsentscheids in der Demokratie deckten. Sie eint ein Gefühl, dass ihre Stimme im politischen Diskurs nicht zähle.

- Kritik an der vermeintlich einseitig berichtenden deutschen Presse. Pegida kritisiert auch eine medial angepasste Sprache der „politischen Korrektheit", mit der sie sich nicht identifizieren kann. »

» • Ablehnung der Idee des Gender Mainstreamings.

Auch hier finden wir zwei zentrale Themen: den Umgang mit Migration und Flucht sowie den Zustand und die Zukunft der repräsentativen Demokratie. Auf beide Themenfelder wird zu reagieren sein, wenn man Pegida als Herausforderung begreifen möchte.

Foto: wikicommons/Kalispera Dell

Eine Pegida-Demonstration in Dresden auf dem Höhepunkt der Bewegung Mitte Januar.

Schwieriger Umgang mit Pegida-Anhängern

Viele O-Töne von TeilnehmerInnen der Pegida-Märsche erschweren in ihrer sprachlichen und inhaltlichen Unbeholfenheit eine ernsthafte Auseinandersetzung, unmöglich sollten sie sie jedoch nicht machen. Das verbieten schon der eigene demokratische Anspruch und das Recht auf freie Meinungsäußerung. Vielmehr gilt es zu sortieren. Welche Äußerungen sollten ernsthaft diskutiert und welche strikt zurückgewiesen werden? Eine Grenze ist sicher erreicht, wenn verallgemeinernde Aussagen mit einem gedanklichen Kern der Ideologie der Ungleichwertigkeit getroffen werden. Einige Beispiele mögen das verdeutlichen:

- Natürlich kann und sollte kontrovers um die konkrete Unterbringung von Flüchtlingen gestritten werden. Dabei sind sowohl Idealisierungen als auch stereotype Klassifizierungen der Asylsuchenden zu vermeiden. Es handelt sich bei ihnen weder um „arme Engel" noch um „Verbrecher", sondern um Menschen.

- Wenn Pegidaisten behaupten, die Terrorgruppen der ISIS stünden bereits vor den Toren Dresdens, ist das lächerlich. Die dahinter sich verbergende Angst vor islamistischem Terror auch in Deutschland ist es hingegen nicht.

- Wenn Pegida behauptet, die Presse in Deutschland lüge generell, ist das Propaganda. Problematische Entwicklungen in der deutschen Medienlandschaft wie die Medienkonzentration, die Krise im Printbereich und die Auswirkungen des Internets auf die öffentliche Meinungsbildung müssen jedoch diskutiert werden.

- Wenn Pegida behauptet, dass sich das politische System zunehmend isoliert, sprachlich verengt und immer häufiger Kapitalinteressen dient, deckt sich das mit ernstzunehmenden Sichtweisen aus der Wissenschaft, zum Beispiel mit dem postulierten Phänomen der Postdemokratie.

Doch in der öffentlichen Debatte geht es häufig noch gar nicht darum, wie mit derartigen Positionen umgegangen werden kann, sondern ob Dialog überhaupt wünschenswert ist.

Reden oder nicht reden

Die Frage spaltet zum Beispiel viele Sozialdemokraten. Als der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel als Privatperson nach Dresden fuhr, um sich vor Ort ein Bild von Pegida zu machen und mit TeilnehmerInnen der Demonstration zu sprechen, düpierte er damit die SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi. Diese hatte kurz vorher erklärt, dass ein Dialog mit Pegida abzulehnen sei.

Gabriel hingegen erkannte in Pegida einen Mix aus Rechtsextremisten, enttäuschten Demokraten, Wutbürgern, ängstlichen Konservativen und Abgehängten der Wohlstandsgesellschaft. Um die Enttäuschten und Abgehängten müssten Demokraten kämpfen, sagte er. Dafür sei ein Dialog nötig.

In der Praxis zeigten sich bei Dialog-Angeboten etwa der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen sowie einiger örtlicher Parteiverbände wie in Berlin-Treptow und im Thüringischen Wald große Schwierigkeiten. Aus den Berichten über diese Formate lassen sich mehrere Fragen für Nachfolgeprojekte entwickeln. Sie lauten:

- Wie gelingt der Balanceakt zwischen der Möglichkeit, Pegida-Argumente öffentlich kundtun zu lassen, und dem angemessenen Widerspruch?

- Wie wird verhindert, dass plakative Parolen etwa mit rassistischen Inhalten den Dialog so bestimmen, dass sie sich eher ausbreiten denn eingrenzen lassen?

- Wie gelingt der sprachliche Dialog zwischen den Vertretern unterschiedlicher Bildungsmilieus, politischen Szenen und Beobachtern?

- Wie gelingt ein wertschätzender Umgang miteinander, der Basis jedes friedlichen Dialogs sein muss?

- Wie gelingt der Umgang mit jenen politischen Kräften, die kein Interesse an einem friedlichen Dialog haben?

- Wie können die Themen so voneinander getrennt werden, dass ein Austausch von Argumenten überhaupt möglich wird?

- Wo ist der passende Ort für solche Formate? Wer organisiert sie? Wer bestimmt ihre Spielregeln und wer setzt sie durch?

Tatsächlich gibt es bisher nicht viele Erfahrungen mit solchen Veranstaltungen. Es braucht somit neuen Mut zum Dialog und politischen und gesellschaftlichen Rückenwind für diejenigen, die sich trauen, neue Wege zu gehen und damit unter Umständen neue Fehler zu machen. ■

Dierk Borstel ist Professor für angewandte Politikwissenschaft an der Fachhochschule Dortmund. Der Artikel ist die gekürzte Version eines Textes, der im Auftrag der Organisation „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" entstand. Wir bedanken uns für die freundliche Genehmigung des Abdrucks.

Liane Holl

Der Versuch, die Demokratie zu untergraben

Gedanken über Erfahrungen mit Pegida-Demonstrationen in Karlsruhe

Eigentlich möchte Karlsruhe eine vielfältige, weltoffene und solidarische Stadt sein, in der alle Menschen unterschiedlichster Herkunft willkommen sind. Nun wollen rassistische Gruppierungen, wie es sie bundesweit gibt, das friedliche Zusammenleben stören, Ängste vor Fremden schüren und so Intoleranz und eine Verrohung der Gesinnung fördern. Durch Vernetzungen und gemeinsame Parolen haben sie eine Demonstrationsbewegung geschaffen, die sich Pegida nennt und die, wenn man sie sieht, Angst hervorruft. Sie setzt sich nicht nur aus einfachen Menschen zusammen, die Bedenken gegen eine angebliche Islamisierung haben, sondern es sind jede Menge Nazis und Neonazis darunter, deren braune Gesinnung man schon lange kennt.

Diese Demonstrationen versuchen, unsere Demokratie zu untergraben. Aber was machen wir dagegen? Reicht es, aufzuklären und Gegendemonstrationen zu initiieren?

Wir wollen verhindern, dass Pegida hier in Karlsruhe Fuß fasst, wir waren bisher bei jeder Gegendemonstration dabei und haben gewartet, ob die Gegner doch noch einsichtig werden. Am Anfang waren 1 000 Gegendemonstranten auf der Straße. Später wurden es auf beiden Seiten weniger.

Wir können nicht zulassen, dass die Pegida-Demonstranten sich für „das Volk" halten. Unser Staat darf nicht noch einmal fremdenfeindlich, judenfeindlich oder islamfeindlich geprägt werden. Eine Wiederholung der diktatorischen Geschichte wird es nicht geben, aber rechtsextreme und auch rechtsterroristische Kreise schüren immer wieder Hass. Auch bei den Pegida-Demonstrationen erkennt man, um welche menschenfeindliche Frequenz es sich handelt.

Es geht darum, solche Strömungen gut zu erkennen und in den Griff zu bekommen. Es heißt, rechtzeitig eine Gegenbewegung zu aktivieren.

In Karlsruhe war es bisher so, dass Leute aus allen möglichen umliegenden Städten anreisten, sogar mit Hakenkreuzflaggen und Nazi-Parolen, sodass man im falschen Film zu sein glaubte, nicht im Jahr 2015. Die Hauptdemonstration war geprägt von der rechtsextremen Szene, Mitglieder der Nazi-Hool-Gruppe „Berserker Pforzheim" fungierten als Ordner der Partei „Die Rechte", die nach dem Verbot des „Freien Netzes Süd" immer stärker auftritt. Diese Demonstranten machen kein Hehl aus ihrer Gesinnung, und manche Polizeibeamte sehen da zu oft weg.

Jedenfalls fragt man sich, ob das Verbot der Volksverhetzung noch gilt, wenn man diese Leute mit ihren Parolen und Transparenten durch die Straßen ziehen sieht. Seit den Pegida-Aufmärschen gibt es auch Droh-E-Mails, in denen Nazi-Gegner, Geflüchtete und Schwarze als Schmarotzer und Schädlinge bezeichnet werden und ihnen mit Vergasung gedroht wird. Mir selbst hat man mit dem Abfackeln meiner Wohnung gedroht, wenn ich meine Arbeit nicht beende.

Doch die Gegendemonstrationen haben bewiesen, dass es viele Menschen gibt, die sich im Zeichen der Freundschaft für ihre Mitmenschen einsetzen. Es wurden sehr schöne Ansprachen aus allen möglichen Religions- und Kulturkreisen gehalten.

Thomas Schalla, Dekan der Evangelischen Kirche in Karlsruhe, erklärte: „Es darf nicht sein, dass Menschen unter Generalverdacht gestellt werden. Wir sagen Ja zum friedlichen Zusammenleben von Christen, Juden und Muslimen in Karlsruhe und der Welt. In unserem Glauben ist kein Platz für Ausgrenzung, Hass und Diskriminierung."

Solidarität war zu spüren, insbesondere vor Transparenten, die selbstgefertigt waren und bei Wind und Wetter eingesetzt wurden. Es nahmen unterschiedlichste Gruppen teil, Libertäre, Gegen Vergessen – »

Transparent von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. auf einer Demonstration gegen Pegida.

Foto: privat

Screenshot: Liane Czeremin

Auch im Internet wird für ein weltoffenes Karlsruhe geworben: www.nokargida.de

» Für Demokratie e. V., DGB, Flüchtlingshilfe, Menschenrechtler, Bündnis gegen Rechts, Antifaschisten und Mitglieder der Stadtverwaltung Karlsruhe.

Ein Problem ist, dass die Pegida-Anhänger und -Mitläufer miteinander stark vernetzt sind, zum Beispiel über Facebook. Auf die Dauer ist es schwierig, da gegenzuhalten und zu mobilisieren, vor allem, wenn Demonstrationen relativ spontan angemeldet oder auf die Mittagszeit gelegt werden, wenn die meisten Menschen arbeiten müssen.

Ein bisschen frustrierend ist, dass erfolgreiche Gegendemonstrationen zwar eine Genugtuung für die Teilnehmer selbst sind, die Gegenseite sie aber gar nicht unbedingt wahrnimmt. Um Gewalttaten zu verhindern, werden die Veranstaltungen von der Polizei räumlich ja immer klar getrennt.

Dennoch sind wir alle aufgefordert, ein Zeichen zu setzen, mutig zu sein, uns Zeit zu nehmen und hinzugehen. Nur wenn sich genügend Menschen an den Gegendemonstrationen beteiligen, können diese intoleranten Strömungen im Keim erstickt werden. Ich bin gerne bereit, im Namen verschiedener Organisationen teilzunehmen, Transparente zu halten und aktiv zu sein. Was mich dazu bewegt, ist meine Geisteshaltung und die Sorge um den Verlust der Demokratie, der Menschenrechte. Mir schwebt eine Zukunft vor, in der wir in Europa und vor allem in Deutschland weiterhin friedlich leben können. ■

Liane Holl ist Mitglied in der Sektion Nordbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und darüber hinaus aktiv in der Asyl-Gruppe Karlsruhe von Amnesty International sowie im Bündnis gegen Rassismus und Neonazis Ettlingen.

Bemerkenswerte Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen

Interview mit Eberhard Diepgen zum Berliner „Beirat für Zusammenhalt“

Die Zahl der Asylanträge steigt immer weiter, im ersten Quartal 2015 hat das Bundesamt für Migration in Deutschland rund 75.000 neue Erstanträge gezählt. Fünf Prozent der Asylsuchenden muss Berlin unterbringen. Sie sind nun in einem überparteilichen „Beirat für Zusammenhalt“ aktiv, der den Senat berät. Was sind dort genau Ihre Aufgaben?

Zu den großen Versäumnissen der deutschen und europäischen Politik gehören eine realistische Einschätzung der Flüchtlingszahlen, auf die sich Europa angesichts der Krisen vor seiner Haustür und auch innerhalb des eigenen Kontinents einstellen muss, und eine hinreichende Vorsorge. Über die hohen Flüchtlingszahlen und die damit verbundenen Herausforderungen für die Erstaufnahme und eine anschließende längerfristige Wohnversorgung hätte niemand überrascht sein müssen. Jetzt aber gab es landauf, landab Hauruckmaßnahmen. Die Nachbarschaft von Notunterkünften und Wohneinrichtungen fühlte sich bedrängt und bei den für jede Eingliederungsmaßnahme notwendigen Infrastruktureinrichtungen überfordert.

Zu späte Kommunikation der Verwaltung mit der Nachbarschaft nachholen, um Verständnis werben für die Notsituation, in die auch die Verwaltungen gedrängt waren, also vereinfacht ausgedrückt, Fehler schön reden, weil die Menschen in Not auch Anspruch auf Hilfe haben und im kalten Winter nicht auf Parkbänke verwiesen werden dürfen, das waren die vordringlichen Aufgaben des Beirates.

Und welche Schwierigkeiten bestehen bei der Unterkunftssuche?

Selbst örtliche kommunale Verwaltungen wurden von Planungen überrascht. Und wirklich geeignet sind nicht alle Grundstücke, auf denen viel zu große Containerdörfer errichtet werden sollen. Schwer zu vermitteln ist es, wenn hinten in der Straße eine Schule leer steht, aber vorne Container für Flüchtlinge gebaut werden sollen. Das deutsche Baurecht und auch Ausschreibungsregeln lassen eine Herrichtung der Schule nicht ohne Weiteres zu. Dazu brauchte man einen Helmut Schmidt, der bei der Hamburger Flutkatastrophe einfach das Notwendige gemacht hat.

Auch der Bund muss bei der Bereitstellung von Unterkünften und Grundstücken seinen Beitrag leisten – nicht nur bei schönen Reden.

Muss sich der Bund stärker an den Kosten der Aufnahme von Flüchtlingen beteiligen?

Nicht nur beteiligen, das macht er ja schon. Gelöst werden die aktuellen Probleme nur, wenn Länder und Gemeinden die Erstaufnahme und Eingliederung während der ersten Jahre im Auftrage des Bundes wahrnehmen und der Bund diese Kosten voll übernimmt. Föderalismus hin oder her. Die laufenden Verhandlungen über die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern sollten diese Frage lösen.

Können bei der großen Anzahl der Menschen, die schnell untergebracht werden müssen, die Anwohner überhaupt ausreichend beteiligt werden?

Wenn wir uns von Zahlen überraschen lassen: Nein. Aber wir können und müssen doch Vorsorge treffen und Aufnahmeeinrichtungen vorhalten. Schön, wenn sie dann nicht ausgelastet werden. Kritik der Rechnungshöfe an leer stehenden Flüchtlingsunterkünften hat Länder und Gemeinden in die aktuellen Probleme gebracht. Und der mangelnde Mut, diese Kritik auch mal auszuhalten.

Sowohl in Berlin als auch zum Beispiel in Hamburg gibt es Probleme, wenn Asylunterkünfte in wohlhabenden Vierteln eingerichtet werden sollen. Wie stehen Sie zu dieser Debatte?

In den ersten Reaktionen der Nachbarschaften gibt es wenige Unterschiede. Das Argument gegen die bösen Reichen macht sich im Streit um Standorte aber immer gut. Persönlich halte ich die geltenden Regeln über die regionale Aufteilung der Flüchtlinge zwar für politisch verständlich. Solange die Kommunen die finanziellen Lasten tragen, ist es auch unumgänglich. Aber: Ist es sinnvoll, wenn in einer Gemeinde wegen der demografischen Entwicklung Wohnungen rückgebaut werden, nur wenige Kilometer davon entfernt aber verzweifelt Wohnraum für Flüchtlinge gesucht wird? Das gibt es ja nicht nur im Osten Deutschlands.

Foto: Task Force Notunterbringung

Eberhard Diepgen (m.), stellvertretender Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin, informiert sich mit anderen Beiratsmitgliedern über die Unterbringung von Flüchtlingen.

Was konnten Sie mit dem Beirat bislang beitragen und was möchten Sie mit diesem Ehrenamt noch erreichen?

Bei Bürgerversammlungen konnten die Mitglieder des Beirates sowohl vorhandene Hilfsbereitschaft unterstützen als auch Dampf-Ablassen auffangen. Jede kritische Frage darf ja nicht gleich in eine rechtsradikale Ecke gepackt werden. Ich habe den Eindruck, jedenfalls für Berlin, dass es eine bemerkenswerte Aufnahme- und Hilfsbereitschaft gibt.

Erreichen? Wir wollen keine großen Containerdörfer, wir wollen kleinteiligere Wohnunterkünfte, weil damit die Eingliederung in Schulen und Kitas erleichtert wird. Wir drängen auf ein stärkeres Engagement der städtischen Wohnungsunternehmen. Wir drängen auf Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge. Das sind nur einige Beispiele.

In letzten Stellungnahmen und Entscheidungen des Senats sehe ich Fortschritte. Sehr positiv, dass nicht mehr von neuen Containern, sondern Einrichtungen gesprochen wird, die in Modulbauweise entstehen sollen und weiterführend auch den Mangel an Wohnraum für Studenten verringern können. Aber mühsam ernährt sich das Eichhörnchen. Langsam wächst zwischen den Senatsverwaltungen die Erkenntnis, dass eine Gemeinschaftsaufgabe zu bewältigen ist.

Persönlich geht es mir darum, dass das Einwanderungsland Deutschland in der öffentlichen Diskussion und auch dem praktischen Verwaltungshandeln nicht alle unterschiedlichen Sachverhalte miteinander vermengt. Zuwanderung ist in unserem Interesse notwendig und trifft eine Auswahl nach den Bedürfnissen unserer gesellschaftlichen Entwicklung. So ist es zum Beispiel auch in Kanada. Ganz anders ist es bei politischen und Kriegsflüchtlingen.

Und wieder anders ist unsere Verantwortung bei der wachsenden Völkerwanderung des Hungers. Da müssen wir auch auf die Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaft achten.

Sie haben sich die Situation in Berliner Asylheimen angeschaut. Welchen Eindruck haben Sie gewonnen: Wie ist die Lage dort?

Die Erstunterbringung in Turnhallen ist wirklich nur Notbehelf. In den Wohneinrichtungen zeigt sich eine hohe Professionalität der Betreiber der einzelnen Einrichtungen. Ängste der Nachbarschaft haben sich zwar nicht verflüchtigt, sie wurden aber immer geringer. Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben. Ich bin aber sicher, dass eine sensible Belegungspraxis und damit Rücksicht auf die unterschiedliche Sozialisation verschiedener Gruppen von Flüchtlingen einen wichtigen Beitrag zum Miteinander leisten kann. Leider wird es angesichts der erwarteten Flüchtlingszahlen und der Verfahrensdauer bei Asylverfahren auch bei größten Anstrengungen noch für einige Monate Engpässe geben.

Im Vergleich zum Beginn der 1990er-Jahre, in denen es ähnliche Herausforderungen gab: Was ist heute anders?

Es waren damals sogar mehr Flüchtlinge. Sie kamen aus dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien und mit deutschem oder jüdischem Hintergrund aus der ehemaligen Sowjetunion. Der tatsächliche oder vermeintliche Druck zu weitreichenden Veränderungen in der deutschen Gesellschaft wird heute als stärker empfunden. Man glaubte damals, die Flüchtlinge vom Balkan bleiben nicht lange. Heute weiß man es besser. ■

Die Fragen stellte Liane Czeremin.

„Sie öffnen den Menschen die Herzen."

Das Begegnungsprojekt „Belarus" der evangelischen Jugend Bünde-Ost hat im vergangenen November den Waltraud-Netzer-Jugendpreis von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. erhalten. Wir dokumentieren hier die Laudatio von Christoph Heubner, dem geschäftsführenden Vizepräsidenten des Internationalen Auschwitz-Komitees, und eine Replik des Schülers Sönke Tiesmeier, der an einer der Fahrten nach Weißrussland teilgenommen hat. Ein Video zur Preisverleihung im November ist auf dem Youtube-Kanal von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. zu sehen.

Christoph Heubner:
Laudatio auf das Projekt „Belarus" der evangelischen Jugend Bünde-Ost

Lassen Sie uns zu Beginn, meine Damen und Herren, über Belarus reden. Weißrussland nennt man es auch hierzulande. Ein Land, das seit 1945 die längste friedliche Periode seiner Geschichte erlebt. Ein Land, das in den letzten acht Jahrhunderten etwa alle zehn Jahre mit Krieg überzogen worden ist. Ein Land, das von den Deutschen besetzt wurde, die es wölfisch verwaltet haben. Jeder vierte Belarusse ist im Zweiten Weltkrieg getötet worden. Es war die Partisanenrepublik. Es war ein jüdisches Land, Synonym dafür ist Marc Chagall mit seinen wunderbaren Bildern aus Witebsk, die das jüdische Leben in Weißrussland in unsere Herzen geschrieben hat.

Die Menschen haben den Krieg nicht vergessen. Erst 1973 hat Belarus als letztes europäisches Land den Bevölkerungsvorkriegsstand wieder erreicht. So lange hat man gebraucht, aber die Erinnerungen sind noch nicht zu Ende. Und nicht umsonst hat Timothy Snyder in seinem Buch „Bloodlands", das einige von Ihnen sicher gelesen haben, den blutigen Halbmond der Verfolgung beschrieben, der von der Krim über Kiew nach Minsk und nach Auschwitz gereicht hat. Davon reden wir jetzt.

Und wir reden von den Menschen der älteren Generation und ihren Erinnerungen. Und wir reden auch davon, dass die wölfischen Deutschen damals das Wolf-Sein in die Gesellschaft hineingetragen haben, die sich aufgespalten hat in Kollaborateure und in solche, die im Widerstand tätig gewesen sind. Familien hat es zerrissen, zertrennt und zerstört. Eine Gesellschaft, die versucht hat, aufzustehen, aber die im bleiernen Leben des Nach-Stalinismus erstickt worden ist. 1937 bis 1941 gab es die Säuberungen auch nach innen: Die weißrussische Intelligenz hat man in den Wäldern um Kurapaty getötet. Mehr als 250 000 Menschen sind vom NKWD ermordet worden. Die Spur der belarussischen Juden verliert sich in den Lagern und in den Wäldern. Davon reden wir jetzt.

Wassil Bykau, der große Chronist dieser Ereignisse, der Heinrich Böll der weißrussischen Gesellschaft, mehrfach für den Nobelpreis vorgeschlagen, ein großer, nüchterner Autor, hat all dies beschrieben mit den Sätzen: „Der Krieg trifft jeden ins Herz, die Angegriffenen und die Angreifer. Alle gehen zerstört aus den Schlachtfeldern hervor." Eine Gesellschaft, die sich nach dem Krieg, gebrochen und in Angst, bescheiden eingerichtet hatte, die sich aber nie aufrichten konnte. Davon reden wir jetzt.

Christoph Heubner vom Internationalen Auschwitz-Komitee hielt die Laudatio.

Fotos: Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Und wir reden von Menschen, die dieses verstanden haben. Für viele sind die Ereignisse von Tschernobyl 1986 zu einem erneuten Weckruf geworden. 70 Prozent des Fallouts nach der Reaktorkatastrophe sind niedergegangen auf Weißrussland. Die Menschen litten, die Felder wurden zerstört, die Kinder litten unter Krankheiten. Davon reden wir jetzt.

Und wir reden von dem, was da wächst. Wir reden von Ulrike Jaeger, die von Bodelschwingh kennenlernt, der Belarus entdeckt hat, auch in der Folge der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, für die Frieder Magirius steht heute Abend. Und sie entwickelt nach Bodelschwingh ihre eigene Idee, ihre eigene Empathie für dieses Land. Sie bewegt etwas, Gegen Vergessen – Für Demokratie. Man kann alleine gehen, man kann aber auch Menschen auf seinen Weg mitnehmen. Seit 1995 pflegen sie diese Projekte. Sie gehen zu den Menschen. Sie gehen zu den alten

Die Preisverleihung fand im Neuen Rathaus Leipzig statt.

Foto: Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Sönke Tiesmeier war Teilnehmer am Arbeitseinsatz in Weißrussland – und wirbt jetzt bei Freunden für die jährliche Begegnungsfahrt.

Menschen aufs Land, die tief verwoben sind mit ihren Erinnerungen und Erfahrungen, die ein Bild von den Deutschen haben, das verbunden ist mit Feuer und Schwert und mit Tod und Zerstörung. Und sie öffnen diesen Menschen die Herzen, indem sie ihr Mitgefühl mitbringen und ihr Mitwissen. Sie wissen und fühlen, und das ist sehr elementar wichtig, dass sie sich nicht auf Mitleid beschränken, sondern Wissen hervorrufen wollen bei den jungen Menschen, die sie begeistern für diese Aufgabe. Ich bin mir sicher, dass die jungen Menschen, die sie jedes Jahr wieder gewinnen, im nächsten Jahr Werbung machen für sie, dass sie erzählen: „Das, was wir erlebt haben, was wir wahrgenommen haben an Freundlichkeit, an Willkommen, an tiefem Gefühl, das war ein so irres Gefühl, es war so beeindruckend, fahrt selber hin und guckt es euch an." So gewinnt man Menschen und so gewinnt man die jungen Leute, die sie heute Abend festlich gekleidet mitgebracht haben.

Wir sind ihnen zu großem Dank verpflichtet, denn nur so kann es gehen. Ich weiß sehr gut und erinnere mich sehr gut, wie Dr. Helmut Frick als deutscher Botschafter in Minsk in der Botschaft vieles angestoßen hat, viele Menschen gewonnen hat. In der deutschen auswärtigen Politik ist Belarus, na ja. Aber sie haben dieses Land in den Mittelpunkt ihres Herzens gestellt und es ist ihnen immer nahe geblieben. Und so erlebt man bei vielen Menschen, die im auswärtigen Dienst tätig sind, dass sie Empathie und Sympathie für ihr Land behalten, in dem sie dienen. Und deswegen bekommen Sie, liebe Frau Jaeger, heute Abend diesen Preis. Weil Sie junge Menschen mit der Geschichte vertraut machen und eine Zukunft eröffnen. Die Bilder, die Sie mitgebracht haben, die Fotografien, der entstandene Film, das sind so beeindruckende Bilder, weil Sie darauf gezeichnete Gesichter sehen.

Diese lebensdurchfurchten Gesichter der alten Babuschkas, die dennoch ihr Herz öffnen und ganz selbstverständlich verwoben sind in eine christliche Tradition der Gastfreundschaft. Wie der alte Mann sagt: „Die letzten Deutschen, die hierherkamen, kamen, um zu zerstören. Ihr seid andere Deutsche, ihr seid willkommen." Sie geben unserem Land ein Stück Würde zurück und sie geben Weißrussland eine Hoffnung, denn, auch das sollen wir heute Abend nicht vergessen, es handelt sich um eine der letzten Diktaturen Europas, ein bleiernes Land. Und wir hoffen sehr, dass auch dieses im Bewusstsein unserer Politik bleibt, dass Herrn Lukaschenko auf die Finger geschaut wird, so, wie Sie das eben, Herr Dulig, für unsere Gesellschaft gesagt haben. Auch unsere Glaubwürdigkeit hängt davon ab. Zum Abschluss: Wir erwarten nicht, dass sie in Weißrussland agitieren. Gefühl und Wissen ist viel, aber wir sollen wissen, wohin diese jungen Menschen fahren, und wohin sie auch hoffentlich im nächsten Jahr fahren werden. Großen Dank und große Anerkennung von ganzem Herzen.

Sönke Tiesmeier: Dank

Ich heiße Sönke Tiesmeier und bin erst einmal mit nach Weißrussland gefahren. Ich freue mich sehr, heute an dieser Preisverleihung teilnehmen zu dürfen.

Aus meiner ersten Weißrusslandreise soll noch mindestens eine zweite werden. Dies stand sofort für mich fest, weil man sehen konnte, wie sich die alten Leute und auch die Kinder freuen, wenn wir arbeiten. Damit dieses schöne und sinnvolle Projekt auch weiterhin bestehen kann, habe ich schon Freunde gefragt, die auch mal mitkommen.

Doch es gab nicht nur schöne, sondern auch bewegende Momente. Wir haben Michael Treyster besucht. Er ist ein Jude, dem die Flucht aus dem Minsker Getto gelungen ist. Nach seiner Flucht ist er zu den Partisanen gegangen. Regelmäßig ist er dann wieder zum Getto gegangen und hat andere Eingesperrte geholt, um sie zu den Partisanen zu fahren. Heute ist er alt und leider sehr krank. Als wir ihn besucht haben, hat er erzählt, wie es früher für ihn war. Das hat mich sehr bewegt.

Zum Schluss möchte ich noch ein großes Dankeschön loswerden, und zwar für den Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie: dafür, dass wir mit dem Preis ausgezeichnet werden, und für die schöne Unterkunft. ■

www.youtube.com/watch?v=zPghqJSFIms

Demokratie ist wichtig. Punkt!

Veranstaltungsangebote für die Regionalen Arbeitsgruppen

„Wie macht man eigentlich Demokratie?", fragte kürzlich ein elfjähriger Junge. Die Antwort, er könne zur Wahl gehen oder sich in einer Partei engagieren, schien ihn nicht wirklich zu befriedigen. Ist Demokratie also nicht noch viel mehr als nur ein Urnengang, der alle vier bis fünf Jahre stattfindet, mehr als die Mitarbeit in einer Partei? Was bedeutet „Demokratie" eigentlich für unseren Alltag? Wie können wir Demokratie in unserem persönlichen Umfeld und in der Gesellschaft als Ganzes leben, das heißt sie „machen" und gestalten? Von welchen Werten wollen wir uns dabei leiten lassen? Und auch die Kehrseite gilt es zu beachten: Wie können wir demokratiefeindliche Phänomene wie zum Beispiel Rechtsextremismus oder Islamismus in der Gesellschaft verhindern?

Horst Wiechers, Regionalsprecher von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. im Münsterland und der Coesfelder Schulleiter Christian Krahl bedanken sich gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern und Kursleiterin Monika Bulla bei Ibrahim Arslan (4. v. l).

Mit dem Projekt „Demokratie ist wichtig. Punkt!", das Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. mit Unterstützung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung durchführt, stellt sich die Vereinigung diesen Fragen und Herausforderungen. Dabei kooperiert sie mit verschiedenen bundesweiten Bildungsträgern: dem Alfred-Bender-Zentrum e. V. im Saarland, der Stiftung Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt, der Jugendbildungsstätte LidiceHaus Bremen, der Jugendbildungsstätte Kaubstraße in Berlin, der Aktion Zivilcourage e. V. in Pirna, ufuq.de Jugendkultur, Medien & politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft, Berlin, dem Geschichtsort Villa ten Hompel in Münster und der Internationalen Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg bei Flensburg. Gemeinsam mit ihnen bietet Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. praxisnahe Workshops und Seminare für Schülerinnen und Schüler sowie Multiplikatoren an, die zur Stärkung der demokratischen Kultur und zur Prävention von menschen- und demokratiefeindlichen Einstellungen beitragen. Die drei Themenschwerpunkte sind hierbei: gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Werte der Demokratie und Gesellschaft in Vielfalt. Gemeinsam mit den Kooperationspartnern stellt die Vereinigung bundesweit alltagsnahe Veranstaltungsformate zur Verfügung, die zielgruppenorientiert verschiedene Interessen und Bedürfnisse bedienen. Die Berliner Bundesgeschäftsstelle hat einen frei buchbaren Veranstaltungs- und Referentenpool angelegt und unterstützt alle interessierten Regionalen Arbeitsgruppen und Mitglieder bei der Wahl, Organisation und Durchführung der Veranstaltungen. Dafür sowie für die Referentinnen und Referenten stehen Projektgelder zur Verfügung.

Erste Veranstaltungen haben bereits stattgefunden. „Nach dem Brand" hieß eine Veranstaltung für Schülerinnen und Schüler im westfälischen Coesfeld. Ein Film und ein Zeitzeugengespräch mit Ibrahim Arslan berichteten über die Brandanschläge von Mölln. Im nebenstehenden Artikel wird über eine Fortbildung mit Dr. Götz Nordbruch von ufuq.de berichtet, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rütli-Schule in Berlin Neukölln zum Thema „Muslimische Jugendkulturen zwischen Islam und Islamismus" auf den Stand brachte. ■

Erstmals sprach der 30-jährige Ibrahim Arslan (l.) in einer Schule über das Leid, das 1992 der Brandanschlag von Neonazis in Mölln über seine Familie gebracht hatte.

Fotos: Villa ten Hompel/Stefan Querl

Informationen und Unterlagen zum Projekt sowie zu den Angeboten erhalten Sie in der Berliner Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.
Ansprechpartnerin ist Ruth Wunnicke: info@gegen-vergessen.de

Sarah von Oettingen

Muslimische Jugendkulturen zwischen Islam und Islamismus

Fortbildung für Pädagoginnen und Pädagogen der Gemeinschaftsschule auf dem Campus Rütli in Berlin-Neukölln

Klatschen für die Anschläge auf Charlie Hebdo in Paris. „Hatun Sürücü ist eine Schlampe. Sie hat es nicht anders verdient." Solche Situationen und Aussagen kommen im Alltag von pädagogischen Fachkräften in Deutschland häufig vor – auch an der Gemeinschaftsschule auf dem Campus Rütli in Berlin Neukölln. Sie rufen innere Widerstände hervor, machen sprachlos, verunsichern in hohem Maß und stellen daher das pädagogische Personal sowohl persönlich als auch professionell vor große Herausforderungen. Entsprechend hoch ist der Bedarf, die eigene professionelle Handlungsfähigkeit zu stärken.

Dabei sollte allen klar sein: Islam und Muslime gehören zu Deutschland – auch und ganz besonders am Campus Rütli, den circa 80 Prozent Schülerinnen und Schüler mit einem muslimischen Hintergrund besuchen. Aber was bedeutet dies konkret für das Zusammenleben und -arbeiten in der Schule? Wie können Lehrerinnen und Sozialarbeiter mit dieser Vielfalt umgehen? Was bedeutet den muslimischen Jugendlichen ihre Religion? Wo verläuft die Grenze zwischen Islam und Islamismus? Und wie lässt sich mit den muslimischen Jugendlichen darüber sprechen, insbesondere vor dem Hintergrund einer zunehmenden Muslimfeindlichkeit?

Der Auseinandersetzung mit diesen Fragen stellte sich die Gemeinschaftsschule. So fand auf dessen Initiative am 12. Februar 2015 ein Studientag zum Thema „Muslimische Jugendkulturen zwischen Islam und Islamismus" statt. Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. hat diese Veranstaltung im Rahmen des Projekts „Demokratie ist wichtig. Punkt!" organisiert, das vom Bundespresseamt gefördert wird. Für die inhaltliche Ausgestaltung konnte der Islamwissenschaftler Dr. Götz Nordbruch von ufuq.de. – Jugendkultur, Medien und politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft gewonnen werden. Ziel war es, Pädagoginnen und Pädagogen für die Vielfalt muslimischer Jugendkulturen zu sensibilisieren und ihnen Kenntnisse zu Islam und Islamismus in Deutschland zu vermitteln.

In einem ersten Input zu islamischen Jugendkulturen und Identitäten wurde deutlich, wie unterschiedlich gerade junge deutsche Muslime ihren Glauben interpretieren und leben: als Ethik, Tradition und Lifestyle – aber auch als politische Ideologie. Im Vergleich zur Elterngeneration ist Dr. Götz Nordbruch zufolge bei der jungen Generation zudem ein Wandel im Umgang mit Religion zu beobachten: Während die Religion der Eltern sich vorwiegend als Alltagspraxis niederschlage, habe sie sich bei den Jugendlichen zu einer Bekenntnisreligion entwickelt. Viele muslimisch geprägte Jugendliche fühlten sich durch die häufige Gleichsetzung „Muslim = Ausländer" ausgegrenzt und diskriminiert. Sie fühlten sich auf ihre Herkunft und/oder ihre Religion reduziert und würden häufig (auch gut gemeint) zu Expertinnen und Experten ihres vermeintlichen Heimatlandes gemacht. Diese Fremdwahrnehmung wirke sich unmittelbar auf die Selbstwahrnehmung der jungen Menschen aus: Das Gefühl von Fremdheit und Nichtakzeptanz führe dazu, dass sich die Jugendlichen bei ihrer Suche nach Orientierung und Identität umso stärker auf die Herkunft und Religion ihrer Eltern berufen, auch wenn diese in ihrem Alltag zuvor kaum eine Rolle spielte. Der Rückzug auf eine (vermeintliche) muslimische Identität und die damit einhergehende Selbstethnisierung könnten insofern als Reaktionen auf Ausgrenzungserfahrungen interpretiert werden. Damit verändere sich auch die Bedeutung und der Stellenwert von religiösen Symbolen und Ritualen: Sie seien nicht mehr vornehmlich Teil ihrer religiösen Praxis, sondern dienten immer stärker auch als Erkennungsmerkmale, mit denen die eigene Identität betont werde. Im Kontext einer zunehmenden Islam- und Muslimfeindlichkeit in Deutschland wie auch in der westlichen Welt im Allgemei- »

Dr. Götz Nordbruch bei der Veranstaltung in der Berliner Rütlischule.

Foto: Sarah von Oettingen

» nen werde diese Selbstethnisierung noch verstärkt und begünstige das Vorsichhertragen eines „stolzen Muslimseins".

Wo aber verläuft nun die Grenze zwischen Islam und Islamismus? Ab wann werden religiöse Verhaltensweisen oder Einstellungen problematisch? Dr. Götz Nordbruch betonte, wie wichtig es sei, als problematisch wahrgenommene Aussagen von Schülerinnen und Schülern nicht notwendigerweise als ideologisches Gedankengut zu interpretieren, sondern sie auch als jugendkulturelle Provokation zu betrachten. Entscheidend sei es, die dahinterstehende Intention einzuordnen: In den überwiegenden Fällen gehe es den Jugendlichen darum, sich zu reiben und sich auszuprobieren. Entsprechend empfahl er, schwierige Aussagen als Verstehensangebote aufzunehmen und sich auf eine Auseinandersetzung einzulassen. Entscheidend sei es, im Gespräch zu bleiben. Ein Abbruch berge die Gefahr, dass der Jugendliche sich auf eine demonstrative Verteidigung seiner Position zurückzieht und sich möglicherweise radikalisiert.

Zudem gab der Islamwissenschaftler zu bedenken, dass die meisten muslimisch geprägten Jugendlichen „religiöse Analphabeten" seien, denen es an Grundwissen über ihre eigene Religion fehle. Genau dies sei das Einfallstor für Islamisten: Sie bieten den Jugendlichen, wonach sie suchen: Wissen über den Islam – in einfacher, klarer und vor allem deutscher Sprache, an dem Ort, wo die Jugendlichen sich überwiegend bewegen: im Internet. Was macht islamistische Gruppen darüber hinaus attraktiv? Sie bieten den Jugendlichen Orientierung, indem sie ihnen beispielweise ein einfaches dichotomes Weltbild und klare Regeln vorgeben sowie den Gehorsam gegenüber einer Autorität einfordern. Sie vermitteln ein Gefühl von Anerkennung, Zugehörigkeit, Stärke und Selbstwirksamkeit in einer Gemeinschaft. Zudem sprechen sie das Gerechtigkeitsempfinden der jungen Menschen an, indem sie die von ihnen empfundene Diskriminierung für ihre Zwecke instrumentalisieren. Diese Analyse macht deutlich, dass Islamisten Lücken füllen, um Jugendliche für sich zu gewinnen.

Quelle: Ufuq

Titelseite einer Broschüre von Ufuq.

Was können Pädagoginnen und Pädagogen dem entgegensetzen? Zunächst ergeben sich Ansatzpunkte für die präventive Arbeit: Zum einen bietet die Auseinandersetzung mit religiöser Vielfalt (nicht nur innerhalb des Islam) in der Schule die Möglichkeit, an die Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler und ihrer Identitätssuche anzuknüpfen. Dabei sollten die Anerkennung ihrer religiösen Identität auf der einen und der kritisch reflektierte Umgang damit stets zusammen gedacht werden. Zum anderen bietet die Bearbeitung oder zumindest die Bezugnahme auf die Migrationsbiografien der Lernenden und die damit verbundenen Diskriminierungserfahrungen eine Möglichkeit, sie wertschätzend in die Schulgemeinschaft einzubeziehen und dadurch der islamistischen Opferideologie etwas entgegenzusetzen. Insgesamt sollte es darum gehen, die Jugendlichen zu stärken und ihre religiöse Identität als Teil der Lösung und nicht als Teil des Problems zu betrachten.

Darüber hinaus ist es notwendig, pädagogische Fachkräfte für Radikalisierungsprozesse zu sensibilisieren, um sie zu befähigen, entsprechende Entwicklungen bei ihren Schülerinnen und Schülern wahrzunehmen. Der im Umgang mit radikalisierten Jugendlichen erfahrene Experte machte deutlich, dass es nicht die eine Biografie gebe, sich jedoch vielen Lebensläufen ähnliche Phasen beobachten ließen: So stehe am Anfang oft ein Gefühl tiefen Unmuts, gespeist aus Gefühlen von Entfremdung, Nichtzugehörigkeit und Identitätskonflikten. Der Kontakt mit einer islamistischen Ideologie biete eine Erklärung, Wissen, Orientierung und Lösungen für die negativen Gefühle. Hinzu komme die Gruppendynamik in einer Gemeinschaft, die sowohl on- als auch offline funktioniere. Schließlich gebe es einen Auslöser, einen sogenannten tipping point, der einen Einschnitt markiert und den Weg auch in die Gewaltbereitschaft ebene. Dies könne sowohl ein biografischer Bruch sein als auch ein weltpolitisches Geschehen wie der Nahostkonflikt oder ein Ereignis wie der Mord an der Ägypterin Marwa El-Sherbini, die während einer Strafverhandlung im Landgericht Dresden, zu der sie als Zeugin geladen war, vom Angeklagten aus islamfeindlichen Motiven erstochen wurde. Auch bei sich radikalisierenden Jugendlichen sei es zentral, mit ihnen in Kontakt zu bleiben und sich möglicherweise professionelle Unterstützung zu holen (Adressen siehe Kasten). Leitgedanke sei dabei: „Das Hier-Leben muss attraktiver sein als das Dorthin-Gehen."

Für die Pädagoginnen und Pädagogen bleibt der Umgang mit dem Thema eine Herausforderung, es mutet allen viel zu – weil es um das eigene Selbstverständnis geht, auf allen Seiten. Und um die Frage, wie ein Zusammenleben in Vielfalt so gelingen kann, das alle darin gleichberechtigt ihren Platz finden. Schule als Gesellschaft im Kleinen. ■

Folgende Beratungsstellen bieten derzeit Unterstützung im Umgang mit sich islamistisch radikalisierenden Jugendlichen an:

Hayat-Deutschland.
Beratungsstelle Deradikalisierung:
www.hayat-deutschland.de

Beratungsnetzwerk kitab. Beratung für Eltern, Angehörige und Betroffene in der Auseinandersetzung mit Islamismus: *www.vaja-bremen.de/teams-vaja-kitab.htm*

ufuq.de. – Jugendkultur, Medien und politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft: *www.ufuq.de*

Sarah von Oettingen ist wissenschaftliche Referentin von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

RAG Südhessen

Jana Donner

Jugendbegegnung des Deutschen Bundestags 2015

Ein Erfahrungsbericht von Jana Donner

„Für die schreckliche Vergangenheit unseres Landes sind die Nachgeborenen nicht verantwortlich, für den Umgang mit dieser Vergangenheit aber schon" – so sprach Bundestagspräsident Norbert Lammert bei der Gedenkstunde zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2015. Für die Jugendlichen der Jugendbegegnung des Deutschen Bundestags 2015 hatte dieser Satz eine besondere Bedeutung. Die Gedenkstunde bildete den krönenden Abschluss des sechstägigen Seminars, an dem ich als eine von fast 80 Jugendlichen aus elf Ländern teilnehmen durfte.

Mein Interesse an Geschichte und speziell der Zeit des Nationalsozialismus wurde geweckt, als ich vor fünf Jahren in die AG „LiteraTeens" der Lichtenbergschule Darmstadt eintrat, in der wir anfangs historisch-politische Jugendbücher für andere Schüler rezensiert haben. Später haben wir immer verantwortungsvollere Aufgaben in Projekten der historisch-politischen Bildung übernehmen können. Vor vier Jahren wurde ich „Guide" in der Ausstellung „Anne Frank – eine Geschichte für heute" im Rahmen der Darmstädter Anne-Frank-Tage. Seit diesem Projekt besteht eine Zusammenarbeit unserer Schule mit dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Über den Verein hatte ich die Möglichkeit, an dem Berlin-Seminar „Auf den Spuren deutscher Geschichte" teilzunehmen und einen Teil der Moderation bei einem Zeitzeugengespräch mit Leslie Schwartz, Holocaust-Überlebender, zu übernehmen. Aufgrund meiner Beteiligung an Projekten von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. wurde ich von dem Verein gemeinsam mit zwei anderen engagierten Jugendlichen aus Südhessen für diese besondere Fahrt nominiert.

Foto: Klaus Müller

Links: Maximilian Hennig (25 Jahre alt), Student der Politikwissenschaft und Soziologie in Frankfurt, Mitte: Jana Donner (19 Jahre alt) aus Darmstadt, Lichtenbergschule Darmstadt; Rechts: Janosch Warda (18 Jahre alt) aus Modautal/Odenwald, Georg-Christoph-Lichtenbergschule, Ober-Ramstadt.

Seit 19 Jahren wird dieses Seminar vom Deutschen Bundestag organisiert, um Jugendliche zusammenzubringen, die sich mit den Verbrechen des Nationalsozialismus beschäftigen. Jedes Jahr führt die Reise an einen anderen bedeutenden Ort des Gedenkens an die Verbrechen des Nationalsozialismus; der 70. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz wurde der Anlass dazu, dass unsere Reise dieses Jahr dorthin führte. Vorträge zur Einführung in das Thema, Besuche von Ausstellungen, Führungen durch die Gedenkstätte Auschwitz, das Krakauer Getto und Zeitzeugengespräche bildeten das hochkarätige Programm der Veranstaltung. Besondere Highlights waren die nicht öffentliche Podiumsdiskussion mit Bundespräsident Joachim Gauck, Bundestagspräsident Norbert Lammert und dem Zeitzeugen Marian Turski sowie die Gedenkstunde im Bundestag am 27. Januar, bei der Gauck Gastredner war.

70 Jahre sind inzwischen vergangen seit der Befreiung von Auschwitz und dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Im Geschichtsunterricht in der Schule kam mir die Zeit des Nationalsozialismus oft sehr weit weg vor. Umso intensiver war also der Besuch der Gedenkstätte Auschwitz. Als wir uns am ersten Abend im Berliner Paul-Löbe-Haus nach der Begrüßung in Kleingruppen versammelten, schrieben wir unsere Erwartungen an die nächsten Tage auf. Obwohl ich mich durch den Verein und eigene Recherchen schon intensiv mit der Zeit des Nationalsozialismus beschäftigt hatte, bei Zeitzeugengesprächen anwesend war und selbst mein Wissen weitergegeben hatte, fühlte ich mich gänzlich »

» unvorbereitet. Wie würde ich emotional reagieren, wenn mir das, was ich bisher nur aus zweiter Hand kannte, das ganze Ausmaß des Verbrechens des Nationalsozialismus, vor Augen geführt wurde?

Unsere Reise führte zunächst mit dem Flugzeug nach Krakau, um von dort aus zur Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz (IJBS) weiterzufahren, wo Jugendliche aus verschiedenen Ländern ins Gespräch kommen können. Die Jugendbegegnungsstätte befindet sich in der Stadt Oswiecim, in der – nur wenige Kilometer von dem Ort entfernt, an dem Millionen Menschen gelitten haben – der Alltag einer kleinen polnischen Stadt weitergeführt wird. In dem Städtchen, dessen Bevölkerung vor dem Zweiten Weltkrieg zu 60 Prozent jüdisch war, lebt heute kein einziger Jude mehr. Nach dem Besuch des Jüdischen Zentrums und dem Rundgang durch die Innenstadt fanden wir uns wieder in der IJBS ein, um uns auf den Besuch der Gedenkstätte Auschwitz am nächsten Tag vorzubereiten. Auschwitz steht heute als Symbol für die Gesamtheit der Verbrechen der Zeit des Nationalsozialismus. Über 1,3 Millionen Menschen wurden nach Auschwitz deportiert, davon 1,1 Millionen Juden. Wir machten uns Gedanken darüber, wofür Auschwitz in unseren jeweiligen Ländern steht und was uns am Tag darauf erwarten sollte.

Am nächsten Morgen lag Schnee auf dem Boden, der Wind zerrte an unserer Kleidung. Wir blickten auf den Seiteneingang des Lagerkomplexes, hinter dem Reihen von länglichen Backsteinhäusern standen. Wir waren im Stammlager von Auschwitz angekommen, das ab 1940 als Konzentrationslager für politische Häftlinge diente. Es schien, als wäre die Zeit am Tag der Befreiung angehalten worden. In den Kasernen standen noch die Originalbetten, -stühle und -tische. Wir liefen die gleichen Flure entlang, die vor uns schon Tausende Häftlinge durchlaufen hatten. Das Ergebnis war eine unheimlich bedrückende Atmosphäre. Besonderen Eindruck hat der sogenannte „Todesblock" hinterlassen. Dort wurden Häftlinge, die etwa bei einem Fluchtversuch ertappt worden waren, in „Hungerzellen" eingesperrt, um – falls sie noch lebten – nach zwei Wochen durch Injektion getötet zu werden. Oder sie wurden zur Bestrafung für Trägheit bei der Arbeit zu viert über Nacht in winzige Stehzellen eingesperrt und mussten am nächsten Tag wieder arbeiten.

Als wir am Nachmittag durch das Tor zu Auschwitz-Birkenau liefen, fiel der Schnee noch heftiger. Auch hier waren die Baracken in ihrem Originalzustand erhalten und so wurden wir erneut in der Zeit zurückkatapultiert. Wir traten in dieselben Baracken ein, in denen Hunderte Menschen auf Pritschen wie in Schubladen übereinander geschlafen hatten. Auf einer der Pritschen lag eine einzelne weiße Rose. Hatte sie jemand genau dort platziert, wo einer seiner Angehörigen geschlafen hatte? Plötzliche huschte eine Katze durch den Gang. Wie konnte es sein, dass selbst an diesem Ort des Todes das Leben weiterging? Wir liefen die Schienen vor dem Eingangstor entlang, an denen über eine Million Juden selektiert wurde, um entweder zermürbende Zwangsarbeit unter unerträglichen Bedingungen zu ertragen oder innerhalb von Minuten ermordet zu werden. Der Wind peitschte uns ins Gesicht, die Kälte kroch in unsere Schuhe und doch liefen wir weiter. Das Wetter schien passend, um das unermessliche Leid dieser Menschen nachzuspüren. Am Ende der Schienen war das Lager jedoch noch nicht zu Ende. Wir entfernten uns immer weiter von den Baracken und gelangten zu den Krematorien und Kläranlagen. Das Lager war flächenmäßig größer, als wir uns hätten vorstellen können. In Stille machten wir uns durch den Schnee auf den Weg zurück, jeder und jede von uns in Gedanken vertieft. Am Abend flossen bei einigen Tränen, als wir das, was wir gesehen hatten, in den Gruppen zu verarbeiten versuchten.

Ein wichtiger Teil der Arbeitsgruppen war auch der Austausch über die Erinnerungskultur in verschiedenen Ländern. Wir stellten Unterschiede fest in der Geschichtswahrnehmung in Deutschland, verglichen mit osteuropäischen Ländern. Während bei uns die jüdischen Opfer im Mittelpunkt stehen, bestätigten Jugendliche meiner Arbeitsgruppe aus Polen, Russland, Belarus und Tschechien, dass der Fokus in ihren Ländern auf den Opfern des jeweiligen Landes liegt. Nach dem Rundgang durch das Historische Museum der Stadt Krakau und dem Zeitzeugengespräch mit Zofia Posmysz wurde immer deutlicher, wie sehr die gesamte polnische Bevölkerung unter der deutschen Besatzung gelitten hatte. Die SS und auch die Wehrmacht übten in Polen, vor allem im Generalgouvernement, eine Terrorherrschaft aus. Die polnische Bevölkerung sollte nur als Sklavenvolk für die deutsche „Herrenrasse" dienen, daher schlossen sie ihre Schulausbildung schon mit 16 Jahren ab. Zofia Posmysz war 18 Jahre alt, als sie mit einigen anderen Teilnehmern des im Untergrund organisierten Geheimunterrichts bei einer Razzia verhaftet und deportiert wurde. Eindringlich erzählte sie davon, wie sie mithilfe einer deutschen Aufseherin aus der Lagerküche Zucker, erst Löffelchen, dann später Schäufelchen, geschmuggelt hat, um ihn an die Kinder zu verteilen. Sie hob hervor, dass es selbst im Lager „Momente gab, in denen man sich in die Freiheit zurückversetzen konnte", etwa beim gemeinsamen Singen in der Lagerküche, und wie sie noch Jahre später beim Hören der deutschen Sprache aufschreckte.

Wieder in Berlin angekommen, wurden wir am nächsten Morgen im Bundestag durch die Doppelausstellung „Der Tod hat nicht das letzte Wort – Niemand zeugt für den Zeugen" und „Zeichnen gegen das Vergessen" (Bilder von Häftlingen, Überlebenden und zeitgenössischen Künstlern) geführt. Von überlebensgroßen Kohlezeichnungen, inspiriert von Fotografien des Erkennungsdienstes, starrten die Häftlingskinder ihre Täter an. Im Bundestag stach uns ihre Unschuld in die Augen.

Als wir unsere Fragen vorbereiteten, stieg die Spannung auf die Podiumsdiskussion. Wie würden uns diese hochrangigen Politiker entgegentreten? Es wurde eine ganze Bandbreite von Themen angesprochen; Joachim Gauck und Norbert Lammert scheuten nicht davor zurück, auch persönliche Fragen nach der Wahrnehmung der Erinnerungskultur in ihrer Jugend zu beantworten. Auch aktuelle Themen wie der wachsende Antisemitismus in Europa, Politikverdrossenheit und deutsch-polnische Beziehungen wurden angesprochen. Danach meinte ein polnischer Jugendlicher, er wäre „bezaubert" von der ehrlichen, bodenständigen Art der beiden Politiker.

Auch am nächsten Tag bei der Gedenkstunde schienen sie uns direkt anzusprechen. Sie gaben uns viel zu bedenken, gleichzeitig ermutigten sie uns, hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken.

So ergeht es auch mir, wenn ich auf die vergangenen Tage zurückblicke. In diesen wenigen Tagen hatte ich 78 Jugendliche aus verschiedenen Ländern, unterschiedlicher Herkunft und Religion kennengelernt. Jugendliche, die sich mit Leidenschaft für mehr Toleranz auf dieser Welt einsetzen, die die Erinnerung an diesen schlimmsten Völkermord der Geschichte wachzuhalten versuchen. Beim Austausch mit ihnen hat sich meine Perspektive unheimlich erweitert, jegliche Stereotype, die ich kannte, wurden widerlegt.

Auschwitz stellt die dunkelste Seite des Menschseins dar, und diese ist erschreckend. Was kann Menschen dazu bewegen, anderen Menschen ihre Würde zu entreißen? Und wie kann man verhindern, dass sie es in Zukunft tun werden? Die Antworten auf diese Fragen sind nicht einfach. So traurig es ist, es scheint zum Menschsein dazuzugehören. Der Völkermord der Nationalsozialisten war nicht der letzte Völkermord. Wenn wir uns die Beispiele von Burundi und Ruanda anschauen, dann sehen wir, dass es überall auf der Welt immer wieder zu ähnlichen Situationen kommt. Selbst in unserer demokratischen Gesellschaft, die wir immer so gerne loben, kommen immer wieder Strömungen auf, die die Rechte von in Deutschland lebenden Menschen beschneiden wollen, nur wegen deren Herkunft oder Religionszugehörigkeit. Um es mit den Worten des Auschwitz-Überlebenden Marian Turski zu sagen: „Wenn ein Mensch einen anderen erniedrigt, wird Auschwitz neu aufgebaut." Umso wichtiger ist es also, nach Lösungen für diese Probleme zu suchen. Wir alle können Lehren aus der Vergangenheit, aus Auschwitz, ziehen. Daher sind Vereine wie Gegen Vergessen – Für Demokratie so wichtig. Die Erkenntnis, dass die Jugendlichen auf der Fahrt alle von ähnlichen Vereinen nominiert worden waren, machte mich hoffnungsvoll. Diese Fahrt hat mich in meinem Engagement bestärkt. Eine Teilnahme an einer solchen Jugendbegegnungsfahrt würde ich möglichst vielen Jugendlichen wünschen.

Die heutige Generation trägt keine Schuld an diesen Verbrechen. Doch wir tragen Verantwortung für den Umgang mit ihnen. Wie auch die Täter werden uns in den nächsten Jahren immer mehr Holocaust-Überlebende verlassen. Wer soll noch von dieser Zeit berichten? Die Worte des Auschwitz-Überlebenden Jehuda Bacon hinterließen tiefen Eindruck bei mir: „Wir scheitern jeden Tag, aber versuchen immer wieder, Menschlichkeit zu erlangen." Es liegt an uns, die Erinnerung weiterzutragen, uns für die Menschlichkeit einzusetzen, in uns selbst und in unserer Umgebung. ■

Jana Donner ist Abiturientin an der Lichtenbergschule Darmstadt.

RAG Baden-Württemberg, Sektion Südbaden

Wolfgang Dästner

„Wiedersehen mit Brundibar" im Kommunalen Kino

Im Rahmenprogamm der Ausstellung „Naziterror gegen Jugendliche", die bis zum 27. März 2015 in der Katholischen Akademie Freiburg gezeigt wurde, stellte die Filmvorführung von Douglas Wolfspergers „Wiedersehen mit Brundibar" einen Höhepunkt dar, zumal an diesem Abend Inge Auerbacher, die das KZ Theresienstadt überlebte, persönlich anwesend war. Inge Auerbacher hatte an zwei Tagen vor fast 200 Schülern aus ihrem Leben berichtet.

Diesem Dokumentarfilm (Premiere am 28. November 2014) gelingt ein außergewöhnlich emotionaler Zugang zum Thema Holocaust durch eine Reihe einzigartiger Persönlichkeiten, denen ein ähnlich hinreißendes Produkt gelungen ist wie Simon Rattle mit dem Strawinsky-Film „Rhythm is it".

„Brundibar" ist eine Kurzoper des jüdischen Komponisten Hans Krása, schon 1938 komponiert und heimlich in einem Waisenhaus in Prag uraufgeführt, die er nach seiner Deportation nach Theresienstadt in den Jahren 1942 bis 1944 mit Kindern des Lagers 55 Mal aufführen konnte. Aber nach der letzten Vorstellung, die in Teilen auch in dem Nazi-Propagandafilm „Der Führer schenkt den Juden eine Stadt" zu sehen war, wurden alle Mitwirkenden im September 1944 in einem Deportationszug nach Auschwitz gebracht. Die Darstellerin der Figur der Aninka, Greta Klingsberg, überlebte als eine der wenigen mitspielenden Kinder und lebt seit fast 70 Jahren in Israel.

Diese großartige Persönlichkeit, inzwischen 85 Jahre alt, spielt nun in dem Film „Wiedersehen mit Brundibar" eine der Hauptrollen, zusammen mit jugendlichen Darstellern eines Theaterprojekts an der Berliner „Schaubühne". Regisseur Douglas Wolfsperger konnte die in Israel als Sängerin lebende Greta Klingsberg auffinden und dann zu einer Zusammenarbeit mit der Theaterpädagogin Uta Plate und Jugendlichen der Theatergruppe „Die Zwiefachen" gewinnen. Diese jungen Darsteller sind zwischen 14 und 24 »

» Jahre alt, kommen aus schwierigen psychischen und sozialen Situationen und leben meist in betreuten Wohnprojekten. Greta Klingsberg zeigte den Jugendlichen das heutige Theresienstadt, erzählte ihnen von ihren Erfahrungen im Lager und kam zur Premiere der Aufführung 2012 nach Berlin.

Die Brücke zwischen den Generationen war spontan tragfähig: Hier begegneten sich Menschen, die fundamentale Lebenskrisen erlebt und überwunden hatten. Gerade deshalb wirken alle Darsteller so wahrhaftig und überzeugend. Dem Filmteam gelingen Szenen und Bilder, die berühren, auch weil sie dem Zuschauer immer wieder mit langen Bildeinstellungen Momente der Ruhe und des Besinnens ermöglichen. Die eingeblendeten dokumentarischen Materialien sind eindringlich. Wem bei der Szene mit dem Foto der beiden Schwestern, von denen nur Greta, die ältere, überleben konnte, die Tränen kommen, der braucht sich nicht zu schämen. Auch sorgen die Darsteller dieser Szene mit ihrem tapferen Bewältigen der Trauer um die tote Schwester dafür, dass der lebensfrohe und jugendliche Ton bald zurückkehrt und die Freude über die so vertrauensvolle und kreative Zusammenarbeit am Projekt überwiegt.

Greta wird von den Jugendlichen gefragt, ob sie denn irgendwann den Mut verloren habe und sich das Leben nehmen wollte. Ihre Antwort: „Ich glaube, wenn man als Kind, wir waren ja noch kleiner, als ihr heute seid, auf der Bühne steht und irgendeine Rolle spielt, dann ist man so in dieser Rolle, dass alles andere verschwindet, wenigstens minuten- oder stundenweise."

Und diese beglückende Spielfreude überwiegt, auch wenn der Ernst des Themas an keiner Stelle verloren geht. Der Film hat mehrere Ebenen: Originalszenen aus Theresienstadt von 1944, die Probenarbeit zur Bühnenversion „Nach Brundibar" und drittens die Begegnung der Jugendlichen mit Greta Klingsberg im heutigen Theresienstadt und in Berlin an der „Schaubühne". Der Film verzichtet auf zu detaillierte Hintergrundfakten, aber diese werden mittels guter Unterrichtsmaterialien nachgeliefert und sind für die schulische Nacharbeit geeignet.

Foto: Wolfgang Dästner

Inge Auerbacher, Überlebende des KZ Theresienstadt, berichtet aus ihrem Leben.

„Wiedersehen mit Brundibar" ist daher geeignet für Jugendliche, die dem Thema Holocaust in der Schule nicht viel abgewinnen konnten. Es wird Lehrern unterschwellig unterstellt, sie seien unfähig zum behutsamen Vermitteln dieser belasteten Thematik. Umso dankbarer kann man sein, dass dem Schulunterricht nun ein so ausgezeichnetes Filmprojekt zur Verfügung steht; denn wo sonst kann man so geeignete Protagonisten finden!

Monika Rappenecker von der Katholischen Akademie Freiburg betreut das Freiburger Ausstellungsprojekt „Naziterror gegen Jugendliche" und widmet sich genau auf dieser Linie eines „anderen" Unterrichts dem Thema. Sie lud erneut Zeitzeugen nach Freiburg ein, die dank der guten Betreuung auch immer wieder hierherkommen. Mit Inge Auerbacher war eine wunderbar lebendige und auch rhetorisch bestens informierende Theresienstadt-Überlebende an mehreren Tagen tätig: Ihren Ausführungen und dem guten Bildmaterial folgten nahezu 200 Schüler voller Aufmerksamkeit und Respekt.

Der Filmabend im Kommunalen Kino, moderiert von Florian Fromm, schloss mit einer Diskussion der Zuschauer und Inge Auerbacher. Sie erzählte, dass sie als damals Neunjährige diese Oper gesehen, aber kein Wort verstanden habe, da die Oper in tschechischer Sprache gesungen worden sei. Den Sinn habe sie sehr wohl begriffen, vor allem auch die außergewöhnliche Situation, dass im Alltag eine Unterbrechung eintrat. Und die glückliche Stimmung der Darsteller sprang auf die Zuschauer über.

„Fragt uns bitte jetzt, denn bald sind wir nicht mehr da und können euch nicht mehr antworten" – diese Sätze konnten wir Zuschauer von beiden Zeitzeuginnen identisch vernehmen. Deshalb dürfen wir glücklich sein, dass wir Greta Klingsberg im Film und Inge Auerbacher hier in Freiburg persönlich begegnen konnten.
„Wiedersehen mit Brundibar" wird sicher noch einmal in Freiburg gezeigt. Der Film wurde auf der Berlinale präsentiert und ist in der Vorauswahl für den Deutschen Filmpreis. Wir danken Monika Rappenecker, dass der Film in Freiburg zu sehen war. ■

Wolfgang Dästner ist Koordinator der Sektion Südbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

RAG Östliches Ruhrgebiet

Hans G. Glasner

Ursprung, Auswirkungen und Fortwirkung der christlichen Judenfeindlichkeit

Im November 2014 sprachen Dr. Stefan Mühlhofer und ich in der Steinwache Dortmund über Ursprung, Auswirkungen und Fortwirkung des christlichen Antijudaismus. Kooperationspartner des Vortrags „Die Leiche im Keller" waren die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, die Volkshochschule, das Evangelische Bildungswerk, das Katholische Bildungswerk und die Fakultät Kulturwissenschaften der TU Dortmund.

Die Geschichte von Juden und Christen war deutlich vom vierten Jahrhundert an, also seit der Erhebung des Christentums zur Staatsreligion im konstantinischen Reich, eine Geschichte von Blut und Tränen. Drehpunkt war der Hass auf die Juden, weil sie sich nicht zum Christentum bekehren wollten. Die Spanne reicht von Johannes Chrysostomos, Patriarch von Konstantinopel („Nenne einer die Synagoge Hurenhaus, Teufelsasyl ... so wird er noch weniger sagen, als sie verdient hat") bis zu Martin Luther („Die Juden sind die unflätigen Säue im Lustgarten der Heiligen Schrift"). Luther war enttäuscht, dass sich die Juden nicht zum leuchtenden reformatorischen Christentum bekehrten ...

Quelle: wikipedia

Zeitgenössische Darstellung eines Pogroms gegen Juden im Mittelalter.

Die buchstäbliche Verteufelung der Juden war ein integraler Bestandteil der Geschichte des christlichen Abendlandes. Von den „Kirchenvätern", also den Theologen der Frühzeit in Ost und West über das Mittelalter bis zur Aufklärung und den Romantikern stehen die Juden für die existenzielle Bedrohung der Menschheit. Konversion war die einzige Lösung. Hier sei aber doch auf die revolutionäre Politik der Toleranz gegenüber Minderheiten hingewiesen – durch Napoleon.

Der erklärte 1808: „A cote du catholicisme et du protestantisme, le judaisme fut reconnu, comme la troisieme religion officielle de l'Empire francais." Das und die Errungenschaften der Französischen Revolution führte er auch in den eroberten Ländern ein. Freilich beseitigte die Restauration wieder alles.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts meldete sich etwa Neues: Der rassisch begründete Antisemitismus in Frankreich, England und Deutschland. Hier verband er sich schon vor 1914 mit einem gewissen Deutschland-Mythos. Der rassisch begründete Antisemitismus war für die Betroffenen nicht korrigierbar: Die jüdische Rasse sauge vampirmäßig – bewusst und zielstrebig – die Substanz vor allem des Deutschen Volkes aus, um selbst zu herrschen. Damit wird die jüdische Rasse zum Feind schlechthin, sie ist schuldig am menschlichen und völkischen Zerfall, sie ist die Zersetzung selbst. Der Antisemitismus reicht bis in die protestantischen staatlichen Spitzen (Hofprediger Adolf Stoecker, Reichstagsabgeordneter Heinrich von Treitschke). Auf katholischer Seite ist die Rede von einem guten und angemessenen Antisemitismus (Herder-Lexikon).

Breitenwirkung findet dieser Antisemitismus nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg und während der Weltwirtschaftskrise. Die Rassenideologie wird zum wesentlichen Bestandteil der Nazi-Ideologie und führt zur Vernichtung, zur Shoa. Lebhaft wurde bei der Veranstaltung diskutiert, ob der

Quelle: wikipedia

Martin Luther hatte seinen Anteil an der Feindschaft gegen Juden. Titel seiner Schrift: „Von den Jüden und iren Lügen."

christliche Antijudaismus ein Steigbügelhalter des Nationalsozialismus war.

Immerhin erscheint die eigentümliche Resistenz der christlichen Kirchen gegenüber dem Fakt der Judenvernichtung bemerkenswert. Der Schweizer Historiker Urs Altermatt hat unlängst auf die Bedeutung der Volksfrömmigkeit hingewiesen: Da seien die Passionsspiele, aber auch zum Beispiel in der Katholischen Kirche die erst durch das Zweite Vatikanische Konzil Anfang der 1960er-Jahre abgeschafften antijüdischen Karfreitagsbitten. Kommt eine solche „Gestimmtheit" bewusst oder unbewusst immer wieder „hoch"? ■

Hans G. Glasner ist Sprecher der RAG Östliches Ruhrgebiet von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

RAG Nordhessen-Südniedersachsen

Aufruf des Wolfhager Landes zum Frieden im Miteinander gegen Hass, Gewalt und Terror

Mit Zorn, Entsetzen und Trauer haben wir wieder erfahren müssen, zu welchen bösen, unmenschlichen Taten fanatische und verblendete Menschen fähig sind. Die Terroranschläge in Paris, der Ermordung von Juden, Journalisten und Polizisten verurteilen wir unmissverständlich scharf. Die Terroristen haben unschuldige Menschen kaltblütig ermordet und sich zu Unrecht auf den Namen ihrer Religion berufen.

Tagtäglich erreichen uns Meldungen über grausame Verbrechen gegen die Menschlichkeit aus vielen Teilen der Welt.

In Deutschland wurden in den vergangenen Jahren unschuldige Menschen von Anhängern des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds" ermordet. Immer wieder müssen wir erleben, dass aus dem Hass gegen alles Fremde Gewalt entsteht, dass Gotteshäuser und Wohnungen verwüstet oder in Brand gesteckt werden, dass Menschen misshandelt oder gar getötet werden.

Wir sagen Nein zum Missbrauch der Religionen für Terror.

Wir sagen Nein zu jeglicher Form des Hasses, der Gewalt, der Verfolgung und der Tötung Andersdenkender und Andersglaubender. Wir beklagen zutiefst und verurteilen die Verfolgung von Juden, Christen, Moslems und anderen religiösen Minderheiten.

Wir stellen uns diesen Taten und Entwicklungen in aller Entschiedenheit entgegen.

Wir stehen auf gegen Rassismus, Antisemitismus, Feindlichkeit gegenüber Fremden, Flüchtlingen und Andersgläubigen und gegen jede Form von Gewalt.

Wir stehen zusammen gegen das Wegschauen und die Gleichgültigkeit. Wir dulden keine Feindschaft gegen Minderheiten, keine Schändung von Gotteshäusern, ganz gleich ob es sich um Kirchen, Moscheen oder Synagogen handelt. Wir dulden keine feigen Übergriffe auf Menschen, auf Schwache, Arme, Alte, Fremde. Wir widersprechen jeder Form von Pauschalverurteilungen ganzer Gruppen von Minderheiten.

Wir können nicht zu Judenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit, Missbrauch der Religionen für Hass, Gewalt, Krieg, Terror schweigen. Was wir brauchen, ist Mut in der Gesellschaft, Zivilcourage aller Bürgerinnen und Bürger.

Jeder von uns muss etwas tun, jeder von uns kann auch etwas tun, wenn er nur will.

Wir rufen deshalb alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, Gläubigen der Religionen auf, sich ihrer ganz persönlichen Verantwortung zu stellen.

Jeder Einzelne hat die Möglichkeit, rassistischen, fremdenfeindlichen oder neonazistischen Äußerungen zu widersprechen, sich von Gewalttaten zu distanzieren und sie anzuzeigen, Schutzbedürftigen zu helfen, Irrende aufzuklären. Wer es tut, verteidigt die Menschenwürde.

Wir wollen, dass in unserem Land jeder Mensch in Frieden leben kann und niemand Angst haben muss, ungeachtet seiner Religion, Hautfarbe, Herkunft, Kultur oder Weltanschauung.

Wir treten ein für ein für friedliche Konfliktlösungen.

Wir stehen auf für Gerechtigkeit, Respekt, Freiheit, Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit und Pressefreiheit.

Wir tragen Verantwortung für eine friedliche Entwicklung in unserer Gesellschaft und der Gemeinschaft aller Völker.

Wir stehen auf! Wir nehmen einander an!

Wir stehen zusammen!

Wir treten ein für Menschenwürde, Gerechtigkeit und Frieden im Miteinander.

Wolfhagen, den 16. Januar 2015

Ilana Katz, Vorsitzende Jüdische Gemeinde Kassel
Imam Safeer Nasir, Ahmadiyya Muslim Gemeinde Kassel
Ramazan Cetinkaya, Vorsitzender Türkischer Kulturverein Wolfhagen
Imam Davut Öcel, Wolfhager Moschee
Dekan Dr. Gernot Gerlach, Evangelischer Kirchenkreis Wolfhagen
Pfarrer Marek Prus, Katholische Kirche Zierenberg | Wolfhagen
Jörg Rösler, Rudi Hendricks, Neuapostolische Kirche in Wolfhagen
Ernst Klein, Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.,
Regionale Arbeitsgruppe Nordhessen-Südniedersachsen
Bürgermeister Reinhard Schaake, Wolfhagen

RAG Rhein-Main

Hans-Josef Becker

Vom Dschinn der Tobsucht beherrscht

Lesung mit der Prager Schriftstellerin Radka Denemarková

GERNSHEIM. Der Bund der Vertriebenen lud zu einer Lesung mit der tschechischen Schriftstellerin Radka Denemarková ein. Zu den Kooperationspartnern für die Lesung gehörte die Regionale Arbeitsgruppe Rhein-Main.

„Ihr kommt wieder aus euren Löchern gekrochen, ihr Nazischweine!" Ládínek Stolař herrscht Gita an. Er kocht, weil ein ausgemergeltes, angstbebendes Nichts den Weg nach Hause gefunden hat, nach Puklice, in die böhmische Heimat: „Ich heiße Gita Lauschmannová. Ich wohne hier, in der Hausnummer 77. Geboren bin ich am 14. März 1929." Die 16-Jährige kommt von „dort", wie Autorin Radka Denemarková ihre Protagonistin sagen lässt. „Dort" ist das KZ.

Die tschechische Schriftstellerin las aus ihrem Buch „Ein herrlicher Flecken Erde", das thematisch zu der Sonderausstellung „Tragická místa paměti – Tragische Erinnerungsorte" im Museum der Schöfferstadt Gernsheim (Kreis Groß-Gerau) passte. Während die Tafeln dort das Schicksal von Deutschen, Tschechen und Juden von 1938 bis 1945 beschreiben, setzt Denemarková zeitlich danach an.

Ina Burger begleitete die Lesung auf der Orgel mit hebräischer Musik. Veranstalter waren neben dem Bund der Vertriebenen die Vereine Gegen Vergessen – für Demokratie und Memor, die Buchhandlung Bornhofen, das Evangelische Dekanat Ried, die Katholische Arbeitnehmerbewegung, die Katholische öffentliche Bücherei und die Stadtbücherei. Ich als Moderator hatte eingangs den früheren tschechischen Außenminister und Präsidentschaftskandidaten Karel Schwarzenberg zitiert: „Unsere allmählich erwachsener und reifer werdende Demokratie eröffnet uns die Möglichkeit, uns endlich auch mit den dunklen Seiten unserer Vergangenheit zu befassen."
Gita, die erst bei der Deportation in das KZ von ihrem Jüdin-Sein erfahren hat, ist den Schergen ebenso entkommen wie ihr Bruder Adin. Den aber hat Stolař bereits umgebracht, und auch mit Gita hat er Übles im Sinn. Er duldet, dass eine Frau das Mädchen mit dem Eisenstab auf die ausgestreckten Arme schlägt, „bis sie auftreiben wie Brotteig". Denemarková fährt in einer grausam bildhaften Sprache fort, die von Eva Profousová brillant ins Deutsche übersetzt wurde: „Dann die Peitsche. Die Frau, erregt und erhitzt, gewinnt an Kraft. Sie nagelt mich in die Erde. Der Abdruck meines Gesichts im polierten, verdreckten Steinpflaster."

Foto: Hans-Josef Becker

Radka Denemarková bei der Lesung im Museum der Schöfferstadt Gernsheim.

„Werft sie hinter die Scheune"

Der nachfolgende Dialog macht die Stimmung in der Tschechoslowakei deutlich, nachdem Hitlerdeutschland besiegt ist und alle trunken sind. Da braucht keine Gerechtigkeit zu herrschen, gibt es keinen Unterschied zwischen der Schuld Erwachsener und der Unschuld eines Kindes. „Atmet sie noch?" „Ja." „Was machen wir mit ihr?" „Werft sie hinter die Scheune. Entweder sie kommt wieder auf die Beine oder …" Später: „Sie lebt." „Da wird sich Ládínek nicht freuen."

Es ist jener Ládínek Stolař, „der für Papa Ersatzteile geschweißt, für mich ein Hufeisen als Halsschmuck geschmiedet hat". Damals, bevor sie nach „dort" kam, als Kind. „Dort", wo ihr Vater vergast wurde, der zuvor der Umgebung Puklices Arbeit gegeben hat. Gita, die sich „dort" geistig von der Kindersprache getrennt hat, zur alten Frau wurde, »

» fragt erbittert: „Wie kommt es, dass für die Nazis, die ihn in Auschwitz umgebracht haben, mein Vater nur eine Judensau war? Ich habe tschechische Schulen besucht, bin jüdischer Herkunft und habe die tschechische Staatsbürgerschaft …"

Gita kommt nach Hause, wo kein Zuhause mehr für sie ist. Die schwangere „Frau" in ihrem Elternhaus, die stets nur „Frau" heißt, rettet sie, heimlich, aus Angst, selbst leiden zu müssen aufgrund ihres Mitleids. Gita darf nicht zu Hause bleiben, überlebt bei Tante Ottla in Prag. Die „Frau" wird Denis gebären, der mit fünf Jahren den Schädel des ermordeten Adin ausgräbt und der mit 60 Jahren endlich die Ärztin Dr. Gita Lauschmannová verstehen wird.

Rechtmäßige Staatsbürger

2005 kehrt Gita, inzwischen 76 Jahre alt, nach Puklice zurück, will Recht, keine Rache. Noch immer aber ist sie die „deutsche Alte", deren Familie nach der Samtenen Revolution rehabilitiert wurde. Es ist also amtlich, dass sie weder Kollaborateure noch Deutsche waren. Sie waren rechtmäßige tschechoslowakische Staatsbürger. Das aber wollen oder können die Kleingeister im Dorf nicht anerkennen.

Gita reflektiert: „Ich weiß, wer den Dschinn der Tobsucht losgelassen hat; sie haben sich von der Räudigkeit der Nazis anstecken lassen, ohne sich dessen bewusst zu sein. Sie haben sich von der Hölle anstecken lassen, für deren Errichtung die Nazis rechtens hätten bestraft werden sollen. Aber wofür hat man mich bestraft? Wofür wurde gerade ich so häufig bestraft? Ich bin durch mehrere Höllen gegangen."

Im jungen Stolař, Bürgermeister in Puklice, erkennt Lauschmannová Verhaltensweisen seines Vaters. Der noch immer lebende widerwärtige Friseur Klein, der sich jetzt Malý nennt, haut in dieselbe Kerbe: Das gehört uns. Dabei will Gita nichts zurück, weder die Fabrikgebäude noch die Werkstätten oder die Schnapsbrennerei. Lediglich eine Gedenktafel für den Vater fordert sie, die womöglich noch Zeichen der Aussöhnung werden könnte. Doch es wird alles zerredet – und Denis, der die Wahrheit erkannt hat und sich vehement für die alte Dame einsetzt, scheitert an der Verbohrtheit der Dorfbewohner. Gita stirbt unverrichteter Dinge.

Radka Denemarková im Gespräch

„Ich bin keine Historikerin", sagt Radka Denemarková im Gespräch. Die 1968 geborene Tschechin benutzt Sprache wie Sprengstoff: einmal gezündet, explodiert sie in einem wahren Rausch an Metaphern. Ja, sie schreibt in Metaphern, benutzt Bilder, um zu erzählen, was aus ihr heraus will. Sie ringt mit literarischen Mitteln um die Wahrheit.

„Mut zur Wahrheit ist der größte Mut, den ich kenne", sagt sie im Gespräch. Es ist fast so, als spreche sie auch über sich selbst, denn freilich ist sie als Nestbeschmutzerin bezeichnet worden. Sie habe mit jedem Roman Probleme, obwohl sie für Sprache und Komposition Lob erfahre. „Aber die Themen sind gefährlich, weil sie nach wie vor von populistischen Politikern benutzt werden."

Sie fährt fort: „Bestimmte Menschen interessiert die Wahrheit nicht, sie haben ein fertiges Bild der Welt."

Denemarková muss schreiben, „weil das Leben nicht schwarz-weiß ist". Sie will emotional zeigen, wie sich das Modell menschlichen Verhaltens stets wiederholt, wie der Mensch des Menschen Wolf ist, wie Recht immer wieder mit Füßen getreten wird.

„Ein herrlicher Flecken Erde" ist der Extrakt einer Zeit, über die lange nicht gesprochen wurde in der Tschechischen Republik. Die Pragerin dagegen schreibt nieder, was geschehen ist, ein herkulisches Unterfangen. In der jungen Generation findet sie meist Anerkennung dafür, Ältere haben schimpfend das Theater verlassen, als ihr Thema gespielt wurde.

Romane der Prager Autorin wurden in 17 Fremdsprachen übersetzt. In China stößt Radka Denemarková auf großes Interesse, im Russland Putins dürfen ihre Werke nicht gedruckt werden. „Es geht mir um den einzelnen Menschen", beteuert die sympathische Botschafterin ihres Landes, stets auf der Suche nach der Wahrheit. Derzeit recherchiert sie für ein Buch über den äußerst umstrittenen früheren Präsidenten der Tschechoslowakei Edvard Beneš. Es wird ein umstrittenes Buch werden. ■

Hans-Josef Becker ist freier Mitarbeiter der ECHO-Zeitungen und Organisator von Lesungen – oft in Zusammenarbeit mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Buchinformation:

Radka Denemarková
Ein herrlicher Flecken Erde.

btb-Verlag, München 2014
Kartonierte Ausgabe, 304 Seiten
ISBN: 978-3-442-74671-2 · 9,99 €

Sektion Allgäu-Oberschwaben stellt sich vor

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. ist dort stark, wo sich engagierte Bürgerinnen und Bürger zusammenfinden, um vor Ort gemeinsam für die Demokratie einzutreten. Derzeit bestehen bundesweit 34 Regionale Arbeitsgruppen und Sektionen. An dieser Stelle möchten wir Regionale Arbeitsgruppen, Sektionen und die Gesichter, die dahinter stehen, vorstellen und dadurch einen kleinen Einblick in die Arbeit vor Ort vermitteln. In dieser Ausgabe gibt Koordinator Hubert Moosmayer für die Sektion Allgäu-Oberschwaben Auskunft.

Foto: Privat

Name:	**Hubert Moosmayer**
Geburtsdatum:	3. Februar 1967
Beruf:	Forstbeamter, Betriebsstellenleiter am Kreisforstamt Biberach
Motto unserer Initiative:	Das Erinnern ist unsere Verantwortung
So bin ich bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. gelandet:	Leutkirch ist eine Kleinstadt mit rund 20.000 Einwohnern im Südosten Baden-Württembergs – nahe der Grenze zu Bayern und Österreich. Als Fraktionsvorsitzender im Stadtrat war ich vor sechs Jahren zur öffentlichen Gedenkveranstaltung am Volkstrauertag geladen. Die Gedenkfeier findet alljährlich am „Kriegerdenkmal" statt. Es wird der in zwei Weltkriegen gefallenen Söhne der Stadt gedacht, deren Namen im Denkmal verewigt sind. Für mich war das irritierend, wusste ich doch, dass es in Leutkirch eine jüdische Kaufmannsfamilie gab, die bei der Feierlichkeit unerwähnt blieb, obwohl sie während des Krieges Opfer eines furchtbaren Verbrechens geworden war: Die ganze Familie war, bis auf zwei Töchter, die fliehen konnten, in nationalsozialistischen Lagern ermordet worden. Ganz Leutkirch wusste das. Bis in die 1980er-Jahre wurde darüber kaum gesprochen und bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts war das auch keines besonderen Gedenkens wert. Das wollte ich ändern. Wenigstens die Erinnerung an diese Schicksale sollte wieder fester Bestandteil Leutkirchs werden. Schnell war die Idee entstanden, Gunter Demnigs „Stolpersteine" zu verlegen. Es fanden sich Gleichgesinnte und es bildete sich ein Initiativkreis „Orte des Erinnerns". Inzwischen sind nicht nur Stolpersteine verlegt worden, wir haben auch eine ganze Reihe von Veranstaltungen in Leutkirch organisiert. Am wichtigsten ist mir das Patenschaftsprojekt, das gemeinsam mit den Leutkircher Schulen und der Stadtverwaltung durchgeführt wird. Eine von der Sektion gestiftete drei Meter hohe Holzskulptur – sie steht ikonenhaft für die NS-Opfer Leutkirchs – wird für jeweils ein Jahr einer Schule zur Patenschaft übergeben. Die Skulptur steht über das Jahr im Hof der Schule, die sich währenddessen mit der NS-Zeit in Leutkirch beschäftigt. Dabei wird sie von der Sektion unterstützt. Am Volkstrauertag steht die Skulptur stellvertretend für die NS-Opfer neben dem „Kriegerdenkmal" und die Patenschaft wird an die nächste Schule weitergegeben. Skulptur und Patenschaft wandern so mit den Jahren von Schule zu Schule. Für mich hat sich damit etwas erfüllt, was als Idee vor sechs Jahren entstanden ist. Die jüdische Familie ist wieder gegenwärtig. Zumindest in der Erinnerung vieler Leutkircher.
Daraus ziehe ich Motivation für meine ehrenamtliche Arbeit:	Ich empfinde es als bereichernd, wenn ich mit meinem Engagement Spuren – wenn auch nur ganz kleine Trittchen und begrenzt auf den kleinen Bereich meiner Heimatgemeinde – hinterlassen kann. Für mich hat das etwas damit zu tun, seinen Platz zu finden. Wenn man das Glück hat, sich einbringen zu können, findet man einen Platz in der Gemeinschaft.
Diese Themen interessieren mich besonders:	Mich interessiert besonders, wie hier in meiner Stadt, mitten in der Gesellschaft, Mitbürgern schrittweise jegliche Rechte entzogen werden konnten. Wie die Menschlichkeit verloren ging. Es waren nicht Nazis von außerhalb, die das Unrecht in die Stadt brachten. Vielleicht kam der Samen von außerhalb, aber der fruchtbare Boden war schon da. Dieses Unrecht geschah auf den mir vertrauten Straßen Leutkirchs, verübt, unterstützt, begünstigt oder wenigstens ignoriert von Menschen, deren Wesensart mir geläufig und nah ist. Im Spiegel las ich vor Kurzem den Bericht einer Frau, Ruth Friedrich, die während der Naziherrschaft Juden geholfen hatte. Sie schreibt: „Wir dachten immer, alles verstünde »

»	sich von selbst. Alle wären wie wir. Dass wir nicht sahen, wie anders andere Menschen sind, das ist unsere Schuld. Dass wir von uns auf andere schlossen. Von uns auf die Nazis! So haben wir sie großgemacht." Das interessiert mich. Wie verhält sich das heute in meinem Umfeld? Habe ich nicht erst gestern im Wirtshaus am Nebentisch gehört, wie Asylsuchende als „Schwarze Teufel" bezeichnet wurden, „die uns beklauen und unsere Frauen belästigen"?
Hier bin ich außerdem aktiv:	Vorstand TSG 1847 e. V., Abteilung Skiläuferzunft. Auf den Skiverein von Leutkirch bin ich stolz und auch darauf, dessen Vorstand zu sein. Der Verein wurde vor 107 Jahren gegründet. Er vereint eine überaus aktive, bunte Gruppe von Sportbegeisterten unter seinem Dach und hat schon viele auch überregional anerkannte sportliche Erfolge hervorgebracht. Beisitzer im Vorstand Bürgerforum Leutkirch e. V. Das Bürgerforum ist aus einer Bürgerinitiative entstanden, die einen Bürgerentscheid angestrengt hat, um ein Industriegebiet vor den Toren Leutkirchs zu verhindern. Aus der Gruppe von Querdenkern ist inzwischen ein Verein geworden, der die zweitstärkste Fraktion im Leutkircher Stadtrat stellt.
Die Idee zur Sektion Allgäu-Oberschwaben entstand, als …	Bei der Organisation der ersten Aktionen des oben beschriebenen Initiativkreises „Orte des Erinnerns" entstand der Kontakt zu Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Die Geschäftsstelle in Berlin mit Geschäftsführer Michael Parak und die Regionale Arbeitsgruppe Baden-Württemberg mit der Sprecherin Birgit Kipfer unterstützten unsere Initiative auf vielfältige, unbürokratische Weise. Nachdem die Zusammenarbeit insbesondere bei der Organisation der großen Kunstaktion 2013 immer enger wurde, kam irgendwann das Angebot, ob wir nicht eine Sektion im Süden der Republik gründen wollen.
Die Sektion Allgäu-Oberschwaben ist …	… der organisatorische Zusammenschluss der Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. im Südosten Baden-Württembergs zwischen Ulm und dem Bodensee, unter dem Dach der Regionalen Arbeitsgruppe Baden-Württemberg. Eine feste Zuordnung der Mitglieder gibt es nicht. Wenn man die Mitglieder des Postleitzahlengebiets 88 und ein bisschen darüber hinaus zusammennimmt, kommt man auf rund 25 Mitglieder, die zur Sektion gezählt werden können. Unsere Aktivitäten sind bisher sehr stark auf den Bereich der Stadt Leutkirch konzentriert. Die meisten Aktionen werden auch von Unterstützern getragen, die aus dem Initiativkreis „Orte des Erinnerns" stammen und nicht Mitglieder bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. sind. Aktiv ist ein kleiner Kern, weniger geschichtsbeflissene akademische Profis als vielmehr ambitionierte Laien aus der Breite der Gesellschaft.
Für die Arbeit in der Sektion wünsche ich mir …	… mehr Mitglieder vor Ort, mehr Austausch zwischen den Mitgliedern in der Region, damit das Engagement auf mehr Schultern verteilt werden und weitere Kreise ziehen kann. Es wäre schön, wenn wir noch ein paar „Aktive" finden könnten.
Und zu guter Letzt:	Noch ein Satz aus dem oben erwähnten Spiegel-Bericht über Ruth Friedrichs: „Sie denken nicht groß von sich, … es ist auch nicht so, dass sie dauernd mit dem Menschenhelfen beschäftigt sind. Wenn sie zusammensitzen und trinken, plaudern sie über Bücher. Sie tanzen, sie haben Spaß, sie wollen leben …" Genauso ist's bei uns auch.

IMPRESSUM
Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn, Konto-Nr. 85 51 707, BLZ 370 501 98

Redaktion: Liane Czeremin, Dr. Dennis Riffel, Julia Wolrab, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

ISSN 2364-0251

Topographien der Menschlichkeit

Ausstellungsreihe zu historischen Beispielen gelebter Humanität

Der Verein Courage gegen Fremdenhass ist seit 1991 in der Demokratie-Pädagogik aktiv. Unter anderem ist es möglich, Wanderausstellungen zu buchen, die sich alle mit Best-Practice-Beispielen in der Geschichte auseinandersetzen. Die Besonderheit: Der positive Blick etwa auf den Rettungswiderstand während der NS-Zeit ermöglicht es Besuchern, sich mit den gelebten Idealen zu identifizieren und Bezüge zur eigenen Gegenwart herzustellen.

So liegt die Betonung der Reihe unter dem Titel „Topographien der Menschlichkeit" jeweils auf Aspekten gelebter Humanität. Projektleiterin Anna Tüne sagt: „Diese Aspekte sind unseres Erachtens bei Weitem nicht ausreichend präsent in der demokratiepädagogischen Arbeit, in unserer Gedenkkultur und überhaupt im öffentlichen Bewusstsein."

Fünf Teilprojekte bilden dabei unterschiedliche Facetten ab:

„Rettungswiderstand in Dieulefit" *heißt das erste Teilprojekt der Reihe. Es befasst sich mit einem kleinen südfranzösischen Landkreis, zu dessen Verdiensten es gehört, zur Zeit der Okkupation viele Hundert vom Tode bedrohter Kinder und Erwachsener gerettet, genährt, geschützt zu haben. Die Ausstellung erzählt von intelligentem und empathischem Handeln, von effektivem zivilen Widerstand und tourt mit großem Erfolg seit 2013 durch Deutschland.*

Das zweite Teilprojekt wird sich mit der gelungenen Weigerung der bulgarischen Zivilgesellschaft befassen, ihre jüdischen Bürger den Deportationen preiszugeben. Unter dem Titel ***„Vom Scheitern eines angekündigten Massenmordes – Bulgarien 1934–1944"*** *bietet der Verein diese Ausstellung und den entsprechenden Katalog ab Februar 2016 als Wanderausstellung an. Dieses Teilprojekt wird von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert.*

Marko Behar, Übers Land, 1942.

Das dritte Teilprojekt ***„Jenseits von Lampedusa – willkommen in Kalabrien"*** *erzählt von einigen kalabrischen Küstenorten (Riace, Badolato …), in denen man trotz der schweren ökonomischen Dauerkrise der Region seit über 15 Jahren nach humanen Mitteln und Wegen sucht, mit den dort direkt oder über Lampedusa anlandenden Flüchtlingen umzugehen. Wie viel moralische Festigkeit die Einheimischen beweisen, indem sie sich nicht gegen die noch Schwächeren, die noch Ärmeren aufhetzen lassen, ist beispielhaft. Die Ausstellung kann ab Januar 2016 gebucht werden. Dieses Teilprojekt ist leider noch unterfinanziert. Jede Spende wird dankbar angenommen.*

Ein viertes Teilprojekt wird sich mit ***Sarajewo*** *in den 1990er-Jahren befassen. In dieser exemplarischen multiethnischen Stadt gab es zur Zeit des jugoslawischen Bürgerkrieges viele ganz unterschiedliche Menschen, die sich nicht dem Diktat ethnischer oder religiöser Zuordnungen gebeugt haben und die sich über die propagierten Vorgaben hinweg mutig und solidarisch verhielten.*

Das fünfte Projekt trägt den Titel ***„Berlin-Neukölln 1933–1945 – Ein Milieu widersetzt sich"*** *und wird sich auf die langjährigen Recherchen stützen, die schon in den 1980er-Jahren vom Kunstamt des Bezirks initiiert wurden.*

Foto: PMH

Fotografie von zwei Ankömmlingen in Dieulefit, 1941.

Die beiden letzten Projekte werden ab 2017 vorliegen.

Die Ausstellungen sind für kleine und mittlere Raumgrößen konzipiert. Es handelt sich um Alu-Bond-Paneele in DinA1-Format, Wand- oder Stellwandhängung im Fall der Ausstellung in Dieulefit oder, für alle anderen Ausstellungen, um selbststehende Elemente. Neben einer verhandelbaren Verleihgebühr fallen Kosten für Transport und Vorträge an. ■

Zwei Frauen im kalabrischen Riace.

Foto: Wolfgang Hermann

Der Verein **Courage gegen Fremdenhass** ist als Organisation Mitglied bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.; Kontaktadresse: tuenefi@web.de.
Weitere Informationen unter: **www.topographiendermenschlichkeit.de**

Dennis Riffel

Vorstandsmitglied Kurt Nemitz gestorben

Foto: EJBW Weimar

*10. Juli 1925 in Berlin; † 16. Februar 2015 in Bremen

Unser langjähriges Vorstandsmitglied Prof. Dr. Kurt Nemitz verstarb am 16. Februar 2015 im Alter von 89 Jahren in Bremen.

Kurt Nemitz war 1925 in Berlin als Sohn des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. med. Julius Moses geboren worden. Seine Großmutter Anna Nemitz war eine der ersten weiblichen Reichstagsabgeordneten. Die Nürnberger Gesetze machten Kurt Nemitz zu einem „jüdischen Mischling ersten Grades". Sein Vater wurde 1942 nach Theresienstadt deportiert und starb dort im September 1942.

Nach der Befreiung von der NS-Diktatur begann Kurt Nemitz eine journalistische Karriere, studierte Volkswirtschaft und war in der SPD aktiv. Er wurde Landespressechef in Nordrhein-Westfalen, 1965 Senatsdirektor für Wirtschaft und Außenhandel in Bremen sowie 1976 Präsident der Bremer Landeszentralbank und Mitglied des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank.

Als Honorarprofessor der Hochschule Bremen hat sich der Wirtschaftsexperte neben seiner eigentlichen Profession stets auch der Erforschung des jüdischen Lebens in der Weimarer Republik gewidmet. Daraus sind mehrere Bücher entstanden, so zum Beispiel über jüdische Parlamentarier in der Weimarer Republik, über seine Großmutter Anna Nemitz und über seinen Vater Julius Moses. Am persönlichsten ist seine 2006 erschienene autobiografische Schrift „Bundesratufer". Darin schrieb Nemitz, seine Freude an Biografien habe er sicher geerbt. Und auch der Sinn für Selbstzeugnisse ist ihm zwar nicht in die sprichwörtliche Wiege gelegt, wohl aber zum Geburtstag geschenkt worden. Als er 1936 elf Jahre alt wurde, überreichte ihm sein damals schon 68-jähriger Vater einen 250-seitigen Lebensbericht und machte ihn damit schon zu Lebzeiten zu seinem Nachlassverwalter. Eine Aufgabe, die Nemitz, wie er schrieb, nach der eigenen Pensionierung, „zur freudig übernommenen Verpflichtung" wurde.

So ist es nur natürlich, dass Nemitz in seiner Autobiografie dem Vater breiten Raum widmet und ganze Schriftstücke aus dessen Nachlass zitiert, wie etwa eine in Reimform gehaltene Reichstagsrede oder eine „Capuziner-Predigt", die der Vater bei einer Silvesterfeier 1937 vorgetragen hatte. Aus solchen und anderen Dokumenten entsteht im Zusammenspiel mit den Erinnerungen und Erläuterungen von Kurt Nemitz ein dichtes Bild jüdischen Geisteslebens. Deutlich wird auch der brutale Angriff der Nationalsozialisten auf die heile Welt, in der Kurt Nemitz zunächst in jener Straße im Berliner Bezirk Tiergarten aufwächst, die er zum Titel seiner Selbstbiografie machte. Über Nacht verliert die Familie ihre Existenzgrundlage, sie muss die große Wohnung aufgeben.

Nur dem besonderen Wohlwollen eines Oberstudiendirektors hat es Kurt Nemitz zu verdanken, dass er trotz seines jüdischen Vaters noch zum Abitur zugelassen wird. Zu den eindrucksvollsten Stellen des Buches gehört die Erinnerung des Sohnes Kurt Nemitz an die letzten gemeinsamen Stunden mit dem Vater vor dessen Verschleppung nach Theresienstadt.

Was Kurt Nemitz als Menschen besonders auszeichnete, ist auch seiner Autobiografie anzumerken: das Interesse an anderen Menschen und sein Sinn für Humor. Nicht der Autor steht im Zentrum, sondern die Menschen, die seinen Lebensweg kreuzten, begleiteten und prägten. An die eigenen Karriereschritte erinnert sich Nemitz eher beiläufig, ohne eine Spur von Eigenlob, häufig auch anhand amüsanter Anekdoten.

Diese Art des Erzählens kam auch bei Jugendlichen gut an, wie ich 2009 selbst erleben konnte, als ich im Rahmen einer Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Geboren in der Weimarer Republik" ein Zeitzeugengespräch mit Kurt Nemitz im Weimarer Reithaus moderierte. Noch lange nach der Veranstaltung sprach er mit Jugendlichen aus mehreren europäischen Ländern, ermunterte sie, sich für Frieden und Demokratie in Europa einzusetzen und gab ihnen ganz praktische Tipps für ihre Studien- und Berufswahl. Im Oktober 2011 sah ich ihn auf der Mitgliederversammlung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. in Bremen zum letzten Mal. Dort genoss er es sichtlich, bei „seinem Verein" in seiner langjährigen Wahlheimat Bremen zu sein. ■

Dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. war Prof. Dr. Kurt Nemitz tief verbunden, schon im Mai 1993 wurde er Mitglied. Seinem letzten Wunsch entsprechend haben seine Familie, viele seiner Freunde und auch Weggefährten eine Spende an unsere Vereinigung getätigt. Insgesamt gingen rund 3.000 Euro bei uns ein. Wir sind von großer Dankbarkeit erfüllt und werden in seinem Gedenken die Arbeit bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. fortführen.

Dr. Dennis Riffel ist wissenschaftlicher Referent von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Friedhelm Boll

Feliks Tych zum Gedenken

Feliks Tych wurde 1929 als jüngstes von neun Kindern in Warschau geboren. In seiner Kindheit lebte die Familie in der Kleinstadt Radomsko nahe der deutschen Grenze. Sein Vater besaß dort eine kleine Metallwarenfabrik, in der einfache Metallwaren wie Ketten und Schlösser für den landwirtschaftlichen Gebrauch hergestellt wurden. Seiner Mutter gelang es trotz ihrer neun Kinder, noch in der Verwaltung der Fabrik zu helfen. Nach einer heftigen Bombardierung wurde die Stadt bereits am 2. September 1939 von deutschen Truppen besetzt. Im Dezember desselben Jahres richtete die deutsche Verwaltung eines der ersten Gettos für Juden ein, in das die Familie Tych umziehen musste. Aus einer geräumigen Vier-Zimmer-Wohnung wurde die Familie in eine kleine Mansarde ohne Kochgelegenheit, ohne fließendes Wasser und ohne Toilette verbracht. Das Ghetto war weder abgegrenzt noch umzäunt, sodass Tychs Vater einen Teil seiner Geschäfte mithilfe nicht jüdischer Polen weiterführen konnte.

Foto: Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Feliks Tych und seine Frau Lucyna während der Preisverleihung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. am 7. November 2010 in Stuttgart.

Tychs Familie lebte nach strengem jüdischen Ritus mit koscherem Essen und Einhaltung der jüdischen Feiertage. Während die Eltern Jiddisch miteinander sprachen, kommunizierten die Kinder untereinander und mit den Eltern auf Polnisch, denn sie besuchten eine staatliche Schule für jüdische Kinder. Obwohl der Vater Feliks regelmäßig zur Synagoge mitnahm, fruchtete der mosaische Unterricht bei ihm nicht. Er kam mit dem Lehrer nicht zurecht und war gleichzeitig ein eifriger Leser polnischer Literatur. Bereits mit fünf Jahren hatte er sich selbst das Lesen beigebracht, sodass er einen beträchtlichen Teil seiner Freizeit mit der Lektüre von Kinder- und Jugendbüchern verbrachte.

Eine Lehrerin versteckte ihn

Als im Sommer 1942 das Gerücht aufkam, dass eine „Aktion" der Nazis bevorstehe, wurde der jüngste Spross der Familie in der Obhut eines nicht jüdischen Arbeiters nach Warschau geschickt. Kurz darauf wurden alle Juden des Gettos von Radomsko ins Vernichtungslager Treblinka deportiert und dort ermordet. Bei seiner Schwester, die mit Ehemann und Kind unter falschem Namen in Warschau lebte, konnte Feliks nicht bleiben. Eine zum linken Widerstand gehörende Gymnasiallehrerin mit zwei Kindern nahm ihn auf und gab ihn als ihren Neffen aus, Sohn ihrer nach Sibirien verschleppten Schwester. Um diese Tarnung zu bewerkstelligen, zog Feliks' Retterin in einen ihr unbekannten Warschauer Stadtteil, sodass die Vermehrung der Kinderzahl nicht auffiel. Wie im Getto nahm Feliks auch hier am illegalen Unterricht des polnischen Widerstands teil. Seine „zweite Mutter", wie er sie später nannte, sorgte sich um seine schulische Bildung ebenso wie um seinen Lesehunger. Er bewegte sich völlig frei in der Stadt und besuchte des Öfteren auch Kinos. Feliks Tych gehörte zu den etwa 50 000 von Polen geretteten Juden.

Zweifel am Kommunismus

Nach dem Abitur im Jahr 1948 begann er sein Geschichtsstudium, das der lernbegierige Student mit großem Erfolg abschloss. Daraufhin folgte ein dreijähriges Doktorstudium an der Lomonossow-Universität in Moskau. Die Jahre in Moskau, wo er sowohl die stalinistischen Verfolgungen wie das politische Tauwetter erlebte, waren von außerordentlichem Wert für seine politische Bildung. Tiefgehende Zweifel am Kommunismus weckten der Personenkult, der Besuch im Lenin-Mausoleum ebenso wie die ständige Polizeiüberwachung. In seiner Lebensskizze von 2004 schrieb Feliks Tych: „Nirgendwo sonst hätte ich praktisch durch eigene Beobachtung so viel und so gut etwas über die sozialen, politischen und moralischen Alternativen des 20. Jahrhunderts lernen können, und nirgendwo sonst wäre ich auch der reichen russischen Kultur, die Sprache eingeschlossen, so nahe gewesen."

Zweifellos galt er als erfolgversprechender Nachwuchswissenschaftler der polnischen kommunistischen Arbeiterpartei, zumal er mit äußerst erfolgreichen Arbeiten zunächst zur russischen Revolution im Königreich Polen 1905–1907, zur polnischen »

» Sozialgeschichte und immer wieder zu Rosa Luxemburg Aufsehen erregte. Sein Renommee basierte nicht zuletzt auf diesen absolut grundlegenden Arbeiten zu Luxemburg. Sowohl am Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften als auch am Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung beim ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVA) wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter. 1957 gründete er die erste polnische Zeitschrift für Sozialgeschichte, deren Chefredakteur er jahrelang war. 1970 wurde er zum außerordentlichen Professor, 1982 zum ordentlichen Professor für Geschichtswissenschaft ernannt. Bei den 1967 einsetzenden antisemitischen Säuberungswellen wurden Feliks Tych und seine Frau, die Theaterregisseurin Lucyna Tych, aus ihren Anstellungen entlassen.

Von 1971 bis 1987 wurde Feliks Tych im Zentralen Historischen Archiv beim ZK der PVA mit der Aufgabe der Leitung der Abteilung für Quelleneditionen und Bibliografie betraut, wo er seit 1973 die Reihe Archiv der Arbeiterbewegung, ein Editionsprojekt mit insgesamt elf Bänden, herausgab. Mit großem Engagement betrieb er das Biografische Wörterbuch der polnischen Arbeiterbewegung, das bis 1992 bis zum Buchstaben K erscheinen konnte. Tychs Eigenwille und seine Durchsetzungskraft führten dazu, dass alle Lebensdaten der beschriebenen Personen komplett aufgeführt wurden, auch die der kommunistisch Verfolgten.

Internationales Renommee

Die erzwungene Frühpensionierung sowie die Verbote der akademischen Lehre und der Auslandsreisen haben ihn tief getroffen und an den Rand der persönlichen Armut gebracht. Sein internationales Renommee half ihm jedoch, diese schwierige Situation zu meistern. Besonders hervorzuheben ist die Verleihung des österreichischen Victor-Adler-Staatspreises für seine Arbeiten zur Sozialgeschichte der Arbeiterbewegung im Jahr 1990. Darauf folgten Gastprofessuren in Darmstadt, Göttingen, Freiburg, Berlin und Kassel. Am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin hielt er 1999 die Vorlesung „Die polnische Bevölkerung unter deutscher Okkupation und der Holocaust", ein Thema, das ihn nicht mehr losließ.

Der lange Schatten des Holocaust

Die Friedliche Revolution in Polen öffnete ihm das Forschungsfeld der Shoah, dem er von nun an fast seine gesamte Arbeitskraft widmete. Von den Mechanismen der antisemitischen Ausgrenzung selbst betroffen, kam es ihm darauf an, die bis heute verheerenden sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Folgen des Holocaust für das heutige Polen aufzuzeigen. Dazu erschien 1999 in polnischer Sprache sein Buch „Der lange Schatten des Holocaust". Als er 1996 gebeten wurde, bei der Rettung des alten, mit hervorragenden Sammlungen ausgestatteten Jüdischen Historischen Instituts mitzuwirken, zögerte er. Eine großzügige Spende der Bonner Historikerin und Professorin Susanne Miller, einer Freundin des Ehepaars Tych, erleichterte ihm insofern die Entscheidung, als er mit dieser fünfstelligen Summe den Neuaufbau des Instituts und die Sicherung von dessen Beständen in Angriff nehmen konnte. Unter seiner Leitung (1996–2006) wurden mehrere Ausstellungen neu geschaffen und eine wissenschaftliche Ausgabe des Ringelblum-Archivs vorgelegt.
2003 konnte Feliks Tych zusammen mit unserer Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie an seinem Institut in Warschau eine internationale wissenschaftliche Konferenz durchführen, die sich dem Alltag im Warschauer Getto sowie der didaktischen Aufarbeitung dieses Themas widmete. Der emotionale Höhepunkt dieser Tagung war der Besuch der Gedenkstätte Treblinka, des Ortes der Vernichtung seiner Eltern, unter seiner Führung. Infolge dieser Tagung entstand das von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. gemeinsam mit dem Jüdischen Historischen Institut in Warschau und dem Zentrum für Lehrerbildung und Schulforschung der Universität Leipzig durchgeführte Vorhaben, aus dem Bestand der Interviews mit Überlebenden des Holocaust, die Vertreter der Jüdischen Historischen Kommission in Polen kurz nach der Befreiung durchgeführt hatten, eine Auswahl von Aussagen von Kindern zu veröffentlichen, die aus dem Polnischen und Jiddischen übersetzt wurden. Die Ermordung von Kindern, so Feliks Tych, lege in aller Schärfe den Ausnahmecharakter dieses Verbrechens, „die Quintessenz des Holocaust" bloß. Tych erschloss diesen Quellenbestand seines Instituts erstmals für unsere Publikation, die 2008 in Berlin unter dem Titel „Kinder über den Holocaust. Frühe Zeugnisse 1944–1948" erschienen ist. Tychs Frau Lucyna stand ihm bei der Auswahl der Texte zur Seite. Er selbst konnte des Öfteren die Belastung nicht ertragen, die die erneute Konfrontation mit dem Holocaust für ihn bedeutete. Vermutlich hat er den Versuch einer Autobiografie aus ähnlichen Gründen abgebrochen. Auch aus persönlicher Bescheidenheit lehnte er lebensgeschichtliche Interviews regelmäßig ab, erzählte jedoch seinen Freunden des Öfteren einzelne Episoden aus seinem Leben. Statt über sein Schicksal zu sprechen, hielt er lieber wissenschaftliche Vorträge über einzelne Aspekte des Holocaust. Ein Höhepunkt in seinem Leben bildete die Rede, die er am 27. Januar 2010 im Deutschen Bundestag halten konnte. Auch in diesem Fall musste der Bundestagspräsident ihn drängen, einen kurzen Bericht über sein Leben einfließen zu lassen. Wieder ging es Tych um die Mitschuld beziehungsweise Mitverantwortung einzelner Bevölkerungsgruppen und Länder am Judenmord.

Am 7. November 2010 erhielt Feliks Tych in Würdigung seines internationalen Wirkens für die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen und der Folgen des Holocaust den Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie". Die Laudatio hielt Joachim Gauck, damals Vorsitzender der Vereinigung.

Feliks Tych besaß eine außerordentliche natürliche Autorität, die insbesondere in gemeinsamen Lehrveranstaltungen, die der Autor mehrfach mit ihm durchführte, wie in vielfältigen persönlichen Gesprächen zum Tragen kam. Gepaart mit seiner Bescheidenheit, seinem heiteren Wesen, seinem umfassenden Wissen und seiner Unabhängigkeit des Urteils gewann er in vielfältiger Form intensive Freundschaft, Bewunderung und Zuneigung. Er hinterließ seine Frau Lucyna, einen Sohn und zwei Enkelkinder sowie viele sehr gute Freundinnen und Freunde. ■

Prof. Dr. Friedhelm Boll ist Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Andreas Dickerboom

Ein aufrechter Kämpfer gegen das Vergessen

Unser Mitglied Karl Saulheimer ist in Worms gestorben

Im Februar verstarb unser Mitglied Karl Saulheimer nach längerer Krankheit mit 85 Jahren in Worms. Vorangegangen war ein lebenslanges Engagement für Gerechtigkeit, gegen das Vergessen der NS-Geschichte und gegen aktuellen Rechtsextremismus. Auch für unsere Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie war er in der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Main aktiv, als „unser Mann in Worms". Wir – ich kann hier für die gesamte Arbeitsgruppe, insbesondere Geesche Hönscheid, Fee Fleck, Rudi Grimm und Klaus Müller sprechen – sind sehr traurig. Karl Saulheimer hat uns mit seiner Beharrlichkeit, Menschlichkeit und Bescheidenheit in seinem Engagement für unser gemeinsames Anliegen sehr beeindruckt und geprägt.

Karl Saulheimer wurde 1929 im rheinhessischen Wolfsheim geboren. Seit einer Tätigkeit in einer Frankfurter Schuhfabrik war er Gewerkschaftsmitglied. Die Gewerkschaftsarbeit war es dann auch, die sein Leben nachhaltig geprägt hat. Von 1956 bis zu seinem Abschied aus dem Berufsleben im Jahr 1988 arbeitete er als hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär, zunächst für die Gewerkschaft Leder, dann lange Jahre als DGB-Kreisvorsitzender für Worms-Alzey. Für sein sozialpolitisches Engagement wurde er mit der Hans-Böckler-Medaille geehrt. Zu den weiteren Ehrungen gehörten das Bundesverdienstkreuz, die Ehrennadel des Landes Rheinland-Pfalz sowie zuletzt die Auszeichnung mit dem Ehrenring der Stadt Worms, überreicht durch Oberbürgermeister Michael Kissel (siehe Foto).

Ein zweites großes Anliegen war die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus und der Kampf gegen Rechts. Wenn in Worms Neonazis aufmarschierten, war Karl Saulheimer auch in hohem Alter immer einer der ersten, der auf die Straße ging, um unsere Demokratie zu verteidigen. Er engagierte sich für „Warmeisa", einen Verein zur Förderung jüdischer Kultur in Worms. Außerdem gehörte er zu den Mitbegründern des Fördervereins der KZ-Gedenkstätte Osthofen. Ein wichtiges Anliegen war es ihm, Schülern zu vermitteln, dass die Erinnerung an die NS-Diktatur wachgehalten werden muss und Demokratie nichts Selbstverständliches ist. In seiner ehemaligen Schule in Mainz-Bretzenheim, aber auch in anderen Schulen, war er gern gesehener Zeitzeuge. Unsere Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie war ihm eine Herzensangelegenheit. Die Regionale Arbeitsgruppe Rhein-Main wird Karl Saulheimer, den aufrechten Kämpfer gegen das Vergessen, immer in guter Erinnerung behalten. ■

Foto: Stadt Worms

Karl Saulheimer (l.) erhielt 2014 den Ehrenring der Stadt Worms durch Oberbürgermeister Michael Kissel.

Andreas Dickerboom ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Main von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und stellvertretender Sprecher aller Regionalen Arbeitsgruppen.

Thomas Rey

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge diskutiert über neues Leitbild

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gibt sich ein neues Leitbild. Eine von Präsident Markus Meckel 2013 eingesetzte AG Leitbild hat in einem internen Prozess einen Leitbildentwurf erarbeitet. Inhaltlich bringt er dabei auch den Wandel von Erinnerungskultur und die Entwicklung der internationalen inhaltlichen Arbeit im Volksbund zum Ausdruck.

Der Entwurf wird nun erst volksbundintern diskutiert und ist gerade mit der Bitte um breite Diskussion und entsprechende Rückmeldung an alle Landesverbände versandt worden. Aktuell sind zunächst alle ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Volksbundes aufgerufen, sich an der Diskussion zu beteiligen. Später soll er auch öffentlich thematisiert werden. Für den Herbst 2015 ist daher vorgesehen, den Leitbild-Entwurf im Rahmen einer öffentlichen Anhörung zu diskutieren und über verschiedene Kanäle auch der breiten Öffentlichkeit vorzulegen. Ziel ist, das neue Leitbild auf dem Bundesvertretertag des Volksbundes 2016 zu beschließen und zu verabschieden. ■

Quelle: VDK

Thomas Rey M. A. ist Mitarbeiter im seit Beginn des Jahres bestehenden Referat Erinnerungskultur und Netzwerkarbeit im Hauptstadtbüro Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. und zudem Sekretär der AG Leitbild.

Mit Leidenschaft und Haltung

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung

Der Ausstellungsflyer.

Die ehemalige stellvertretende Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Hanna-Renate Laurien wurde anlässlich ihres fünften Todestages mit einer Ausstellung gewürdigt. Diese entstand auf Basis der Privatbibliothek Lauriens und zeigte auch persönliche Gegenstände aus ihrem Nachlass.

Im Berliner Abgeordnetenhaus trafen sich zur Eröffnung der Ausstellung im März zahlreiche Weggefährten der streitbaren Politikerin, die in den 1990er-Jahren als erste Frau diesem Parlament vorstand. Zu den Teilnehmern gehörten der ehemalige Ministerpräsident Bernhard Vogel und der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen, heute stellvertretender Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Die durchsetzungsfähige CDU-Politikerin mit dem prägnanten Spitznamen „Hanna Granata" hat sich trotz und gerade wegen ihrer Vehemenz überparteilich bis heute großen Respekt erworben. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Petra Merkel nannte als Grund dafür die „Leidenschaft und Haltung" Lauriens, die sie sich in ihrer politischen Arbeit bewahrte. ■

Foto: GVFD-Archiv

Laurien (2.v.r.) im Jahr 2005 auf einer Pressekonferenz.

Ernst-Jürgen Walberg bespricht:

Ernst-Jürgen Walberg, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und bis Ende 2011 Kulturchef von NDR 1 Radio MV in Schwerin schreibt regelmäßig über Neuerscheinungen zu einem aktuellen historischen Thema in unseren Ausgaben der Zeitschrift.

„Als an Tagen Jahre vergingen ...“

40 Jahre DDR und 25 Jahre danach – Erinnerungen und Perspektiven

Gnoien im Ostseebezirk Rostock, DDR. Eine Nacht im September 1962 in der Goethe-Schule dort: Zwei Jugendliche holen ein menschliches Skelett aus dem Biologie-Raum und garnieren es mit einem großformatigen Bild des SED-Chefs Walter Ulbricht. Sie stellen es schräg vor eine Tafel, Pionier-Echo steht an deren oberem Rand. Mit Kreide notieren sie darunter in großen Buchstaben, etwas schräg und ein bisschen krakelig: **SOZIALISMUS – JA**, dann tiefer: **ULBRICHTS DIKTATUR – NEIN**, darunter: **WIR FORDERN**, und dann: **Einhaltung der Verfassung, Demokratie!** Wohl am nächsten Tag sichern Vertreter des Ministeriums für Staatssicherheit Spuren und machen ein Tatort-Foto. Die beiden Jugendlichen werden verhaftet und zu je 16 Monaten Haft verurteilt, lese ich. Das Foto hat sich erhalten in der Bezirksverwaltung Neubrandenburg des Ministeriums für Staatssicherheit, es ziert jetzt als Titelbild Christian Halbrocks umfängliche Studie „Freiheit heißt, die Angst verlieren“, über „Verweigerung, Widerstand und Opposition in der DDR am Beispiel des Ostseebezirks Rostock“.

Ein dummer Jungenstreich, könnte man meinen und amüsiert grinsen. Aber zweimal 16 Monate Haft für einen dummen Jungenstreich? Die hier ein Jahr nach dem Mauerbau widersprachen, protestierten, widerstanden, aufbegehrten – im Alltag und sehr nah an der Öffentlichkeit; diese im Sprachgebrauch des MfS „feindlich negativen Jugendlichen“ oder „Jungerwachsenen“ dürften sich der „staatsfeindlichen Hetze“, der „öffentlichen Herabwürdigung“ oder sogar des „verfassungsfeindlichen Zusammenschlusses“ schuldig gemacht haben. So schuldig wie über 20 Jahre später die Studentin in Greifswald, die 1983 „vorbelastet“ aus dem Süden in den Norden gekommen war: In Jena hatte sie 1981 am Begräbnis des Bürgerrechtlers Matthias Domaschk teilgenommen, dessen Tod in Stasi-Haft bis heute nicht eindeutig geklärt ist.

In Greifswald studierte die junge Frau Pädagogik. Ein Jahr später, 1984, ließ sie sich exmatrikulieren, weil sie den „ideologischen Vorgaben“ dieses Studiums nicht mehr folgen wollte. Ihren Ausreiseantrag reichte sie wenig später ein. Sie beschäftigte sich mit Kunst und verdiente ihren Lebensunterhalt als Haushaltshilfe. Am 11. September 1985 zeichnete sie in ihrer ziemlich maroden Altbauwohnung – erste Etage Bahnhofstraße, gegenüber einer Bushaltestelle – mit Tusche auf Pergament ein großes „A“ und malte einen Kreis drumherum. Sie pappte das etwa zehn bis fünfzehn Zentimeter kleine (oder große?) Bild an ein Fenster ihrer Wohnung. Und da hing das sogenannte „Anarcho-A“ dann ein bisschen länger als einen Tag. War es von der Straße aus überhaupt zu sehen, zu erkennen? Niemand hat das überprüft, später. Und niemanden scheint es gestört zu haben, nur eine Nachbarin (und Mitarbeiterin beim Rat des Kreises, die von dem Ausreiseantrag der Ex-Studentin wusste) machte dem MfS schriftlich Meldung. Die Folge? Nach drei Monaten Untersuchungshaft wurde die junge Frau von der Strafkammer des Kreisgerichts Rostock-Stadt zu einem Jahr und drei Monaten Haft verurteilt. Die Sitzung war nicht öffentlich.

Dass sich der Greifswalder Studentenpfarrer Harro Lucht bereits kurz nach der Inhaftierung der 22-Jährigen im Namen der Greifswalder Studentengemeinde in einem Brief an den Leiter der Untersuchungshaftanstalt in Rostock für sie einsetzte, auch das gehört zu den Besonderheiten dieses Falles: ungewöhnliche und alles andere als damals selbstverständliche Solidarität aus dem Umfeld einer Betroffenen, einerseits; ungewöhnliche und alles andere als damals akzeptierte, gar tolerierte Solidarität aus der Sicht von MfS, Justiz oder Staat, andererseits: eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Machthaber also, sollte aus dieser Art von Solidarität so etwas wie Gewohnheit werden.

Zwei Ereignisse, zwei Vorkommnisse, zwei Verfahren nur aus 40 Jahren DDR, aus 40 »

Christian Halbrock
Freiheit heißt, die Angst verlieren.
Verweigerung, Widerstand und Opposition in der DDR: Der Ostseebezirk Rostock.
Verlag Vandenhoek & Ruprecht, Göttingen 2014
Gebundene Ausgabe, 537 Seiten
ISBN: 978-3-525-35114-7 • 33,99 €

» Jahren Ostseebezirk Rostock. Zwei von wie vielen? Auf über 530 Seiten hat der 1963 in Crivitz geborene Christian Halbrock, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), alles zusammengetragen, was sich in den Unterlagen vor allem des Geheimdienstes der DDR finden ließ über 40 Jahre „Verweigerung, Widerstand und Opposition im Ostseebezirk Rostock", dem einzigen DDR-Bezirk übrigens mit drei Grenzen nach draußen: nach Lübeck gen Westen, nach Polen gen Osten und Richtung Ostsee und Skandinavien gen Norden; mit Häfen und Fährverbindungen als Tore zur Welt; mit Touristen im Sommer tagsüber an den Stränden (garniert mit den „Ostseewochen" oder der „Ferienwelle" von Radio DDR, jährlich zwischen Mai und September) oder auf den Zeltplätzen; und nicht nur mit der Insel Hiddensee als Refugium für Saisonkräfte und/oder Aussteiger oder solche, die es werden wollten.

Nonkonformität oder Verweigerung, Widerspruch oder Protest, Sabotage oder Widerstand, Opposition und Ausreiser – es überrascht nicht: Auch die erhaltenen operativen Ermittlungsakten, Observierungs- und Bearbeitungsberichte, die Verhörprotokolle und Gerichtsurteile aus vier Jahrzehnten belegen: Wer sich entgegenstellt und wehrt, hat Benachteiligungen und Repressionen einzukalkulieren und keine Solidarität zu erwarten, im Gegenteil. Anpassen und Schweigen und Angst sind der Kitt, der den Unrechtsstaat DDR 40 Jahre lang zusammenhält.

Und trotzdem: Die von Christian Halbrock zusammengetragene Fülle von bisher oft unbekannten Aktenfunden (gleich Lebensgeschichten gleich Schicksalen) belegt auch: Der Mut Einzelner war oft abhängig von politischen (Groß-) Ereignissen, von den Aufständen am 17. Juni 1953 zum Beispiel oder vom 13. August 1961, dem Mauerbau, von Prag am 21. August 1968 oder von der Leipziger Großdemonstration am 9. Oktober 1989 (plus ihrer filmischen Dokumentation durch Siegbert Schefke und Aram Radomski über die „Tagesschau" und dann weltweit). Im Rückblick erhalten diese oft schwer zu ertragenden Lebensgeschichten Einzelner das Gewicht, das ihnen zusteht, und hoffentlich auch die Aufmerksamkeit, die sie verdienen. „Freiheit heißt, die Angst verlieren" ... – alles andere als ein leichtes, ganz persönliches Ziel unter Dauerkontrolle von SED und MfS und Justiz und Staat und manchem neugierigen Nachbarn auch.

Wegweisende Tage

Apropos Kontrolle: Es wäre zu früheren Zeiten schon Ereignis genug gewesen, dass Egon Krenz als Vorsitzender der Wahlkommission in den Spätnachrichten des DDR-Fernsehens am 7. Mai 1989 verkündete, 98,85 Prozent der Wahlberechtigten hätten für die Einheitsliste der Nationalen Front gestimmt. Ein solches Ergebnis unter 99 Prozent Ja-Stimmen hatte es noch nie bei einer Wahl in der DDR gegeben, noch nie in 40 Jahren. Dass die Wahlergebnisse geschönt, also: gefälscht waren, das wusste man immer – geschenkt; doch dass die Regierenden noch am Wahlabend einknickten um stolze 1,15 Prozent Gegenstimmen, das war neu und immer noch geschönt, also: gefälscht. Nur nachweisbar war das jetzt, belegbar dank Evelyn Zupke in Weißensee und zahlloser anderer, die Wahl beobachtender Bürgerrechtler DDR-weit. Der 7. Mai 1989, das war auch so „ein Tag, an dem ganze Jahre vergehen", wie der Bürgerrechtler Thomas Krüger später wunderbar plastisch formulierte.

25 Jahre danach hat der SPIEGEL die Ereignisse solcher Tage noch einmal Revue passieren lassen, locker und flockig und nachdenkenswert überspitzend, wie das so seine Art ist seit Jahrzehnten: den 7. Mai 1989 und die Ereignisse in der Prager Botschaft am 30. September 1989 oder die große Leipziger Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989 oder den 9. November 1989 mit Günter Schabowski, natürlich (... Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort ... unverzüglich.); aber neben Günter Schabowski dann auch Gerhard Lauter und Harald Jäger ... und die kennen Sie nicht (mehr)? Gerhard Lauter war Leiter der Passabteilung der DDR und an diesem 9. November 1989 einer der Verantwortlichen im Innenministerium für den 19-zeiligen Entwurf der brandneuen (Aus-) Reiseregelung für DDR-Bürger, über deren Zettel-Fassung Schabowski am Abend des gleichen Tages dann weltpolitisch stolperte. Ja, und Gerhard Lauter saß wieder im Innenministerium dann nachts, als Harald Jäger hektisch telefonisch Ansprechpartner suchte.

Harald Jäger war Oberstleutnant der Staatssicherheit und an diesem Tag der stellvertretende Leiter der Passkontrolle an der Berliner Grenzübergangsstelle Bornholmer Straße. Er ließ um 23.30 Uhr an diesem 9. November 1989 ohne Auftrag und ohne Befehl und allen Durchhalteparolen von oben zum Trotz den Schlagbaum öffnen, hinter dem an die 20 000 Berliner standen. „Tor auf, Tor auf!", brüllten sie. „Wir fluten jetzt!", meldete der Mann am Schlagbaum.

Manche dieser Reportagen lesen sich nach wie vor wie Krimi. Manches haben wir vergessen, manches verdrängt, vielleicht. Und dann ist alles wieder da und ganz nah, so nah, als sei es gestern gewesen. Michail Gorbatschow dazu im Interview aus dem Oktober 1995, Condoleezza Rice dazu im Gespräch aus dem September 2010. Und das soll alles schon 25 Jahre her sein, oder

Alfred Weinzierl/Klaus Wiegrefe (Hg.)
Acht Tage, die die Welt veränderten. Die Revolution in Deutschland 1989/90.

Deutsche Verlags-Anstalt, München, und SPIEGEL-Verlag, Hamburg 2015
Gebundene Ausgabe mit Schutzumschlag, 368 Seiten
ISBN 978-3-421-04682-6 • 19,99 €

erst? Bleibt nur eine Irritation, eine heftige: Dirk Kurbjuweits Einleitung zu diesem Sammelband über die Ostdeutsche Angela Merkel mit ihrem System der Ruhe und ihrer „neuen SED aus Union und SPD"; oder über den Ostdeutschen Joachim Gauck mit seinem Freiheitsbegriff von einer Freiheit, die gegebenenfalls auch militärisch zu verteidigen sei; und über das auch deswegen neue Deutschland heute, so umschrieben zum Beispiel: „Revolutionen entstehen aus Eigensinn. Die Leute sind unzufrieden mit dem, was ihnen vorgegeben wird, sie entwickeln eigene Ideen. So war es auch 1989 in Leipzig und anderswo. Es ist wohl nur ein Zufall, aber 26 Jahre danach leben wir in einem eigensinnigen Land, und das ist neu für die Deutschen der Nachkriegszeit." Ach ja?

Aus dem Rückblick

Im Sommersemester 2014 lud die Technische Universität Chemnitz zu ihrer (vorerst?) letzten von vier Ringvorlesungen ein zum Thema „Friedliche Revolution und Demokratie – Perspektiven nach 25 Jahren". Vorgegeben war den Referenten ein sehr grobes Raster von Fragen zur jeweils eigenen Haltung zum „System der DDR damals und heute" über „Fehler bei der Wiedervereinigung" bis zur Herausforderung für die Zukunft: „Was hat die deutsche Demokratie aus der Freiheits- und Demokratiebewegung des Jahres 1989 gelernt, was kann bzw. was sollte sie Ihrer Meinung daraus lernen?"

Die ehemaligen Systemträger Dietmar Keller und Wolfgang Berghofer haben sich um die Beantwortung dieser Fragen ebenso großzügig herumgemogelt wie der Wissenschaftler Peter Brandt oder Politiker wie Karl Schwarzenberg oder Horst Teltschik und manche Bürgerrechtler auch. Man redete ganz offensichtlich und nachlesbar jetzt über das, was einem aktuell und am heftigsten auf der Seele lag – so bunt gemischt übrigens wie damals. Die eigenen Befindlichkeiten Ende 1989 und direkt danach: ein Tagesbericht vom 7. Oktober 1989 in Berlin, brillant ausformuliert von Stefan Wolle; Lebenspassagen, sehr ernst und nachdenklich erinnert von Rainer Eckert; kaum Bemühen um objektives Urteilen bei Dietmar Keller, etwas mehr bei Wolfgang Berghofer; heftig zornig Wolfgang Welsch, Roland Jahn auf den Spuren seiner jüngsten Veröffentlichung, sie fortsetzend („Wir Angepassten. Überleben in der DDR"), und dann diese beiden, die hier aus der Reihe fallen mit ihren Bilanzen und Perspektiven. Sie genießen die Zeit, sie atmen tief durch, so hören sie sich an, und scheinen ganz bei sich:

Thomas Krüger ist der eine: Bürgerrechtler und Gründungsmitglied der SDP, Weltenbummler einst, in Schlips und Kragen seit 2000 Chef der Bundeszentrale für politische Bildung – und er hört sich an oder liest sich wie jemand, der noch immer ein bisschen mit großen Kinderaugen auf die Zeit damals zurückblickt und sich erinnert an diese Zeit, als „Zeit Fahrt aufnahm, und [...] an machen Tagen ganze Jahre zu vergehen [schienen]". Und natürlich schaut er auch voraus, „der Zukunft zugewandt", lese ich. Und das ist eine ganze Menge, scheint mir.

Der andere ist Stephan Hilsberg: auch Bürgerrechtler und auch Gründungsmitglied der SDP, lange Mitglied des Deutschen Bundestages und ab 2000 kurzzeitig Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, bis Manfred Stolpe hier Minister wurde. Da wollte er nicht mehr. Fröhlich zieht er Bilanz und optimistisch blickt er voraus, so:

„Was bleibt von 1989? Unter anderem der Kampf um Menschenrechte. [...] Menschenrechte sind unteilbar. [...] Wenn wir dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus die eigenen Werte opfern, bleibt uns am Ende nicht mehr viel mehr als unsere wirtschaftliche Stärke. Mit ihr allein werden wir uns in der Welt von morgen jedoch nicht behaupten können. Wir reden nur selten darüber, dass die Idee der Menschenrechte in Europa geboren wurde und dass sie geeignet ist, das Zusammenleben der Menschheit in Freiheit und Solidarität zu organisieren, und zwar überall auf der Welt. Und dazu können wir beitragen, indem wir den Werten Menschenrechte, Freiheit und Demokratie treu bleiben und sie leben."

Nachlesen lohnt. ■

Eckhard Jesse/Thomas Schubert (Hg.)
Friedliche Revolution und Demokratie. Perspektiven nach 25 Jahren.

Christoph Links Verlag, Berlin 2015
Broschiert, 248 Seiten
ISBN: 978-3-86153-834-9 • 29,90 €

Die Grimasse des Krieges 1914/18

Wolfgang Michalka

Feldpost gilt seit 1870/71 als wichtige Quelle. Im Ersten Weltkrieg wurden geschätzt 29 Milliarden (!) deutsche Feldpostsendungen verschickt. Bereits im Oktober 1916 startete die Badische Heimat mit dem Aufruf „Sammelt Soldatenbriefe" eine großangelegte Sammelaktion. Zahlreiche Briefe wurden nicht nur in Tageszeitungen veröffentlicht. Sie dienten der Sinnstiftung für einen sinnlosen Krieg. Darüber berichtet differenziert Kurt Hochstuhl in seinen einleitenden Ausführungen. Die vorliegende überzeugend ausgewählte und kommentierte Edition schöpft aus diesem historischen Fundus.

Gerade Baden mit seiner exponierten Grenzlage verdient unser besonderes Interesse. Denn „nirgendwo lagen in Deutschland Front und ziviles Hinterland räumlich so eng beisammen, nirgendwo war die Realiät des Krieges so unmittelbar zu spüren wie entlang des Oberrheins" (S. 4). Bedingt durch das Einsatzgebiet des vor allem aus badischen Verbänden bestehenden XIV. Armeekorps stammen die meisten Briefe von der Westfront, aber einige von der Ostfront, aus Italien, Palästina sowie auch von der Ostsee.

Den Auftakt bildet das Tagebuch des 18-jährigen Max Meinzer vom 25. Juli 1914 bis 25. Mai 1915. Am 20. Juni 1915 starb er.

Aufgrund der Militärzensur durften keinerlei geografische oder gar strategische Angaben gemacht werden. Zwar werden die Brutalität und Unmenschlichkeit des Kampfgeschehens dargestellt, aber meist mit dem relativierenden Hinweis auf deren Notwendigkeit. Denn die Angehörigen zu Hause – Eltern und Verwandte, Ehepartner und Kinder, Freunde und Kollegen – sollten keinesfalls beunruhigt, mit der Sinnlosigkeit des Krieges oder gar mit der hohen Wahrscheinlichkeit des eigenen Todes konfrontiert werden. Beiden Seiten war allerdings bewusst, dass die Schilderung nur zu einem geringen Maße der Realität des Krieges entsprach. Hochstuhl betont, dass die Feldpostbriefe „eine in mehrfacher Weise gefilterte Authentizität" widerspiegeln (S. 11).

Aber es gab auch ungefilterte Berichte: „ Die Schlacht tobte bis in die Nacht und andern morgen früh war Fortsetzung. Über die Leichen mussten wir haufenweise wegsteigen. Deutsche und Franzosen. Auch sie sind Helden. In einem einzigen Massengrab fanden 120 Mann die letzte Ruhe. Freund und Feind. Der Tod kennt keinen Hass ... Es ist nicht zu glauben, was wir schon alles durchmachen mussten. Die lieben Kameraden, einer um den anderen verlieren wir. Heute mir, morgen Dir ..." (31. Januar 1915, S. 195).

Über die verlustreiche Somme-Schlacht erfahren wir: „Was es bedeutet, mehrere Tage in den Höllenfeuern von schwerer und leichter Artillerie, wie es an der Somme auf unsere Stellung niederprasselte, auszuhalten und dann noch Angriff auf Angriff abzuschlagen, das kann man mit Worten gar nicht schildern." (18. Oktober 1916, S. 226)

Auch der Gaseinsatz wird zum Thema: „Etwas schrecklicheres gibt es nicht. Viele wurden ohnmächtig, verlieren das Bewusstsein." (S. 268)

Ebenso die Franktireur-Gefahr in Belgien – ein Thema, das die Forschung bis heute beschäftigt: „In dieser Gegend hatten wir sehr viel mit unsern schlimmsten Gegnern zu kämpfen, mit Franktireurs,… Es war das Schrecklichste, was ich je erlebte, denn sogar Frauen und Kinder nahmen an dem Kampfe teil. Herr Pfarrer, ich habe nie gelaubt, dass zivilisierte Völker zu so was noch fähig wären." (11. Dezember 1914, S. 91)

Und so mancher lernte das Beten und fand zum Glauben zurück: „Ein höllisches Feuer – so war es noch nie! Wir beteten während der größten Lebensgefahr laut zu Gott.

Der Herr erhörte unser Flehen und keiner von uns wurde verwundet. Es ist das nach meiner festen Überzeugung ein Wunder Gottes." (S. 125) „ ... dass es viele Leute gibt, welche durch diesen Krieg wieder zu Gott zurückkehren ..." (S. 211)

Feldpostbriefe bieten ein notwendiges Kontrastbild zur Fiktion, die vor allem in Form der Kriegslyrik dem begeisterten Aufbruch Stimme und Gewicht verliehen hatte. Sie bilden eine authentische Innenansicht der Schlachten und vom Alltag der Soldaten und ergänzen die traditionelle Perspektive von oben. Somit bieten sie eine wichtige Primärquelle für den „Krieg von unten".

Diese verdienstvolle Edition wird bereichert durch eine jedem Kriegsjahr vorgeschaltete Chronologie sowie im Anhang durch ein Glossar, ein Organigramm der Deutschen Heeresformation und die militärischen Dienstgrade – alles zur Orientierung und zum besseren Verständnis. ■

Prof. Dr. Wolfgang Michalka leitete bis 2006 die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt, eine Außenstelle des Bundesarchivs, und ist Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Landesverein Badische Heimat e. V. und Landesverband Baden-Württemberg im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. (Hg)
„Solange die Welt steht, ist soviel Blut nicht geflossen".
Feldpostbriefe badischer Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg 1914 bis 1918.
Rombach Verlag KG, Freiburg i. B.
Gebundene Ausgabe, 400 Seiten, ISBN: 978-3-7930-5117-6 • 34,90 €

Vorstand und Beirat

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

N.N., Vorsitzender

Eberhard Diepgen, Stellvertretender Vorsitzender, Regierender Bürgermeister von Berlin a. D.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Stellvertretender Vorsitzender, Historiker

Dr. Irmgard Schwaetzer, Stellvertretende Vorsitzende, Bundesministerin a.D., Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Bernd Goldmann, Schatzmeister, ehemaliger Direktor der UBS Deutschland AG, Niederlassung Berlin

Ekin Deligöz, MdB

Ernst Klein, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer, Zeithistoriker bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

VORSTAND

Dieter Althaus, Ministerpräsident von Thüringen a. D., Vizepräsident von Magna International

Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e. V.

Erik Bettermann, ehemaliger Intendant der Deutschen Welle

Prof. Dr. Friedhelm Boll, Historiker am Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Tilo Braune, Staatssekretär a. D., Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e. V.

Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz a. D.

Dr. Alfred Geisel, Vizepräsident des Landtages von Baden-Württemberg a. D.

Iris Gleicke, MdB, Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

Kerstin Griese, MdB

Reinhard Grindel, MdB

Dr. Norbert Haase, Historiker, ehemaliger Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Christoph Heubner, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK)

Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln

Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig

Birgit Kipfer, Sprecherin der Regionalen Arbeitsgruppe Baden-Württemberg; Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim"

Prof. Dr. Volkhard Knigge, Leiter der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora

Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Anja Kruke, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Uta Leichsenring, ehemalige Leiterin der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Markus Löning, ehemaliger Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe

Winfried Nachtwei, Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, MdB a. D.

Dr. Maria Nooke, stellvertretende Direktorin der Stiftung Berliner Mauer

Prof. Dr. Friedbert Pflüger, Direktor des European Centre for Energy and Ressource Security

Dr. habil. Ernst Piper, Historiker, Verleger

Ulrike Poppe, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur, Verleger

Dieter Schulte, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Lala Süsskind, ehemalige Vorsitzende des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Lothar Tautz, Pädagoge und Theologe

Linda Teuteberg, ehemaliges Mitglied des Landtags von Brandenburg

Dr. h.c. Josef Thesing, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ernst-Jürgen Walberg, ehemaliger Kulturchef von NDR 1 Radio Mecklenburg-Vorpommern

Arnold Vaatz, MdB, Staatsminister a. D.

Prof. Dr. Gert Weisskirchen, MdB a. D.

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende, Bundesministerin a. D., Präsidentin des Deutschen Bundestags a. D.

Prof. Dr. Hubert Burda, Verleger

Rainer Braam, Unternehmer

Dr. Thomas Goppel, Mitglied des Landtages von Bayern, Staatsminister a. D.

Prof. Dr. Bertold Leibinger, Aufsichtsratsvorsitzender der Trumpf GmbH & Co. KG

Dr. h.c. Max Mannheimer, Autor und Maler

Friedrich Schorlemmer, Theologe und Bürgerrechtler

Walther Seinsch, Unternehmer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des FC Augsburg

Barbara Stamm, Präsidentin des Landtages von Bayern

Dr. Monika Wulf-Mathies, Gewerkschafterin, EU-Kommissarin a. D.

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

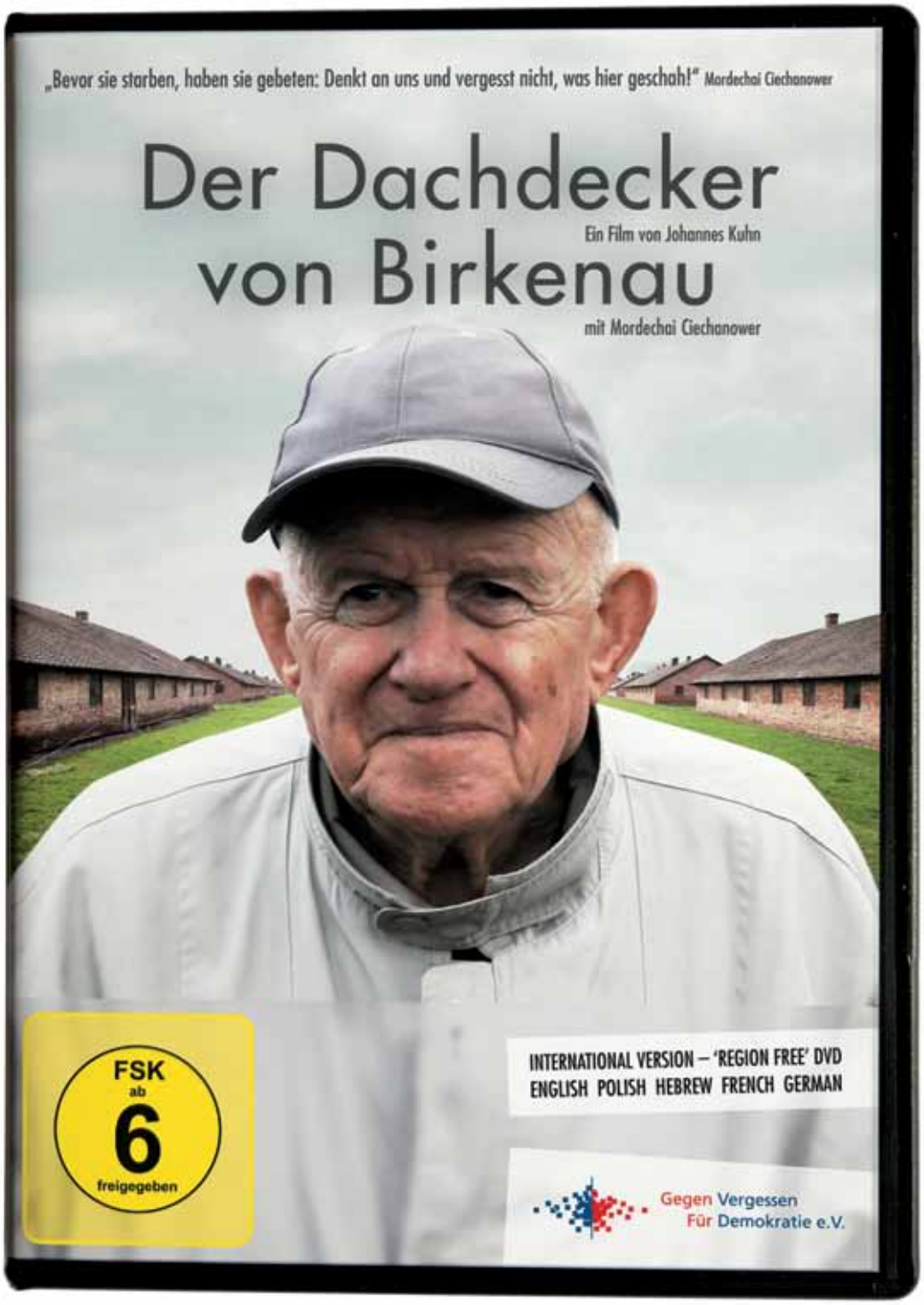
Wolfgang Tiefensee, 2012 – 2014, Wirtschaftsminister in Thüringen

Dr. h.c. Joachim Gauck, 2003 – 2012, Bundespräsident

Dr. h.c. Hans Koschnick, 2000 – 2003, Bürgermeister von Bremen a. D

Dr. Hans-Jochen Vogel, 1993 – 2000, Bundesminister a. D.

Jetzt auf DVD!



Infos, Verkaufsstellen und Bestellung unter 01578-3561109 oder unter www.der-dachdecker-von-birkenau.de/dvd

„An das Gute erinnert man sich gerne", sagt Mordechai Ciechanower, „doch ich vergesse auch nicht das Schlechte." Wie auch sollte er die Ermordung seiner Mutter und seiner beiden Schwestern vergessen? Er selbst überlebte das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau im Dachdeckerkommando. Mordechai Ciechanower, der mit seiner Familie in Israel lebt, stammt aus dem polnischen Städtchen Maków Mazowiecki. Er hat sich vorgenommen, seine Erinnerungen weiterzugeben, so lange er atmen kann und löst damit nicht zuletzt ein Versprechen ein, das er jenen gab, die nicht überleben durften.

In Johannes Kuhns Dokumentarfilm „Der Dachdecker von Birkenau" sucht der 89-jährige Zeitzeuge auch alle weiteren Konzentrationslager auf, in die er nach anderthalb Jahren Auschwitz verschleppt wurde: Stutthof, Hailfingen/Tailfingen, Dautmergen und das berüchtigte Lager Bergen-Belsen. Am Ort des DP-Lagers Feldafing schließlich wird eine schöne Erinnerung wach: die überraschende Begegnung mit seinem totgeglaubten Vater wenige Wochen nach der Befreiung.

Eine Produktion von Gegen Vergessen Für Demokratie e.V.